

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühren
betragen für die sechsgehaltene Kolonne
jeweils oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gesellschaftliche Besprechungen
und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Str. 2.
Verantwortlicher: Amt I. Nr. 1508.

Sonnabend, den 1. März 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Die Mobilmachung zu den Reichstagswahlen.

Die Scharfmacher-Verbände rüsten gewaltig zur Reichstagswahl; sie richten sich sogar schon darauf ein, daß noch in diesem Jahre Reichswahlen stattfinden könnten.

Die Kerne sind sehr schwarz in die Zukunft. Sie rechnen mit drei Millionen socialdemokratischen Stimmen und mehr als 100 socialdemokratischen Mandaten.

Die erwählte geschmetternde Broschüre wird anscheinend von allen Unternehmer-Verbänden verbreitet werden.

Die Broschüre kostet Geld, und deshalb wird in der nächsten Zeit, wie wir den Mitgliedern der Scharfmacherverbände verraten können, der Klingelbeutel herumgehen und an die „Opferwilligkeit“ der Arbeiter appelliert werden.

Das anmutige Schriftstück lautet:
Sehr geehrter Herr Kollege!

Die Socialdemokratie ist im Deutschen Reich während der beiden jüngsten Jahrzehnte in außerordentlichem Maße gewachsen. Sie erzielte bei den Reichstagswahlen

1881 1884 1887 1890 1893 1898
312 000 550 000 768 000 1 427 000 1 787 000 2 107 000
Stimmen und steht bezüglich ihrer Stimmzahl bereits seit 1890 an der Spitze aller in Deutschland bestehenden Parteien.

Die Parteiführer rechnen für die bevorstehenden Wahlen auf etwa 3 Millionen Stimmen, was deren Erfüllung bedeuten würde, daß die Socialdemokratie zu weit über 100 gewonnenen Mandaten und damit zur maßgebenden Stellung im deutschen Reichstage gelangt.

Einer solchen Gefahr rechtzeitig und thätig vorzubeugen, ist eine Pflicht, der wir uns aus nationalen, wirtschaftlichen, socialpolitischen und sittlichen Gründen nicht entziehen dürfen.

Aus naheliegenden Gründen kann die Schrift jetzt noch nicht allgemein der Öffentlichkeit übergeben werden. Sie soll in einer so großen Auflage hergestellt werden, daß kurz vor der Wahl jedem Wähler der in Betracht kommenden Kreise ein Exemplar verabfolgt werden kann.

Zu Uebereinstimmung mit dem von den angesehensten industriellen und handwerklichen Vereinigungen eingeschlagenen Verfahren richten wir an alle unsere Vereine resp. unsere Vereine angehörenden Kollegen die Bitte, daß sie pro Kopf der von ihnen durchschnittlich beschäftigten Arbeiter zehn Pfennig „für besondere Agitation“ an den Vorstand einleunden.

Die Schrift soll, wie bereits vorstehend angedeutet, kurz vor den nächsten Reichstagswahlen zur Verteilung gelangen. Dieser Zeitpunkt tritt mit dem Ablauf der jetzigen Wahlperiode im nächsten Jahre ein.

Die Broschüre, mit deren Hilfe das deutsche Volk vor dem Schicksal bewahrt werden soll, 3 Millionen socialdemokratische Stimmen abzugeben und mehr als hundert Sitze unserer Partei zu verschaffen, ist offenbar eine ganz außerordentliche Arbeit.

Dennoch aber sind die Herren sehr unsicher, ob dies ersaunliche Wert deutschen Geistes auch nur den bescheidensten Ansprüchen genügt. Denn sonst würden sie nicht so ängstlich sein, „aus naheliegenden Gründen“ erst unmittelbar vor den Reichstagswahlen die edle Schöpfung an die Öffentlichkeit zu lassen.

Fürwahr wir müssen die uns bevorstehende Broschüre gegen die mißverständliche und unbegreifliche Handlungsweise ihrer Verbreiter verteidigen, die gerade so verfahren, als schämten sie sich ihres eignen Wertes und getrauten sich nicht, die strahlende geistige Waffe, mit der die Socialdemokratie endgültig geistig werden wird, der öffentlichen Prüfung rechtzeitig zu übergeben.

Nebst dem ist uns nicht verständlich, weshalb sich die Scharfmacher in die Auskosten einer neuen Aufklärungschrift stürzen. Warum verbreiten sie nicht einfach jene gelben Hefte zu Gunsten der Zuchtansvorlage, von der sicherlich noch ungeheure Residuen vorhanden sind?

Zolltarif-Kommission.

Der Abg. Camp erregte die Kommissionsmitglieder zu Beginn ihrer Freitagssitzung mit einer kurzen, übersichtlichen Mitteilung der zu dem siebenten Zolltarif-Position (Mais und Datt) eingelaufenen Petitionen für und wider — ein angenehmer Gegensatz zu den zeitraubenden, durch die Unthätigkeit des Berichterstatters außer Dienst v. Wangenheim hervorgerufenen Debatten der letzten Tage darüber, weshalb des Berichterstatters Mitteilungen so lückenvoll, mager und dürr ausgefallen sind.

Am Freitag nahm die Kommission zunächst den eingehenden Bericht des Abg. Camp (Sp.) über die zu der Position Mais und Datt eingegangenen Petitionen entgegen.

Für Mais schlägt die Vorlage einen Zoll von 4 M. vor, während der bisherige Zoll bei 2 M. beträgt. Der agrarische Kompromißantrag verlangt 5 M., während die Freisinnigen die Herabsetzung des Zolls auf 1 M. beantragen.

Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.) wendet sich gegen das vom Minister v. Boddieleski empfohlene Kompensationsystem, das zu einer Selbstschädigung der deutschen Produktion führe.

Landwirte, die des Maisimports für ihre Schweinezucht nicht entbehren könnten. Das Inland trägt den vollen Zoll, wie Redner statistisch nachweist. In Deutschland haben wir den höchsten Maispreis der ganzen Welt.

Camp (Sp.) giebt zu, daß in landwirtschaftlichen Kreisen viele Gegner der Futterzölle vorhanden sind. Die hohen Maispreise brächten aber hohe Viehpreise; solche seien aber im Interesse der Produzenten erstrebenswert.

Mollenbühr (Soz.) bekämpft die Zollserhöhung. Geschädigt werden die kleinen Fuhrwerksbesitzer, die Droschkenkutscher etc., denen der Betrieb verleidet werde, ohne daß sie Aussicht auf Ersatz haben.

Der Fleischkonsum richtet sich beim Arbeiter nicht nach dem Appetit und auch nicht nach den Vorschriften der Hygiene, sondern nach dem Geldbeutel. Die Erhöhung der Fleischpreise bringt eine Stockung im Absatz und damit einen Rückgang der Preise.

Gothein (fr. Sp.) bedauert, daß Camp, von dem anerkannt werden müsse, daß er eingehend über die Petitionen berichtet habe, nicht genügend objektiv gewesen sei.

Dr. Veunier (natl.) fragt zur Geschäftsordnung, wie sich die Regierung zu einem Zollzuschlag auf Mais für Stärkefabriken stelle.

Ein Regierungskommissar erwidert, daß eine solche Differenzierung praktisch undurchführbar sei.

Nach einer längeren Geschäftsordnungs-Debatte wird der Zollsatz von 5 M. mit 14 gegen 13 Stimmen (Hain, C.) beschlossen.

Dr. Müller-Sagan und Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.) beantragen, zu der Position: Mais und Datt die Anmerkung hinzuzufügen: Mais und Datt zu Futterzwecken wird amtlich ungenießbar gemacht, denaturiert, zollfrei abgelassen.

Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) erklärt: Wenn sich der Mais auch nicht im ganzen Korn denaturieren lasse, so doch sicher im gebrochenen oder gerichteten Zustande.

Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) bestreitet, daß irgend ein Minister abgrenzen könne, was wissenschaftlich erreichbar sei oder nicht. Vor

ein paar hundert Jahren würde mancher Minister die Dampfmaschinen und Eisenbahnen für unbedenklich erklärt haben.

Stadthagen (Soz.): So lange es keine Denaturierungsmittel giebt, ist die von den Freisinnigen beantragte Ammerlung wirkungslos und für den Zoll also unschädlich. Wer denaturierten Mais also einführt, muß ein wirksames Denaturierungsmittel angeben. Wenn die Technik noch kein Mittel weiß, so ist damit nicht gesagt, daß es nicht gefunden werden kann. Hat man doch bei Salz und Spiritus auch Denaturierungsmittel erfunden.

Die von Dr. Müller-Sagan beantragte Ammerlung wird mit allen gegen die Stimmen der Freisinnigen und Socialdemokraten abgelehnt.

Bei der nächsten Position „Andre nicht besonders genannte Getreidearten (Satz der Vorlage 1,50 M., alter Satz 1 M.) fragt Gothein (fr. Bg.) an, was für Getreidearten dem eigentlich gemeint seien.

Unterstaatssekretär v. Fischer weist auf die Mannagrübe hin. Gothein (fr. Bg.) beantragt, die Position, als zu unbedeutend, gänzlich fallen zu lassen, oder den Zollsatz auf der bisherigen Höhe von 1 M. zu erhalten.

Stadthagen (Soz.): In einem Jahre sind für 180 M. neun Doppeltcentner Mannagrübe eingeführt worden. Man solle sich doch mit solchen Zoll erhöhungen nicht lächerlich machen.

Die Position wird mit allen gegen die Stimmen der Freisinnigen und Socialdemokraten in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen und die Zollseinnahme dadurch jährlich um 4,50 Mark erhöht.

Es wird dann die Ammerlung zu den Nummern 1 bis 8 besprochen. Für Getreide in Garben, wie es auf dem Felde unmittelbar gewonnen wird, ist die Hälfte des Zolls für Körnergetreide zu entrichten.

Nach dem geltenden Tarif genießt Getreide in Garben als anderweit nicht genanntes Erzeugnis des Landbaus Zollfreiheit.

Stadthagen (Soz.) begründet einen Antrag Antrag auf Zollfreiheit des Getreides in Garben mit den Interessen der Grenzbevölkerung vor allem an der russischen und östreichischen Grenze.

Die Begründung sage zwar, die Einfuhr ist an einigen Grenzdistrikten nicht ganz unbedeutend. Es kommen aber doch nur einige Grenzdistrikte in Frage und da sollte man den Bauern nicht den Betrieb erschweren. Jrgend eine Begründung für diesen Fall ist nicht gegeben. Hier sind wir konservativ und verlangen die Beibehaltung des bisherigen zollfreien Zustandes.

Schleimrat Rodas weist darauf hin, daß im Grenzverkehr grobe Unterschleife vorgekommen seien. Ob gerade die Hälfte der richtige Prozentsatz sei, könne allerdings zweifelhaft erscheinen. Bei der einen Getreideart würden 50 Proz. zu viel, bei der andern zu wenig sein. Einzelne Händler haben in Rußland, Oesterreich und in den Niederlanden Getreide auf dem Heim gekauft, es in Deutschland ausgedreht und dann wieder ausführen lassen, um sich so die Ausfuhrvergütung zu sichern.

v. Komierowski (Pole) spricht sich gegen die Zollfreiheit aus auf Grund seiner Erfahrungen im Grenzdistrikt. Den Bauern sei ja für Produkte von Feldern außerhalb der Landesgrenze durch § 8, Ziffer 1 des Tarifgesetzes Zollfreiheit gewährt.

Der Antrag Antrag und Genossen wird mit allen Stimmen gegen die der Freisinnigen und Socialdemokraten abgelehnt, die Vorlage unverändert angenommen.

Es folgt Position 9: Malz mit Ausnahme des gebrannten und gemahlten. Die Vorlage schlägt für Malz aus Gerste einen Zollsatz von 6,25 M., für Malz aus andern Getreide einen Zollsatz von 9 M. für den Doppeltcentner Rohgewicht vor. Der geltende Zolltarif belegt gemalzte Gerste und gemalzten Hafer unter der Bezeichnung „Malz“ mit einem Zollsatz von 4 M., der für gemalzte Gerste vertragsgemäß auf 3,60 M. herabgesetzt ist. Alles sonstige gemalzte Getreide wird, wie das entsprechende Rohgetreide mit der Maßgabe verzollt, daß die Vertragszollsätze nicht zur Anwendung kommen. Die Abgg. Herold und Gamp beantragen, für Malz aus Gerste 11,50 M., aus andern Getreide 11 M. und im Minimumtarif den 1/5fachen Betrag des Zolles der Getreideart, aus dem es hergestellt ist.

Graf Kanitz (L.) beantragt für Malz aus Gerste 10,25 M., für Malz aus andern Getreide 11 M.

Zur Begründung seines Antrags hebt Herold (C.) hervor, daß er das Verhältnis zum Getreidezoll genommen und 1 M. zuge schlagen habe. Die so gewonnene Summe von 10,33 M. habe er noch oben abgerundet.

Schatzsekretär Frhr. v. Thielmann: Die verbündeten Regierungen würden schwerlich in der Lage sein, einem Minimalzoll für Malz im Rahmen des Tarifs ihre Zustimmung zu geben.

Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.) begründet seinen Antrag auf Herabsetzung des Malzzolles auf 4 M. Im Interesse der deutschen Mälzereien liege weniger ein Schutzoll als der billige Bezug von ausländischer Gerste. Die Mälzerei habe sich bisher sehr gut entwickelt. Gegen die Erhöhung spreche das Interesse der kleinen Brauereien, die pro Hektoliter um etwa 47 Pfennig teurer arbeiten müßten bei jeder Mark Erhöhung des Malzzolls. Die großen Brauereien würden durch Erweiterung ihrer Mälzereien sich zu helfen wissen.

Es tritt hierauf Vertagung ein. Die nächste Sitzung findet Dienstag Nat. Von nun ab soll schon um 9 Uhr früh begonnen werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. Februar.

Der Reichstag

beschäftigte sich heute mit Eisenbahnfragen. Viel Neues kam auch diesmal bei der Debatte nicht heraus. Nach der Verfassung steht dem Reiche zwar die Kontrolle über die Tarifpolitik der Einzelstaaten zu, aber diese Bestimmung steht nur auf dem Papier. Das Reichs-Eisenbahnamt ist in Wirklichkeit ein Anhängel des preussischen Eisenbahn-Ministeriums und der leitende Geist in allen Tariffragen ist Herr v. Thielen. Und wie Herr v. Thielen über die Tarifreform denkt, das wissen wir schon seit langer Zeit. Als die Einnahmen stiegen, erklärte er eine Verbilligung der Tarife für unmöglich und jetzt, wo die Einnahmen fallen, ist die Tarifreform natürlich noch unmöglicher geworden. Es war charakteristisch, daß der Staatssekretär des Reichs-Eisenbahnamtes, Dr. Schultze über die Tariffragen sich überhaupt nicht verbreitete, sondern sich nur darauf beschränkte, Angriffe nach anderer Richtung abzuwehren. Es sollte hätte hervorgehoben, daß die Zahl der Unfälle im Eisenbahnbetrieb infolge der Mangelhaftigkeit der Betriebsanrichtungen noch immer außerordentlich groß sei und dabei auf die unglaubliche Thatsache hingewiesen, daß in einem Jahr auf den preussischen Staatsbahnen über 10 000 Schienenbrüche vorgekommen sind. Er hatte dann weiter das Sparsystem bei den Beamten und den Stillstand auch in technischen Fortschritten gerügt. Herr Dr. Schultze beschränkte sich in seiner Erwiderung auf den mageren Trost, daß die Zahl der Unfälle nicht zu-

genommen habe. Er leistete sich dabei den für die Opfer der Eisenbahnunfälle wenig beruhigenden Grundsatz, daß es auf die Zahl der verletzten Personen nicht ankomme. Der Herr Minister ist schon zufrieden, wenn er schwarz auf weiß nachweisen kann, daß die Zahl der Zusammenstöße und Entgleisungen sich vermindert habe.

In der Debatte wurden noch eine Reihe Einzelwünsche laut. Herr Dr. Pachtke regte die Beseitigung der Rückfahrkarten an und verlangte, daß der Preis für einfache Fahrten auf die Hälfte des jetzt für die Rückfahrten geforderten Betrages bemessen werde.

Der nationalliberale Abg. Franken wünschte eine Verbesserung der Bezüge der Lokomotivführer und Eisenbahn-Wertmeister. Herr Dr. Müller-Meinungen tabelte die Einführung einer Reklamationsgebühr von einer Mark und wies auf die vielfachen Beschwerden der Thüringer Kleinstaaten über Benachteiligung durch die preussische Eisenbahnverwaltung hin. Böses Blut hat besonders, wie auch Genosse Pauderl bestätigte, die Beseitigung fast aller Sonntagsfahrkarten im Bezirke Erfurt hervorgerufen.

Von der Rechten nahm nur der Reichsparteiler Graf Bernstorff-Lauenburg das Wort, um aus Rücksicht auf die allgemeine Finanzlage vor weiteren Tarifermäßigungen zu warnen.

Herr v. Thielen hatte erst beim Etat der Reichs-Eisenbahnen Gelegenheit, in die Debatte einzugreifen. Hier trägt er auch äußerlich die Verantwortung und so benutzte er dann die Gelegenheit, um wieder einmal zu versichern, daß er unter Tarifreform nur eine Vereinfachung des Fahrarten-Systems, nicht aber eine Verbilligung der Tarife verstehe. Auch eine Herabsetzung der Gütertarife sei nicht zu erwarten.

Im übrigen wurde der Etat der Reichseisenbahnen unverändert nach den Beschlüssen der Budgetkommission genehmigt.

Morgen stehen die Zuckersteuer und die Reichs-Stempelabgaben auf der Tagesordnung.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus nahm am Freitag den Gesetzentwurf betreffend die Bewilligung weiterer Mittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern in staatlichen Betrieben und gering besoldeten Staatsbeamten in dritter Lesung und den Gesetzentwurf betreffend die Heranziehung zu den Kreisabgaben in zweiter Lesung debattelos an. Bei der sodann erfolgenden zweiten Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Provinzial-Donationen wurde von konservativer Seite der Wunsch nach einer geschlichen Regelung des Pflegetarifen wessens ausgesprochen. Der Minister Frhr. v. Hammerstein stellte sich der Anregung sympathisch gegenüber, bemerkte aber unter Hinweis auf die im Jahre 1895 gefasste Vorlage, daß er eine neue Vorlage erst nach Klärung der Ansichten über diese Frage einbringen könne.

Hierauf setzte das Haus die Beratung des Etats des Ministeriums des Innern fort und erledigte in schneller Reihenfolge die Kapitel „Polizeiverwaltung in Berlin und den Vororten“, „Polizeiverwaltung in den Provinzen“ und „Distriktskommissare in Posen“. Die Debatte über die Polizeiverwaltung drehte sich fast ausschließlich wieder um die Berliner Verkehrsverhältnisse und die Lage der Schulleute. Ein hierzu gestellter Antrag Brömel (fr. Bg.), der die Regierung ersucht, die Schulleute in Berlin nach einer gewissen Probezeit lebenslanglich anzustellen, wurde der Budgetkommission überwiesen. Abg. Kreiting (fr. Bg.) berührte auch die Frage der Durchquerung der Lyden, wobei er in echt freisinniger Weise tiefe Verbeugungen vor der Krone machte. Eine Auskunft wurde ihm nicht zu teil, da diese Angelegenheit ins Ressort des Ministers der öffentlichen Arbeiten gehört.

Am Sonnabend stehen die Etats der Lotterieverwaltung, der Verwaltung der direkten Steuern, der Rest des Etats des Ministeriums des Innern und die zweite Lesung des Gesetzentwurfs betreffend den Erwerb von Bergwerkseigentum auf der Tagesordnung.

Deutsches Reich.

Eine Ehrung Washingtons.

Prinz Heinrich legte am Donnerstag im Auftrage Kaiser Wilhelms einen Kranz auf dem Grabe George Washingtons nieder und pflanzte nahe der Grabstätte eine Linde. Diese Ehrung galt einem Führer vaterlandloser Völkern, die sich in dreifacher Unbarmherzigkeit gegen ihr angestammtes Herrscherhaus auflehnten. Sie galt einem Manne, gegen den einst deutsche Truppen kämpften, deutsche Landeskinder aus Hessen, Rassel, Hesse-Rassau, Braunschweig, Waldeck, Anhalt und Ansbach, die von ihren Herren Landesvätern an England verkauft worden waren.

Eine heimliche Erinnerung.

Einer der Kadel-Schmuck drahtet aus New York über folgende denkwürdige Episode der Prinzen-Reise:

Als Prinz Heinrich den Sonderzug nach Washington bestieg, nahm die Polizei einen Mann fest, der sich zudringlich und widerständig benahm. Als der Prinz dies sah, sagte er: „Ihr amerikanischen Polizisten macht kein Federlesen, die Art, wie der Mann beigesteckt wurde, macht mir Spaß.“ Der Festgenommene entpuppte sich später als ein harmloser Uebernegeriger; er wurde aber doch vom Polizeirichter zu 50 Dollar Geldbuße wegen Ungebührlichkeit verurteilt.

Daß den Prinzen die amerikanische Polizeischneidigkeit angenehm an seine preussisch-deutsche Heimat erinnerte, ist nur natürlich.

Die Ausräumung des dritten Bandes der Bismarckschen Memoiren behauptet die „Chemnitzer Allgem. Zeitung“, der von zuverlässiger Seite berichtet wird, daß jener dritte Band, der ebenso wie die beiden ersten Bände der Stuttgarter Verlagsanstalt zur Drucklegung übergeben war, von hochstehender Seite um hohen Preis im Manuscript angekauft worden ist und infolge dessen nicht erscheinen wird.

Der dritte Band enthält die Geschichte der Entlassung Bidwolds und Betrachtungen über den neuen Kurs. Daß man sich in gewissen Kreisen vor diesem Bismarckschen Geschoß aus dem Grabe fürchtet, ist begreiflich.

Dennoch möchten wir nicht meinen, daß die Erben Bismarcks sich auf solchen Handel einlassen könnten, der eine wertvolle Geschichtsquelle verschüttert.

Das Vereinsrecht der Frauen. Die Berliner Neuesten Nachrichten bemerken zu der Beschwerde der Vereinsversammlung des dritten Berliner Wahlkreises wegen der Anweisung der Frauen von der Kreiskasse: „Auf die Lösung dieser etwas verzwickten gewordenen Frage kann man allerdings gespannt sein.“

Wir finden die Frage nicht im mindesten verzwickelt. Der Minister hat ausdrücklich auch für die nächste Versammlung des Bundes der Landwirte die Zulassung der Frauen als Zuhörerinnen versprochen. Und der Polizeipräsident hat deshalb keine schwierigeren

Aufgabe zu vollführen, als einfach die Polizei-Organen anzuweisen, in des Ministers und seinem Sinne zu verfahren.

Die Weltpolitik der Weltverbüderung.

Aus New York wird gemeldet, daß der Prinz Heinrich am 5. März die kanadische Grenze überschreiten und der englischen Kolonie einen Besuch abstatten werde. Ein Vertreter des Generalgouverneurs Rinto von Kanada wird ihn empfangen. Auch ein Ehrensalut von 21 Schüssen soll zu seiner Begehung abgegeben werden.

In London war man merkwürdigerweise über die Absicht dieses Besuches bereits mehrere Tage früher unterrichtet, als in Deutschland. Drudte doch bereits die Rhein-Weisfälische Zeitung in ihrer vorletzten Nummer eine „Lassau“-Weldung ab, derzufolge in London die Nachricht verbreitet war, Kaiser Wilhelm habe bei König Eduard angeregt (1), er möge den Prinzen Heinrich einladen, Kanada zu besuchen, um dadurch darzutun, daß die kirchlichen politischen Ereignisse keine Trennung der Beziehungen zwischen Deutschland und England bewirkt haben. Dem Vernehmen nach sollte König Eduard dem Prinzen Heinrich bereits durch Kabel zu einem Besuch Kanadas eingeladen haben. — Zu dieser Weldung wollte der New Yorker Korrespondent des „Bureau Laffan“ von dem deutschen Vorkassier in Washington v. Hollen weiter erfahren haben, daß diesem von einer Reise des Prinzen nach Kanada nichts bekannt ist. Der Vorkassier äußerte weiter in freimütigstem Gespräch, der Generalgouverneur von Kanada Lord Rinto habe den Prinzen Heinrich zu einem Besuche in Ottawa eingeladen. Prinz Heinrich habe die Einladung, die nicht vom England aus angeregt worden sei, bis jetzt noch nicht beantwortet. Sollte er sie annehmen, so wird ihm der vom Herzog von York benutzte Zug an die kanadische Grenze entgegengesandt werden.

Die politische Bedeutung des Union-Besuches des Prinzen kann in der That auch durch einen kanadischen Abteiler nicht beeinträchtigt werden. Ein amerikanischer Journalist hat ja bereits auf dem Prinzen Heinrich veranstalteten Pressfest das große Wort ausgesprochen, daß das Schicksal Amerika, Deutschland und England zu einem unlöslichen Dreieck anderssehen habe. Warum sollte man diesen Dreieck nicht auch gleich den offiziellen Stempel aufdrücken! Wehe noch: Ein großer Teil der kanadischen Bevölkerung ist französisch abkunft. Wer weiß also, ob aus dem Dreieck nicht auch gleich ein Vierbund werden könnte. Und da Deutschland zu diesem Vierbund gleich Oesterreich und Italien, England Japan, und Frankreich Rußland mitbrächte, so wäre sozusagen ein allgemeiner Weltbund fix und fertig. Seid umschlungen, Nationen...!

Der Bromberger Schulprozeß

hat zwar mit der Freisprechung des angeklagten Gemeindevorsehers geendet, allein es scheint keine Aussicht vorhanden zu sein, daß nunmehr gegen den Lehrer Ruhn das Disziplinarverfahren eröffnet wird, da ja der Gerichtshof den Wahrheitsbeweis dafür, daß Ruhn das Züchtigungsrecht überschritten habe, als nicht erbracht angesehen hat. Das Gericht hielt die Aussagen der zahlreichen Schulkinder nicht für genügend, um die gegenteiligen Aussagen des Lehrers Ruhn, der ja hier infolge des gegen seinen Ankläger erhobenen Verfahrens als Zeuge fungieren konnte, und des Kreis-Schulinspektors Kempf zu erschüttern.

Die Vernehmung der letzteren bot allerdings einige interessante Momente, die nachgetragen zu werden verdienen. Er erklärte nämlich, er habe wohl festgestellt, daß einzelne Kinder in unerheblicher Weise von dem Lehrer Ruhn gezüchtigt worden seien, von erheblichen Züchtigungen habe er aber nichts gehört. — Vorl.: Haben Sie die Kinder denn genau verstanden? — Zeuge: Ja wohl, da ich doch auch Anwalt der Kinder bin, so war ich aufs eifrigste bemüht, die Wahrheit zu ermitteln. — Vorl.: Ein Schulmädchen hat allerdings Ihnen zu Protokoll gegeben, Lehrer Ruhn habe sie heftig auf den Kopf und die Nase geschlagen, so daß letztere blutete? — Zeuge: Das ist richtig. — Vorl.: Das würde aber das Züchtigungsrecht überschreiten. — Zeuge: Das gebe ich zu.

Interessanter noch war folgende Episode der Vernehmung des Schulinspektors. Schulinspektor Kempf erklärt, er habe auch gehört, daß der Angeklagte seinen amtlichen Einfluß aufgegeben habe, um die Leute zum Unterschreiben der Beschwerde zu bewegen. Eine bestimmte Unterlage habe er aber dafür nicht. — Bert.: Geben Sie zu, daß Sie der königlichen Regierung berichtet haben, der Angeklagte habe bei der Entrichtung der Steuern die Leute aufgefordert, die Beschwerde zu unterschreiben? — Angekl.: Ich hatte dies allerdings gehört. — Bert.: Wie kam es aber, daß Sie diesen Vorgang der königlichen Regierung als Thatsache mitteilten, mit dem Bemerkten, der Angeklagte habe seinen amtlichen Einfluß geltend gemacht und die Leute mit Strafe bedroht, wenn sie die Beschwerde nicht unterschreiben wollten? — Staatsanwalt: Ich beantrage die Verantwortung dieser Frage abzuschneiden. — Bert.: Die Eingabe ist ein amtliches Schriftstück; ich beantrage, dasselbe zur Auffrischung des Gedächtnisses des Herrn Zeugen zu verlesen. — Kreis-Schulinspektor Kempf: Ich gebe die Mäßigkeit zu, eine solche Eingabe gemacht zu haben.

Trotzdem den ganz bestimmten und übereinstimmenden Aussagen der sechs Schulkinder nur das Zeugnis des eigentlich Beschuldigten und das des Schulinspektors, der wirklich Positives doch überhaupt nicht zu behaupten vermochte, gegenüberstand, wurde der Wahrheitsbeweis nicht für erbracht angesehen!

Hochst bezeichnend für den Wert des Schulunterrichts der Vermittlungspädagogik ist noch folgender Passus aus der Gerichtsverhandlung:

Vorl.: Wie verkehren Sie denn mit den Kindern, da Sie doch der polnischen Sprache nicht mächtig sind? — Zeuge: Ich verstehe soviel polnisch, um mich nöthig zu verständigen. Bisweilen rufe ich meine Frau zu Hilfe.

Eine Dienen-Protestversammlung Kruppischer Arbeiter gegen die Kruppischen Wohlfahrtsanrichtungen. Man schreibt uns aus Essen: Die bereits gemeldeten Vorgänge auf der Kruppischen Fabrik hatten zur Folge, daß am Mittwochabend ca. 2000 Kruppische Arbeiter zusammenkamen, um gegen die neuesten Wohlfahrtsanrichtungen zu demonstrieren. Da das Lokal nur 1000—1100 Personen faßte, fanden viele der Herbeigeströmten draußen an den Fenstern, auf dem Hofe und trüppweise zogen die Leute wieder ab, weil das Lokal bis auf das letzte Fensterdreieck gefüllt war. Die von dem Referenten, Redacteur D. H. W. an den Kruppischen Wohlfahrtsanrichtungen im allgemeinen, an den neuesten Wohlfahrten im besonderen geübte Kritik wurde von den Anwesenden mit stürmischem Beifall aufgenommen. Ist es schon ein bedeutendes Zeichen, wenn ein paar Tausend Arbeiter der Kruppischen Fabrik in einer Versammlung erscheinen, die zu dem Zwecke einberufen wurde, um gegen die Firma Stellung zu nehmen, so ist noch ganz besonders bedeutungsvoll, daß die Erschienenen wie ein Mann in so offener Weise gegen die Firma demonstrieren. Auf Vorschlag wurde einstimmig beschlossen, um endlich einmal den Unverantwortlichen, der bisher nur Millionen einsetzte, die Exzellenz Krupp, direkt auf die Vorgänge auf seiner Fabrik aufmerksam zu machen, dessen Einfluß auf sein Werk seinen zu lernen und sein gelobtes gutes Herz auf die Probe zu stellen, demselben folgendes Telegramm nach Capri zu senden:

Capri.

Die heute, 28. Februar cr., im Saale der Borussia von mehr als 1000 Arbeitern Ihrer Fabrik besuchte Versammlung, wendet sich an Sie mit dem Ersuchen, Anordnung zu geben, damit die neue Arbeitsordnung in der Schmelze S. S., nach welcher die Mittagspause nicht mehr wie eine Stunde betragen soll, aufgehoben wird.

Weiter wurde das Bureau einstimmig beauftragt, an Krupp eine Eingabe gelangen zu lassen, in der die Mißstände genauer geschildert werden und ersucht wird, die Mißstände rückgängig zu machen und die frühere Arbeitszeit wieder einzuführen. Die Eingabe soll unterzeichnet werden von dem Vorsitzenden des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und dem Vorsitzenden des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes. Die Aufforderung des Referenten an die Versammelten, endlich nun die Konsequenzen zu ziehen, sich der Organisation anzuschließen, wurde mit rauschendem Beifall aufgenommen und mit einem begeisterten Hoch auf die Organisation schloß die Versammlung.

Auch in Eisen rüttelt es gar mächtig an der Säule der „göttlichen“ Weltordnung, an dem Feudal-Feudalismus.

Schlerer.

[Gegen den „Vorwärts“ ist infolge der Veröffentlichung des vertraulichen Marine-Erlasses ein Verfahren wegen Schlerer eröffnet worden.]

Wer die Wahrheit erfährt und sie weiter erzählt,
Der hat diese selbige Wahrheit „verhehlt“.

Und wer sie für weite Kreise entdeckt,
Der hat sie geheim in die Tasche gesteckt.

Und wer in die Öffentlichkeit sie gebracht,
Der will sie verbergen aus Niedertracht.

Wer die Wahrheit kennt und sagt sie frei,
Der kommt vor Gericht wegen Schlerer.

(„Zustige Blätter“.)

Ausland.

Ueber die Studentennunnen in Aizen

erhält der Aizener „Naprzód“ einige Mitteilungen von Augenzeugen, denen wir folgende interessante Einzelheiten entnehmen:

Die Studenten, die von den Ferien zurückkehrten, drückten alsbald ihre Unzufriedenheit aus wegen der „Reformen“ des Unterrichtsministeriums.

Am 20. Januar alten Stils fand eine Versammlung der Studierenden des Polytechnikums statt, in der der Streik beschlossen wurde.

Am 24. Januar alten Stils beschloß auch die Univeritätsstudenten in einer stürmischen Versammlung den Streik; sie erwarteten die neuen Univeritätsmaßregeln. Außerdem wurde gefordert: die weiteste Autonomie der Univeritäten, die Wiederaufnahme der für die vorigen Unruhen Belegten und die Aufnahme aller, welche studieren wollen, ohne Unterschied des Geschlechts und der Nationalität.

Am 13. Februar alten Stils beschloß die örtliche Arbeiterpartei eine Demonstration zu veranstalten. Sofort wurde das ganze Militär der Stadt mobilisiert. In der Nacht zum 1./13. Februar wurden die Heeresabteilungen in den einzelnen Teilen der Stadt untergebracht. Man gab den Befehl, ohne Kommando auf die Menge zu schießen, und zwar auf Zeichen, welche Umcingeweihten verständlich waren.

Am 13. Februar gegen 12 und 1 Uhr mittags wurde nahe am Rathaus eine rote Fahne entfaltet, neben welcher sich sofort Massen von Arbeitern und Studenten vereinigten. Sofort begann ein wilder Kampf mit der Polizei, das Militär war noch nicht zur Stelle. Polizisten zu Pferd und zu Fuß schlugen mit Knütteln und harten Stöcken in das Publikum — auf Frauen und Männer — ein. Der Polytechniker **Wolski** wurde auf der Stelle getötet, einige Studenten wurden schwer verwundet, einige Frauen unbarbarisch geprügelt... Das Publikum wehrte sich, ein Polizist wurde erschlagen.

Die rote Fahne wehte an einigen Stellen, wurde aber sofort niedergedrückt.

Neben der Univerität demonstrierte zu gleicher Zeit eine Gruppe Studenten und Arbeiter. Sofort erschien das Militär. Es gelang ihnen, die Demonstranten in einer Gasse einzuschließen. Nun begann eine furchterliche Prügelei. Ein Teil der Einschlossenen wurde verhaftet. Neben dem Theater zog eine Truppe unter den Klängen revolutionärer Lieder vorbei. Auch hier gelang es den Skolaken, das Publikum in die Enge zu treiben. Man schlug die Demonstranten in furchterlicher Weise.

Zwisdem erlangen die revolutionären Lieder bis zum Abend auf den Straßen.

Am nächsten Tage fand eine stürmische Studentenversammlung statt, an der auch der Vertreter des Ministers teilnahm. Er erklärte: „Mit den Herren Studenten kann man nie fertig werden.“ Schließlich mußte er mit dem Rektor abziehen — zum Abschied mußten die Herren wieder einige revolutionäre Lieder hören.

Die Erregung in allen Bevölkerungsschichten — selbst bei den Offizieren — ist gewaltig. Am 19. — dem Tag der Bauernbefreiung — und dem 1. März — dem Todestag Alexanders II. — hat man wieder Demonstrationen angefaßt.

Am ersten Tag der Demonstration wurden 14 Personen verhaftet, am nächsten Tag fanden Massenverhaftungen aus allen Kreisen statt.

Auch in anderen Univeritätsstädten kam es zu lebhaften Studentendemonstrationen. Der „Regierungsbote“ veröffentlicht einen Erlass des Ministers für „Volksaufklärung“, in welchem Mitteilungen gemacht werden über die Aufhebungen, die eine Schar von 400 Studenten der Univerität und anderer Hochschulen sowie Frauen am 22. Februar in der Univerität in Moskau verübt haben. Der Haufe drang aus dem Hofe, wo er sich versammelt, in die Aula der Univerität ein, zertrümmerte Türen, Säulen, Tische und Stühle, hängte rote Fahnen aus den Fenstern heraus, lärmte und sang Lieder. Die Aufhebungen begannen um 11 1/2 Uhr vormittags und dauerten bis Mitternacht, wo Polizei und Soldaten die Ruhestörer verhafteten, ohne daß diese besonderen Widerstand leisteten. Der Minister ordnete die sofortige Ausschließung aller verhafteten Studenten aus der Univerität an sowie die Ausschließung aller übrigen Hörer anderer Lehranstalten, die ebenfalls in der Nacht auf den 23. Februar in der Univerität Moskau verhaftet sind, aus den betreffenden Hochschulen.

Oestreich-Ungarn.

Abgeordnetenhaus. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde am Freitag ein Dringlichkeitsantrag der Socialdemokraten auf Einbringung einer Preßgesetznovelle innerhalb 8 Tagen verhandelt. Ministerpräsident v. Körber erklärte die Regierung, welche in dieser Angelegenheit freiwillig die Initiative ergriffen habe, werde ihr Versprechen halten, einen Termin zu nennen, sie sich jedoch nicht sehen lassen. Hierauf wurde die Dringlichkeit abgelehnt und die Specialdebatte des Budgets fortgesetzt.

Neutralitätsbruch gegen die Boeren. Dem Aizener „Naprzód“ wird aus Przemysl (Galizien) berichtet: In den letzten zwei Wochen reiste ein englischer Agent in unserem Kreis herum und kaufte Pferdetransporte an, die für Transvaal bestimmt sind.

Bekanntlich hat der Minister **Goluchowski** im Reichsrat erklärt, daß die österreichische Regierung die Neutralität wahren wolle. „Wie sehen angesichts solcher Thatsachen die offiziellen Erklärungen des Grafen Goluchowski aus?“ fragt mit Recht unser Aizener Parteiorgan.

Frankreich.

Waldeck-Rousseau erschien gestern in der Wahlkommission. Die Kommission nahm nach seinen Erklärungen die Regierungsvorschläge an, wonach die Zahl der Abgeordneten in einzelnen Wahlkreisen entsprechend der Bevölkerung erhöht werden soll. Betreffend Marseille sollen weitere Erhebungen stattfinden.

Die Regierung unterbreitete ferner der Wahlkommission ein Projekt, das darauf hinziet, die Wahlbeeinflussungen einzuschränken. Das Projekt wurde von der Kommission im Princip angenommen.

Spanien.

Die Lage in Spanien ist trotz der scheinbaren Ruhe noch sehr ernst. In Barcelona, wo die Ruhe äußerlich zurückgelehrt ist, sind die Streitigkeiten der Metallarbeiter und der Fabrikanten mit den Arbeitgebern noch nicht beigelegt. Ebenso dauert der Generalstreik in Aens, Sabadell, Sano und Gostafraut fort, doch hofft man, daß hier die Streitenden wie in Saragossa und Zaragoza zur Arbeit zurückkehren werden. Neuerdings sind Truppenstärkungen nach Barcelona abgegangen. In Murcia ist der Generalstreik ausgebrochen.

Aus Barcelona wird noch gemeldet: Die Behörden haben erfahren, daß Zusammenkünfte stattfinden, welche bezwecken, auf eine neue einen allgemeinen Ausstand zu proklamieren. Es wurden daher Maßregeln getroffen, um einem solchen vorzubeugen. Die Metallarbeiter mißhandeln noch immer diejenigen Kameraden, welche die Arbeit wieder aufnehmen. Sie wollen nicht arbeiten, solange nicht alle Arbeiter, die anlässlich des letzten Ausstandes verhaftet wurden, wieder freigelassen worden sind.

Rußland.

Ein Hungerstreik war wieder einmal in Petersburg Unterjuchungsgefängnis unter den politischen Verbrechern ausgebrochen. Der Hungerstreik ist bekanntlich das letzte Mittel, zu dem die verzweifelten Opfer des zarischen Despotismus greifen, wenn die Willkür der Gefängnisverwaltung oder der administrativen Behörden nicht mehr zu ertragen ist. Es nahmen am Hungerstreik 48 Personen teil; drei Tage hindurch nahmen sie keine Speise zu sich; sie verlangten die Freilassung der in den Prozess der „Arbeiterbibliothek“ verwickelten Personen, die schon mehr als ein Jahr in Unterjuchungsgefängnis sich befinden und deren Unterjuchung schon längst zu Ende geführt ist; erst als der Staatsanwalt diese Forderung erfüllen zu wollen erklärte, wurde der Hungerstreik für beendet erklärt.

Unruhen in Finnland. Aus Anlaß des Jahresfestes der Publication des Manifestes des Jaren über die Einführung der finnischen Wehrpflicht-Ordnung fanden am 18. d. Mts. in Helsinki große erste Straßendemonstrationen statt. Da die Polizei zu schwach war, die Ruhe wieder herzustellen, mußte Militär einschreiten und Ordnung schaffen. Ueber 40 Verhaftungen wurden vorgenommen.

Parlamentarisches.

Kolonial-Gesetz.

Die Budgetkommission des Reichstags schloß am Freitag die Diskussion über Fortführung der Eisenbahn Langa — Nuheja — Korogwe bis Mombasa fort, wofür als erste Rate 1550 000 M. verlangt werden. — Abg. Dr. **Arendt** (Rp.) stellt den Antrag, 600 000 M. von diesem Etatartikel abzuziehen. — Abg. **Müller-Fulda** (C.) meint, daß die Fortführung der Bahn bis Mombasa nicht für 3 Millionen zu bauen sein werde, sondern vielleicht 6 Millionen kosten könnte. Er stieß dem Vorschlag ablehnend gegenüber. — Abg. **Richter** (fr. Rp.) empfiehlt Ablehnung der Summe. — Abg. **Greife** (fr. Rp.) meint, man sollte nicht bei Korogwe stehen bleiben, sondern weiter bauen, und bittet, einen Teil der geforderten Summe zu bewilligen.

Staatssekretär **Herr v. Nischosen** warnt vor gänzlicher Ablehnung der Summe.

Die Regierungsvorlage auf Bewilligung von 1 550 000 M. wird mit allen gegen eine Stimme abgelehnt, der Antrag **Arendt** auf Bewilligung von 950 000 M. wird mit 14 Stimmen abgelehnt.

Für die Weiterführung der von Dar-es-Salaam angehenden **Telegraphenlinie** und zwar von Mpapua bis Tabora werden 168 000 M. verlangt.

Der Stat für **Südwest-Afrika** wird ohne Debatte genehmigt, ebenso der Entwurf des Gesetzes, betr. die Feststellung des Haushalts-Stats für die Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1902.

Nächste Sitzung: Dienstag 10 Uhr. Zur Beratung steht der Antrag **Gröber**, betr. das Postabereinkommen des Reiches mit **Württemberg**.

Die Branntweinsteuer-Kommission

des Reichstags konnte am Donnerstagabend nicht in die Beratung des Antrags **Pasche** eintreten, weil der Antragsteller am Erscheinung verhindert war. Auch die Anträge des Abgeordneten **Müller-Fulda** usw., die demnächst zur Verhandlung kommen sollte betreffend Abänderung des § 41 des Gesetzes (Wasschottisch- und Branntweinmaterial-Steuer) schieden aus der Erörterung aus. Abg. **Müller-Fulda** (C.) führte nämlich aus, die Wasschottisch-Steuer werde in dem Maße zu einer Kalamität wie der Branntweinsteuer gegenüber dem gewerblichen Branntwein an Quantität zurücktreten. Von einem dauernden Gesetz könne deshalb keine Rede sein, nachdem die Wasschottischsteuer wieder festgelegt worden sei. Er ziehe aus diesem Grunde seine Anträge zu § 41 des Gesetzes zurück, werde aber darauf halten, daß nun auch dem Gesetze der Charakter eines Gesetzes nicht genommen werde.

Abg. **Paquide** (fr. Rp.) regt an, dies in einer Resolution zum Ausdruck zu bringen, wenn im Augenblick die gesetzliche Befreiung der Branntweinsteuer nicht möglich sei.

Abg. **Diétrich** (L.) tritt für eine mindestens zehnjährige Dauer des neuen Gesetzes ein, da sich nicht nur die Behörden, sondern auch die Betriebe auf eine so tiefgreifende Erneuerung, wie die Befreiung der Wasschottischsteuer lange vorwärts einrichten müßten.

Abg. **Müller-Fulda** (C.) stellt eine Resolution im Sinne des Abg. **Paquide** in Aussicht.

Es wurde dann noch eine Reihe von Anträgen der Abgeordneten **Fitz** (natl.), **Lutz** (B. d. L.) und anderer beraten, die Abänderungen des Gesetzes, namentlich zu Gunsten der kleineren Brenner bezweckten, aber zumeist von den Antragstellern hernach zurückgezogen wurden.

Die Verhandlung schritt bis zur Frage der Staffelung der Brennsteuer fort. Da zu dieser von dem abwesenden Abg. **Speck** (C.) wichtige Anträge gestellt waren, wurde die Beratung bis zu seiner Rückkunft vertagt. Nächste Sitzung Mittwochabend.

Die Abg. **v. Brodhagen** (L.) feststellte, hat auch er gleich dem Abg. **Diétrich** gegen die Aufhebung der Steuerfreiheit für Apotheke-**spiritus** gestimmt.

Partei-Nachrichten.

Die „**Krenz-Zeitung**“ wärmt den dreisten Schwindel wieder einmal auf, daß die Socialdemokratie schuld sei an der Zunahme der Robeitsvergehen. Wir haben schon wiederholt aus den amtlichen Untersuchungen nachgewiesen (zuletzt im „Vorwärts“ Nr. 197 und 198 vom vorigen Jahre), wie unwahr das ist. Die meisten Robeitsvergehen werden nämlich dort verübt, wo die Socialdemokratie am schwächsten ist, in den Gebieten der ostpreussischen Junker, in Ostpreußen und Bayern, die wenigsten Robeitsvergehen kommen dort vor, wo die Socialdemokratie am stärksten ist, in Sachsen, Thüringen, den norddeutschen Bundesstaaten und der Provinz Brandenburg mit Berlin.

Es entspricht den noblen Gesplogenschaften des Junkerblattes, unter der Maske wissenschaftlicher Betrachtungsweise die offenkundigsten Thatsachen in ihr Gegenteil umzulügen zu dem Zwecke, gegen die Socialdemokratie zu hetzen.

Gemeindevahlen. In Sieber bei Offenbach a. M. wurden die drei socialdemokratischen Kandidaten in den Gemeinderat gewählt, dem nunmehr sechs Socialdemokraten angehören.

Zum **Nürnberg-Gautage** erhalten wir folgende Zuschrift: In dem Bericht des „Vorwärts“ in Nr. 48 über den Gautage der

Socialdemokratischen Partei Nordbayerns wird zu der Gültigkeitserklärung der Mandate der beiden Genossen **Ehinger** und **Herrmann**, die vom socialdemokratischen Verein Nürnberg ausgeschlossen wurden, bemerkt: Dieser Beschluß steht im auffallenden Gegensatz zu der Resolution, die zur Nürnberg Angelegenheit angenommen wurde. Im nachstehenden wollen wir die Abstimmungsresultate über die Resolutionen, die zu der betr. Angelegenheit gestellt wurden, bekannt geben. Die Resolution, die den Ausgeschlossenen den Wiedereintritt in einen socialdemokratischen Verein ermöglichen sollte, wurde mit Stimmengleichheit, 20 gegen 20 Stimmen, abgelehnt, nachdem infolge der frühen Morgenstunde eine Anzahl Delegierte das Lokal verlassen hatte und ein Antrag, die Abstimmung auf den kommenden Vormittag zu verlegen, abgelehnt wurde. Die entgegengesetzte Resolution gelangte dann mit 27 gegen 24 Stimmen zur Annahme. Der Antrag der Mandatsprüfungs-Kommission, auf Grund der gefassten Resolution unsere Mandate für ungültig zu erklären, wurde mit 38 gegen 23 Stimmen abgelehnt.

Nürnberg, den 27. Februar 1902.

Gg. Ehinger, Konrad Herrmann.

Totenliste der Partei. In Oestrich bei Leipzig starb nach längerer Krankheit der Lagerhalter **Robert Heinke**, ein oberwiltiger Parteigenosse, Mitbegründer des Vereins **Vorwärts** Leipzig-Süd. Er war von Beruf ursprünglich Steinmetz, mußte diese Thätigkeit aber aufgeben, da er stark lungenleidend war. An dieser Krankheit ist er auch schließlich gestorben.

Das Opfer eines schrecklichen Unglücksfalles wurde der Invalide **Genosse** **Erk** aus **Lütgendortmund**. Auf dem Heimwege von einer Versammlung, in der er sich noch in lebhafter Weise an der Verhandlung beteiligt hatte, wurde er von einem Motorwagen überfahren. Dabei erlitt er so schwere Verletzungen, daß er auf dem Transport zum Krankenhaus starb.

Politikalisches, Gerichtliches usw.

— **Das Urteil des Landgerichts Erfurt**, durch welches der Redacteur der „**Erfurter Tribune**“, **Genosse Hennig** in Erfurt, wegen Beleidigung eines Referendars zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden war, ist vom Reichsgericht wegen Beschränkung der Verteidigung aufgehoben worden.

— **Die Mitglieder der ersten Strafkammer des Landgerichts** **Darmstadt** soll **Genosse Hänisch**, Redacteur des **Darmmunder Parteiblattes**, beleidigt haben. Zur Verhandlung der Klage ist Termin vor der beleidigten Kammer unter Vorsitz des beleidigten Landgerichts-Direktors **Osenberg** anberaumt. Aus der Thatsache, daß dieses Gericht Richter in eigener Sache sein will, darf man die Vermutung schöpfen, daß sich die Richter dem Angeklagten gegenüber nicht befangen, nicht beleidigt fühlen und daß sie ihn freisprechen werden, wie das ja dem **Genossen Sellis** in **Dreslau** ähnlich ergangen ist.

Zu den Landgemeindevahlen.

Eine Reihe von Landgemeinden, insbesondere einige Berliner Vorortgemeinden, haben im März Erziehungswahlen für die Gemeindevertretung vorgenommen. Obwohl vielfach von einer starken Arbeiterbevölkerung durchsetzt, weisen die meisten dieser Gemeinden doch eine verhältnismäßig geringe Vertretung der Arbeiterklasse in ihren Parlamenten auf. Zweifellos trägt die Schuld daran zum Teil das folgende

Dreiklassen-Wahlrecht.

das die Rechte der Winderbemittelten erheblich einschränkt; aber selbst unter diesem Wahlrecht sind größere Erfolge zu erringen, sobald erst einmal die große Zahl der Indifferenten, die sich heute leider zu wenig um die Interessen ihrer Klassen kümmern und in dem Kampfe um die Befreiung des Proletariats beiseite stehen, über die Bedeutung der Gemeindevahlen aufgeklärt sind und sich der Pflichten erinnern, die sie gegen sich selbst, gegen ihre Familie, gegen ihre Klassenossen zu erfüllen haben.

Uebrigens da, wo die Vertreter der Besitzenden unumschränkt die Herrschaft in der Gemeinde ausüben, wo sie nach Gutdünken schalten und walten, ohne daß es dem Proletariat unmöglich ist, ihre Handlungen einer scharfen Kritik zu unterziehen, begegnen wir einer bedauerndwerthen Vernachlässigung aller sozialen Aufgaben. Dort fühlen sich die Gemeindevorstände noch immer als bloße Polizei- und Verwaltungsinstrumente des Staates, und die höhere Auffassung, daß die Gemeinde in erster Linie soziale Aufgaben zu erfüllen hat, vermag sich nicht durchzusetzen. Kleinliche Auktorsinteressen sind hier ausschlaggebend, spielen hier eine so große Rolle, daß sie die bürgerlichen Gemeindevorsteher in zwei feindliche Heerlager zu spalten vermögen. Wer wie groß auch immer die Eifersüchtelei unter ihnen ist, immer und immer wieder legen sie sich verjüngt in den Armen, sobald die Arbeiterklasse ihren Anspruch geltend macht. Von dem Augenblick an, wo sich die Arbeiter rüsten, um in die Gemeindevorstellungen einzudringen, giebt es für die bürgerlichen Gemeindevorsteher nur eine Parole: Auf zum Kampfe gegen die Socialdemokratie!

Rein Wunder, daß diese Vernachlässigung der sozialen Aufgaben in den meisten Gemeinden zustande erzeugt hat, unter denen die Arbeiterklasse schwer zu leiden hat. Wir erinnern an die mangelnde Arbeitsfrage auf dem Gebiete der Gesundheitspflege, an die Unterlassungen auf dem Gebiete des Volksschulwesens, des Wohnungswesens, des Verkehrswesens, an die oft mittelalterlichen Geist atmende Handhabung der Armen- und Waisenpflege, an den Mangel einer jeden Arbeiterfürsorge.

Volksschulwesen

Was zunächst das betrifft, so ist es eine bekannte Thatsache, daß die preussische Volksschule, die einst andern Ländern als nachahmenswertes Muster vor Augen geschwehrt hat, mit der Zeit so tief gesunken ist, daß die Zustände auf diesem Gebiete in zahlreichen Gemeinden, insbesondere auf dem Lande, jeder Vergleichung Hohn spotten und eines kulturstaates durchaus unwürdig sind. Wir brauchen durchaus nicht bis in die seligen Gefilde Osteliens oder bis in die obersteindischen Industriebezirke zu gehen; auch in unmittelbarer Nähe der Hauptstadt giebt es Gemeinden, deren Schulen sich, was die Auserachtlassung selbst der elementarsten Forderungen anbelangt, sehr wohl mit den schlechtesten Schulen Osteliens messen können. Nicht nur, daß die Schulgebäude oft in einem baufälligen Zustande sind, steht auch die Zahl der Lehrer vielfach in gar keinem Verhältnis zur Zahl der Schüler. Die einzelnen Klassen sind überfüllt, und die Folge davon ist, daß der Lehrer sich nicht so eingehend mit dem einzelnen Kinde beschäftigen kann, wie es im Interesse eines gedeihlichen Unterrichts nötig ist. Es ist daher durchaus nicht überraschend, daß nur eine kleine Zahl von Schülern das doch wahrlich nicht allzu weit gesteckte Ziel der Volksschule erreichen.

Fortbildung

der aus der Schule entlassenen jungen Leute gefordert. Die Gemeinden, die Fortbildungsschulen eingerichtet haben, kann man an den Fingern herzählen. Entweder sprechen die Kosten die Gemeindevertreter hiervon ab, oder aber mangelndes Verständnis für die Interessen des Proletariats; manche bürgerlichen Gemeindevorsteher mögen wohl auch auf dem Standpunkte der Agrarier stehen, daß die Arbeiter, die nicht lesen und schreiben können, die besten sind, weil sie sich um das öffentliche Leben nicht kümmern und nicht zum Klassenbewußtsein erwachen.

Diesen unwürdigen Zuständen ein Ende zu machen, ist eine der Hauptaufgaben der socialdemokratischen Gemeindevorsteher. Und auch bei der Agitation muß mit allem Nachdruck immer und immer wieder unsere Forderung des obligatorischen Besuchs der Volksschulen und des obligatorischen Fortbildungsunterrichts propagiert werden. Nur, wenn auch die Kinder der bestgehenden Klassen gezwungen werden, die Volksschule zu besuchen, nur, wenn die Volksschule ihren Charakter als Armen-**schule** verliert und eine Volksschule im vollen Sinne des

Wortes wird, nur dann wird sie eine solche Ausgestaltung erfahren, wie es im Interesse eines erfolgreichen Schulwesens nötig ist. Aber noch mehr! Wir fordern auch die unentgeltliche Lieferung der Lehrmittel und die Erhaltung von Schulkantinen zur Verpflegung der Schulkinder. Genau so, wie im Zeitalter der allgemeinen Wehrpflicht der Soldat die zu seiner Ausbildung notwendigen Waffen erhält, muß auch das Schulkind seine Waffen, die Lehrmittel, bekommen. Die Verpflegung von Schulkindern endlich ist bereits in einigen Gemeinden durchgeführt; auf diese Forderung werden wir insbesondere mit Rücksicht auf die herrschende Arbeitslosigkeit großes Gewicht legen müssen. Die Arbeitslosen-Statistik hat ergeben, daß infolge anhaltenden Mangels an Beschäftigung viele Eltern in ihrem Einkommen so geschwächt sind, daß sie, wenn auch schweren Herzens, gezwungen sind, ihre Kinder hungrig in die Schule zu schicken. Wie wenig Erfolg der Unterricht für solche Kinder hat, kann jeder Lehrer aus Erfahrung sagen.

Unreife Forderungen auf dem Gebiete des Schulwesens hier zu erörtern, würde zu weit führen. Es sei nur das eine betont, daß wir — getreu dem Grundsatz, daß die Religion zur Privatsache zu erklären ist — die Weltlichkeit der Schulen und die Beseitigung des Religionsunterrichts aus dem Lehrplan verlangen. Die dadurch gewonnene Zeit kann durch andern Unterricht nützlicher verwandt werden.

Eine Frage, die besonders in den Berliner Vorortsgemeinden seit Jahren brennend ist, ist die

Wohnungsfrage.

Die Berliner Vorortsgemeinden besitzen teilweise bereits einen völlig großstädtischen Charakter. Wie in der Großstadt, so hat auch hier das Mietverhältnis Einzug gehalten und seine in gesundheitlicher und sittlicher Hinsicht so schädlichen Folgen gezeitigt. Auch hier sieht der Schacher in Grund und Boden in voller Blüte, auch hier sind Mietssteigerungen an der Tagesordnung, auch hier können zahllose Familien nur dadurch noch die hohen Mieten ertragen, daß sie einen Teil ihrer ohnehin engen Behausung abvermieten und sich selbst mit dem notdürftigsten begnügen. Die Schaffung gesunder und preiswerter Wohnungen liegt im Interesse der Gesamtheit. Wenn trotzdem gerade in der Wohnungsfrage bisher so gut wie nichts geschehen ist, so ist das ein eklatanter Beweis dafür, daß die meisten Gemeindevertreter weniger das Wohl der Gesamtheit, als vielmehr ihr eigenes Interesse im Auge haben. So lange den Eingeweihten in den Landgemeinden zwei Drittel der Sitze in der Vertretung gesetzlich zugesichert sind, wird jede Maßnahme zur Beseitigung der Wohnungsnot auf große Schwierigkeiten stoßen. Um so mehr haben wir die Pflicht, wieder und immer wieder das soziale Gewissen der bürgerlichen Gemeindevertreter zu wecken und zugleich die Bevölkerung auf das Gemeingefährliche der hausagrarischen Bestrebungen hinzuweisen. Selbstverständlich ist es, daß wir in der Agitation mit unsern prinzipiellen Forderungen auf dem Gebiete des Wohnungswesens, der Ueberführung des gesamten Grund und Bodens aus dem Privatbesitz Einzelner in den der Gesamtheit, nicht zurückhalten dürfen. Im Gegensatz zu den bürgerlichen Wohnungsreformen können wir uns nicht mit kleinen Palliativmitteln zufrieden geben, sondern wir müssen darauf dringen, daß ganze Arbeit gemacht wird. Die Schilderung des Wohnungswesens und der Unterlassungsünden der Bourgeoisie ist ein vortreffliches Mittel, die Indifferenten zur Teilnahme an der Wahl in unserm Sinne zu bewegen.

Hand in Hand mit einer gesunden Wohnungspolitik müssen Maßnahmen auf dem Gebiete des

Verkehrswesens

gehen. Die Art, wie heute die Arbeiter aus den Vororten zur Arbeit oder von der Arbeit in die Vororte zurückbefördert werden, ist geradezu menschenunwürdig. Hier einzugreifen, ist die Gemeinde verpflichtet, indem sie, wenn der Staat sich als unfähig erwiesen hat, den Verkehr zu regeln, selbst Verkehrsgelegenheit schafft. Ohne daß die Taxie übermäßig hoch taxiert werden, erwächst aus der Uebernahme des Verkehrs in eigene Regie den Gemeinden zugleich eine ergiebige Einnahmequelle zur Bestreitung ihrer Ausgaben auf dem Gebiete der Socialpolitik.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Im Berliner Schlächtergewerbe sind in den letzten Tagen zwischen Meistern und Gesellen ernsthafte Differenzen ausgebrochen, weil die Herren Fleischermeister, die sich nun endlich dazu herbeigelassen haben, die Forderung der Gesellen, Verlegung des Stellenwechsels vom Sonntag auf einen Wochentag, zu erfüllen, hierbei die tägliche Kündigung gegen die achtstägige Umtauschen wollen und weit mehrere Maßregelungen von Vorstandsmitgliedern des Centralverbandes der Fleischer vorgeschlagen sind. Die gesamte Gesellenschaft wehrt sich natürlich hiergegen und verlangt vor allem neben der Verlegung des Stellenwechsels auf einen Wochentag auch die Aufhebung der achtstägigen Kündigung, da sonst der Stellenwechsel einen noch größeren Umfang annimmt wie bisher und der Geselle durch die Ausdehnung desselben nur noch mehr Kosten für Arbeitsvermittlung, Transport der Sachen, öftere Herrichtung der Messen und Wäsche aufgebracht bekommt, so daß er vielleicht hier mehr hierfür zu zahlen hat als er an Lohn verdient. Die Gesellen protestieren deshalb gegen diese Maßnahmen der Meister und werden alles anstreben, um ihrer Sache zum Siege zu verhelfen. Außerdem haben in allerjüngster Zeit auch die Meister Gabriel, 80, Opperlnerstraße 45, Helmich, O, Fruchtstraße 99, und Senfowitz, N, Antlamerstraße 10, ihre Gesellen gemahnt. Die Herren Fleischermeister bestreiten dies natürlich zum Teil; die Organisation der Gesellen hat jedoch diese Entlassungen als Maßregelungen anerkennen müssen, da die betreffenden Meister keine stichhaltigen Gründe für die Entlassungen anführen konnten und die Namen und Adressen der in Betracht kommenden Gesellen einige Tage vorher in der Meisterzeitung bekannt gegeben waren. Zwei von diesen Herren haben auch erklärt, keinen Socialdemokraten resp. „Vorwärts“-Leser beschäftigen zu wollen. Es ist daher wohl angebracht, wenn sich die Fleischergehilfen hiergegen rühren und ihnen die nötige Unterstützung zu teil wird.

Die Proportionalwahl zum Gewerbegericht. In der „Soz. Praxis“ wird mitgeteilt, daß das Berliner Gewerbegericht beschloßen habe, bei den städtischen Gemeindebehörden für die Beifügung der Einführung der Verhältnisswahl zu beantragen. Eine genaue Festlegung der Einzelheiten des neuen Wahlverfahrens soll erst erfolgen, sobald das Einverständnis der städtischen Behörden im Prinzip erklärt ist.

Die Nachricht ist nicht ganz zutreffend; auf eine Anfrage seitens des Magistrats hat nur der Vorsitzende im Einverständnis mit einigen Gewerbegehilfen-Vorsitzenden keine Zustimmung zu der Einführung des Proportional-Wahlrechts ausgesprochen. Der Ausschuß des Gewerbegerichts hat zu der Frage bisher keine Stellung genommen und wird die Angelegenheit erst in der nächsten Sitzung erörtert werden.

Der Jalousie-Arbeiter-Verein hat sich zu Gunsten des Holzarbeiter-Verbandes aufgelöst. Für die Agitation in der Branche wurde eine besondere Kommission gewählt.

Achtung, Arbeiter! Die Bauten Victoria-Luisen-Platz und Kantstraße 80 (Unternehmer Seifert, Ansbacherstraße) und Wilmersdorf, Düsseldorfstraße-Edo-Hohenzollernplatz (Unternehmer Drömer, Charlottenburg, Schaperstr. 17) sind wegen Nichtzahlung der Taxipreise gesperrt.

Genehmigt haben noch die Firmen Keller, Bülowstr. 104, Pauli, Gräberstr. 76, Franz Ködler, Ritterstr. 24, Paul Wendt, Jubiläumsstr. 159, und W. Gaertel, Elsbethstr. 22.

Die Lohnkommission der Arbeiter Berlins und Umgegend. Schützenstr. 18/19. Telefonamt I, 1308.

Arbeiter Nixdorf! Am Sonntag, den 2. März d. J. in der Zeit von 12 Uhr mittags bis 8 Uhr abends finden die Gewerbegerichts-Wahlen für die Arbeiter statt. Wahlberechtigt

ist jeder Arbeiter, der das 25. Lebensjahr erreicht hat und entweder ein Jahr in Nixdorf wohnt oder ein Jahr in Nixdorf arbeitet. Wer ein Jahr in Nixdorf anständig ist, hat sich von dem Polizeirevier, in dem er wohnt, eine Bescheinigung darüber ausstellen zu lassen. Dieses geschieht unentgeltlich, auch am Sonntag. Wer in Nixdorf ein Jahr arbeitet, hat sich dieses von seinem Arbeitgeber bescheinigen zu lassen. Jede dieser Bescheinigungen dient als Legitimation zur Wahl. Es ist Ehrensache eines jeden Arbeiters, von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen, und da die Wahlen an einem Sonntage stattfinden, ist die Beteiligung auch mit keinem Verlust des Verdienstes verbunden.

Deutsches Reich.

Achtung Formier! Bei Spies in Warmen, Leimbachstraße, sind Differenzen ausgebrochen. Der Streik ist unvermeidlich. Zugang von Formiern und Sieberei-Arbeitern ist streng fernzuhalten.

Dem Streik in der Schuhfabrik von Rosenbusch in Mainz haben sich auch die Stepperrinnen, 82 an der Zahl, angeschlossen. Die Arbeiter nahmen eine Resolution an, in der sie sich bereit erklärten, unter vorläufiger Aufnahme der Arbeit zu den alten Bedingungen, in eine Renneuerung des Tarifs zu willigen. Zuerst sollen aber alle Vorkehrungen, Einrichtungen und Arbeitseinstellungen an den neuen Maschinen vorgenommen werden.

Achtung, Modellstecher! Für die „Union“ in Berlin sollen außer in Stettin auch in Leipzig Modelle hergestellt werden. Durch Vermittlung der Firma Meier u. Weigel sind den in der Modellfabrik von Carus in Lindenau beschäftigten Modellstechern gleichfalls Modelle für Berlin in Arbeit gegeben worden. Da die Modellstecher sich weigern, Streikarbeit zu thun, ist es in dem genannten Betriebe bereits zu Differenzen gekommen, wobei ein Modellstecher entlassen wurde. — Die Modellstecher wollen allerorts adht geben, daß sie nicht unwissentlich ihre ausgeperrten Kollegen schädigen, da sich die Verdingung von Streikarbeit sicher nicht auf Leipzig und Stettin beschränkt.

Ein Glasarbeiterstreik von größerer Ausdehnung scheint sich in Nürnberg-Fürth vorzubereiten. Dort haben eine Anzahl Firmen Lohndrucktionen vorgenommen, die bei der Firma Pfunz bis zu 30 Proz. gingen. Verhandlungen waren resultatlos. Eine Glasarbeiter-Versammlung beschloß deswegen, bei dieser Firma in den Streik zu treten. Da bei den elenden Löhnen auch den Reduktionsgehilfen der übrigen Firmen entgegenzutreten werden muß, beschloß die Versammlung weiter, an die Verwaltung des Verbandes den Antrag zu stellen, alle notwendigen Vorarbeiten für einen größeren Ausbruch zu treffen.

Die Münchener Kleiderbarone erlassen in den Tagesblättern eine Erklärung, worin die Arbeiter der Firma Schwarz u. Sohn aufgefordert werden, unverzüglich die Arbeit wieder aufzunehmen, widrigenfalls am Montag, den 3. März, sämtliche bei Verbandsmitgliedern beschäftigten Schneider und Schneiderinnen ausgeperrt würden. — Zugang von Schneidern nach München ist strengstens zu meiden!

Ausland.

Die Weberaufsperrung in Cuschede. Mit dem heutigen Tage wird sich die Zahl der Ausgesperrten noch um 500-600 vermehren, da den Arbeitern der Fabrik von Nixterbleek auf den 1. März gekündigt wurde. Am Dienstag hielten die Ausgesperrten wieder eine große Versammlung ab. Auf eine Anfrage, ob es wohl möglich sein werde, auch wenn jene 500-600 Arbeiter noch hinzukommen, die nötigen Gelder aufzubringen, erklärte das Streikkomitee, daß bis jetzt von Woche zu Woche höhere Summen für diesen Zweck eingegangen seien, so z. B. in der vorletzten Woche 6500 Gulden, in der letzten 8500 Gulden. Dabei hätte man sowohl in Holland als auch im Auslande erst mit der Agitation für die Sache begonnen, so daß man wohl annehmen könne, daß die Unterstützungen noch zumeinen würden.

Die Zündholzarbeiter von Paris befinden sich in einem Zustande, der einen großen Umschwung anzunehmen droht. Die Zündholzarbeiter von Paris sind wahrscheinlich der Auslandsbewegung angeschlossen. Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß auch die Tabakarbeiter sich mit den Ausländischen solidarisch erklären werden.

Versammlungen.

Die Möbelpolierer hielten am 23. Februar in Kellers Festsaal eine öffentliche Versammlung ab. Weber gab einen Bericht über den Streik in der Stuhlbranche und die Ursachen desselben. Er kam zu dem Schluß, daß es nicht soweit gekommen wäre, wenn die Kollegen der Firma Wolze, welche den Anfang gemacht hat, besser organisiert gewesen wären. Redner führte aus, daß die Fabrikanten alle Ursache hätten, gegen die Inakthausarbeit Front zu machen, welche in diesem Fach besonders groß ist. Aber an diese Aufgabe getrauen sich die Herren nicht heran, dafür sind sie desto rücksichtsloser in den Abzügen bei ihren Arbeitern. Nachdem sich mehrere Redner zum Ausdruck geäußert hatten, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die am 23. Februar tagende öffentliche Versammlung der Möbelpolierer verurteilt die Handlungsweise der Stuhlhändler auf das entschiedenste und verpflichtet sich, mit aller Macht dahin zu wirken, daß sämtliche bei den Stuhlhändlern beschäftigten Polierer organisiert werden, um die verloren gegangene Position wieder erlangen zu können. — Alsdann wurde der neugegründete Arbeitsnachweis der Tischler-Innung besprochen. Die Anwesenden waren der Meinung, daß derselbe von den Kollegen nicht benutzt werden darf, da er sich schon in den ersten Tagen seines Bestehens als für die Organisation gefährlich erwiesen hat. Diese Ansicht wurde auch in einer Resolution wiedergelegt. Alsdann wurden Weber als Beisitzer und Heinrich Schütz 1 als Organisationsmann zum Innungs-Schiedsgericht aufgestellt.

Der Verband der Bäcker hielt am 18. d. M. im „Rosenhaller Hof“ seine Mitgliederversammlung ab. Kähler gab zunächst die Jahresabrechnung, laut welcher eine Ausgabe von 2232 1/2 M. einer Einnahme von 2678 1/2 M. gegenübersteht. Somit blieb zu 1902 ein Bestand von 445 95 M. Paris berichtete, wie weit die Obmänner in ihren Vorbereitungen zu den Delegiertenversammlungen sind. Unter Innungsangelegenheiten verurteilten mehrere Gesellen-Ausschüßmitglieder das Verhalten der Innungsvorstände den Gesellen-Ausschüssen gegenüber auf das Schärfste. Jeder Antrag von den Gesellen-Ausschüssen wird von den Innungen einfach abgelehnt. Als ein Gesellen-Ausschüß-Mitglied auf die Nichterhaltung des vor dem Gewerbegericht festgesetzten Tarifs hinwies, antwortete ihm der Obermeister Bernhard, daß diese Vereinbarungen längst veraltet wären. Herrschold beantragte, daß die Mitglieder der beiden Innungsvorstände schriftlich auffordern mögen, innerhalb 4 Wochen eine Sitzung der Kommission, welche laut Punkt 6 der Einigungsbedingungen des Gewerbegerichts gebildet wurde, einzuberufen. Geschiedt dies nicht, so solle erneut an das Gewerbegericht herangetreten werden, um feststellen zu lassen, wo zu die Kommission geschaffen werde. Die Versammlung stimmte diesem zu. Zu bemerken ist, daß diese Kommission ein einziges Mal, und zwar am 12. Juli 1900, getagt hat. Der Vorsitzende Bernhard ver sprach damals, die Kommission im Herbst wieder zusammen zu berufen. Dies ist trotz mehrfacher Aufforderung unter allerhand Ausflüchten seitens der Innung „Germania“ hintertrieben worden. Ferner wurde mitgeteilt, daß die Sprengmeister Vogel 3785 27 M. und Volte 3085 75 M. Gehalt für das Jahr 1901 aus den Taschen der Bäckergehilfen bezogen haben. Unter „Verschiedenes“ wachte Paris bekannt, daß sämtliche Vertreter der Gewerkschaften, die zur Nahrungsmittele-Branche gehören, schon etliche Mal zusammengetreten sind, um über einen Zusammenschluß derselben betreffs leiblicher Agitation in den Kleinstädten zu beraten. Redner fragte die Versammlung, ob er weiter diesen Sitzungen beizuwohnen soll und was er für eine Stellung dazu einnehmen soll. Er wurde beauftragt, diesen Sitzungen weiter beizuwohnen, dort aber eine ablehnende Haltung einzunehmen. Nachdem noch einige

Verbandsangelegenheiten erledigt waren, folgte Schluß der Versammlung.

Die Nabispüger hielten am 19. Februar in den Arminkallen ihre regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Zunächst gab der Vorsitzende Riefe den Geschäftsbericht vom Jahre 1901. Stützgebunden haben im verfloßenen Jahre 18 Versammlungen; 12 regelmäßige, 5 außerordentliche und eine öffentliche Versammlung. Sitzungen fanden 22 statt, außerdem 5 Sitzungen der Scher-Kommission. Gemäßregelt wurden wegen der Kaiserfeier 15 und wegen Innehaltung der Organisations-Bestimmungen 5 Mitglieder. Die Gesamteinnahme betrug 7282 M. 75 Pf., die Ausgabe 4858 M. 83 Pf. Es blieb am Schluß des Jahres ein Bestand von 2423 M. 92 Pf. Nach Erledigung der Wahlgeschäfte nahm die Versammlung Stellung zu den von den Unternehmern der Gips-, Cement- und Decken-Baugeschäfte zum 1. April angekündigten Lohnabzügen.

Riefe verlas ein Schreiben, welches die Unternehmer an den Verband der Nabispüger gerichtet hatten. Aus diesem Schreiben hervord, daß die Unternehmer gewillt sind, zum 1. April mit Lohnreduzierungen vorzugehen. Riefe bezeichnete dieses Vorgehen als Vertragsbruch, weil die Unternehmer es unterlassen haben, den jetzt bestehenden Vertrag rechtzeitig zu kündigen. Die Nabispüger erachten infolge der verpäteten Kündigung den bestehenden Vertrag auf ein Jahr verlängert. Die Diskussion über das Vorgehen der Unternehmer war sehr heftig, doch nur kurz, weil sich sämtliche Redner gegen eine Lohnreduzierung erklärten. Nach Schluß der Diskussion wurde der Vorstand beauftragt, den Beschluß der Versammlung, welcher sich jeder Lohnherabsetzung widersetzt, dem Unternehmer-Verband mitzuteilen.

Charlottenburg. Die hiesige Zählstelle des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes beschäftigte sich in einer gutbesuchten Versammlung mit der Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung. Der Referent Ahrens wies in seinem Vortrag darauf hin, daß die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung eine zwingende Notwendigkeit sei. Der Korreferent Siefeld führte namentlich ins Feld, daß für die geplante Werthserhöhung von 10 Pf. pro Woche nicht genügend gearbeitet werden könne. In der Diskussion sprachen sich einzelne Redner für die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung aus. Als Delegierter zum Verbandstag wurde Wenschel, Charlottenburg, zum Korreferent nach Stuttgart Locke für Berlin und Ahrens für den 6. Gau gewählt.

Nixdorf. Mittwoch, den 26. d. Mts., fand im Landrathsaal Lokal eine von ca. 500 Personen besetzte, vom Gewerkschaftsrat geleitete Volksversammlung statt, die sich mit der bevorstehenden Gewerbegehwahl befahte. Der Referent Wehring beleuchtete in seinen Ausführungen die Vorteile der Gewerbegehwahl vor den ordentlichen Gerichten, sowie die Verbesserungen, die durch die letzte Gewerbenovelle in das Gesetz aufgenommen sind. — In der Diskussion wurde das Gebahren der Arbeitgeber-Vertreter scharf gekehrt, welche angeblich aus religiösen Rücksichten die Beteiligung an der Wahl am Sonntag ablehnen. Der Wahltag wird deshalb von den Arbeitnehmern geleitet werden und werden die Gewissen erudt, den Anordnungen des Wahlvorstandes strengstens Folge zu leisten. Die vorgeschlagenen Kandidaten wurden einstimmig angenommen. Die zur Wahl erforderlichen Legitimationen werden am Wahltag von der Polizeibehörde den ganzen Tag über aufgestellt.

Der Boeren-Krieg.

Englischer Schwindel.

Aus London wird gemeldet: Die englischen Verluste bei der Wegnahme eines Convoy in der Nähe von Akerfjord durch die Boeren, von der Kitchener berichtet hat, beziffern sich auf 18 Wunderte.

Die Engländer mühten ja ganz ungläubliche Feiglinge sein, wenn sie sich, 1 Bataillon, 3 Compagnien und 2 Geschütze stark, nach „heiligem Kampf“, der sie gegen 18 Verwundete kostete, einen Convoy wegnehmen ließen, dessen Schutz sie bilden sollten! Da die zahlreich bedeckte Mannschaft so feig umdächtig gewesen sein kann, beruht die Meldung einfach auf dreistem Schwindel!

London, 28. Februar. (B. O.) Alle Blätter beklagen sich über das Stillstehen der Regierung hinsichtlich der beiden letzten wichtigen Ereignisse in Südafrika. Daily Mail sagt: Wir wissen nicht einmal, wieviel Boeren die Blochhauslinie überschritten haben. Daily News meint, die Ueberführung der Blochhauslinie seitens der Boeren beweise, daß diese losspielige und komplizierte Einrichtung nicht diejenigen Dienste leistet, die man von der Regierung gewünscht und erwartet habe.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Unterhand.

London, 28. Februar. (B. T. U.) Kriegsminister Brodrick verliest ein Telegramm Lord Kitcheners, in welchem dieser mitteilt, eine kombinierte Operation in der Nähe von Hartmannsberg hat den Erfolg gehabt, daß 600 Boeren gefangen oder getötet worden seien; unter den letzteren befanden sich der Sohn und der Sekretär von Christian De Wet. Kitchener fügt hinzu, diese befriedigenden Resultate können Außerst gelegen für den Jahrestag von Majubahill.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlung stellte Holland (Nat.) die Frage, ob die Regierung die deutsche Note veröffentlichen wolle, über die sich die Gesandter in Washington am 14. April 1895 geeinigt hätten. Hild Beach entgegnete, der Fall gehöre nicht zu denen, wo man Dokumente, die höchst vertraulichen Charakter besäßen, mit Zug veröffentlichen könne. Die englische Regierung habe aber keine Kunde davon, daß irgend eine der übrigen Mächte auf diese Note hin etwas veranlaßt habe.

Wien, 28. Februar. (B. T. U.) Das „Freundenblatt“ sagt: Wenn keine unerwarteten Zwischenfälle dazwischen treten, läßt sich der Unterzeichnung der Konvention der Juckerkonferenz für morgen entgegensehen. Die Vorkis der Vereinbarungen ist die Aufhebung sämtlicher direkten und indirekten Prämien mit dem 1. September 1903, Ermäßigung der Jucker-Einfuhrzölle auf einheitlich 6 Frank mit dem 1. September 1903. Erhebung von Retorsionszöllen gegen Jucker aus Staaten, die an der Gewährung von Prämien festhalten oder diese künftig gewähren sollten. Möglicherweise wird auch eine Klausel angenommen werden, die für die Zeit abnormaler Preissteigerungen Jucker gegen massenhaftes Einströmen fremden Juckers in die Konferenzstaaten trifft.

London, 28. Februar. (B. T. U.) Einer Lohndepesche aus San Miguel (Azoren) von heute zufolge ist der Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie „Froncia“ in hundertem Zustande verlassen worden. Alle an Bord befindlichen Personen wurden gerettet und in San Miguel von dem norwegischen Dreimaster „Stanley“ gelandet.

Petersburg, 28. Februar. (B. T. U.) Infolge der bereits gemeldeten Vorgänge in der Moskauer Universität sind etwa 250 Studenten und andre Personen von der Polizei zu einer Woche bis drei Monaten Haft verurteilt worden.

Belgien, 28. Februar. (B. T. U.) Es waren hieher Meldungen über einen Aufruhr in der Umgebung von Namung gelangt und Anfragen darüber an das hiesige Auswärtige Amt gerichtet worden. Das letztere erklärte, es handle sich um Pländerungen von Dörfern durch Warden entlassener Soldaten und räuberischen Gefindes. In einem Edikt wurden die Civil- und Militärbehörden angewiesen, mit allen Mitteln die Unordnungen zu unterdrücken und die Rebellen zu bestrafen.

Kalkutta, 28. Februar. (Meldung des „Kenterischen Bureau“.) Der eingeborene Unterkommissar für das Schemali-Gebiet an der indisch-afghanischen Grenze ist nebst drei Begleitern am Domanda-Posten von Ahmad Khan, dem Zernabar von Beloch (A. Ermordet worden. Unruhen werden nicht erwartet; der politische Agent sand bei einer Vereingung des Gebiets im November die Bevölkerung voll kommen zufrieden.

Reichstag.

154. Sitzung vom Freitag, den 28. Februar 1902, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Präsident im Reichs-Eisenbahnamt Dr. Schulz.

Die zweite Etatsberatung wird beim Etat für das Reichs-Eisenbahnamt fortgesetzt.

Die Beratung beginnt mit den fortbauenden Ausgaben, Titel Präsident.

Abg. Dr. Pachtold (fr. Bg.):

Nach Art. 45 der Verfassung steht dem Reich die Kontrolle über die Tarifpolitik zu. Eine Verbilligung der Personentariife, wie wir sie seit Jahren verlangt haben, findet leider energischen Widerstand bei der preussischen Eisenbahnverwaltung. Auch eine Konferenz der süddeutschen Staaten, die im vorigen Jahre stattfand und sich mit der Tarifverbilligung beschäftigte, hat ein recht mageres Ergebnis gehabt. Sie ist mit Recht Bremer-Konferenz genannt worden. Daher muß das Reich auf Grund seiner Kontrollbefugnis eingreifen und das Interesse der Reisenden wahrnehmen, die auf Verbilligung der Fahrpreise dringen. Heute verweist man uns auf die rückgängige Konjunktur, aber in der guten Konjunktur sind wir auch nicht vorwärts gekommen. Zum mindesten müßte die Konsequenz aus der Verlängerung der Geltungsdauer der Rückfahrkarten gezogen werden. 45 Tage sind kein geläufiger Zeitbegriff, man hätte zwei Monate wählen sollen. Es fehlt ferner noch die Möglichkeit der Uebertragbarkeit der Fahrkarten. Das richtige wäre, man ließe die Rückfahrkarte fallen und setze den Preis für die einfache Fahrt auf die Hälfte des Preises der Rückfahrkarte an. (Sehr richtig!) Ich bitte den Herrn Präsidenten des Reichs-Eisenbahnamts, sich der verfassungsmäßigen Pflichten, die sein Amt dem Reich gegenüber zu erfüllen hat, zu erinnern. (Bravo! links.)

Abg. Stolke (Soc.) [auf der Tribüne schwer verständlich]

Spricht über die Zahl der Unfälle im Eisenbahnbetrieb. Die größte Zahl der Unfälle entfällt auf Preußen. Die Ursache der Unfälle, Zusammenstöße, Entgleisungen usw. liegt natürlich in der Mangelhaftigkeit der Betriebseinrichtungen und es ist daher die höchste Zeit, daß diese Ursachen beseitigt werden. Schienenbrüche sind zum Beispiel bei den preussischen Staatsbahnen in einem Jahre 10 458 vorgekommen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Dabei spart die preussische Eisenbahnverwaltung immer weiter, sie gleicht einem Hauswirt, der immer höhere Mieten verlangt, aber kein zerbrochenes Fenster einsetzt. Nicht nur beim Material wird gespart, sondern ebenso bei den Beamten, von deren Leistungsfähigkeit doch vor allem die Sicherheit und das Leben der Fahrgäste abhängt. Die Arbeiter, die sich zur Verbesserung ihrer Lage organisieren, werden gemahregelt. Auch der technische Fortschritt im Eisenbahnbau ist ein sehr geringer. Das neue Kuppelungsverfahren, von dem schon vor zwei Jahren gesprochen wurde, ist noch immer nicht eingeführt. Auf die Mangelhaftigkeit unseres Tarifwesens hat bereits der Herr Vorredner hingewiesen. Die Verlängerung der Rückfahrkarten ist gerade den Armen nicht zu gute gekommen, denn die vierte Klasse hat keine Rückfahrkarten. Die Eisenbahnverwaltung sollte doch endlich einsehen, daß eine Verbilligung der Tarife stets eine Vermehrung des Verkehrs mit sich bringt. Das beweisen die Erfahrungen mit der Einführung des Zonentarifs in Ungarn. (Sehr richtig! links.)

Präsident im Reichs-Eisenbahnamt Dr. Schulz: Die Zahl der Unfälle im Eisenbahnbetrieb hat nicht zugenommen. Es kommt nicht auf die Zahl der verletzten Personen an, sondern auf die Anzahl der Unfälle an sich. Wir führen seit 20 Jahren eine sorgfältige Statistik über diese Unfälle und daraus geht hervor, daß die Zahl der Zusammenstöße und Entgleisungen von Jahr zu Jahr abgenommen hat, sie haben sich um die Hälfte vermindert. — Was die automatische Kuppelung anlangt, so werden fortgesetzt umfassende Versuche angestellt. Die Nachrichten aus Amerika über die Brauchbarkeit der automatischen Kuppelung lauten aber nicht sehr günstig.

Abg. Franke (natl.) tritt für Aufbesserung der Lokomotivführer ein. In diese Beamten werden sehr hohe Anforderungen gestellt, sie müssen daher auch entsprechend besoldet werden. Desgleichen wünschen die Eisenbahn-Verwalter dringend eine Erhöhung ihres Gehalts. — Redner fordert weiter im Interesse von Handel und Verkehr bessere Behandlung des Stückgutverkehrs und schärfere Aufsicht beim Umladen von Waren.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Bg.):

Ueber die Notwendigkeit einer Tarifreform haben wir und ja schon sehr häufig unterhalten, ohne etwas Wesentliches zu erreichen. Der gute Eindruck, den die große That des Herrn v. Thielen vom vorigen Jahre hervorrief, ist ja leider wieder abgewischt worden durch die Einführung der 1. Mort-Kellamandengebühr. Die Konsequenzen der Verlängerung der Rückfahrkarten werden hoffentlich nicht wie diese selbst wieder 10 Jahre auf sich warten lassen. Sehr zu begrüßen wäre zunächst der Gedanke einer süddeutschen Eisenbahngemeinschaft. Von einer Reichseisenbahngemeinschaft, die man ja theoretisch wünscht, befürchtet man in Süddeutschland praktisch eine Verprechtung. Besonders die kleinen thüringischen Staaten beschwerten sich über den engherzigen Nationalismus der preussischen Eisenbahnverwaltung. Die schlechten Bahnen läßt man ihnen, während man ihnen die gut rentierenden wegnimmt. Große Zustimmung hat die Aufhebung fast sämtlicher Sonntagsfahrkarten im Bezirk Erfurt erregt. Gerade der Thüringer ist ein lustiger, wanderfreier Mensch, der nichts mehr herbeischneht, als sich an freien Sonntagen in Gottes herrlicher Natur zu ergehen. Man singt jetzt schon in Thüringen das Lied: Schwarz ist die Trauer und weiß ist der Tod, und schwarzweiß ist Preußen, dorot v'hat uns Gott. (Geht er fort.) Ich bitte den Herrn Präsidenten des Reichs-Eisenbahnamts, er möge seinen Kollegen in Preußen einen kleinen kollektiven Ellenbogenstoß geben, damit er die thüringischen Staaten nicht allzusehr als Stiefkinder behandelt.

Abg. Beckh-Roburg (fr. Bg.): Ich hoffe, daß nach dem Beschluß im preussischen Finanzministerium nun auch für eine allgemeine Tarifreform ein günstiger Wind wehen wird. — Dem Beschwerdem meines Herrn Vorredners über die schlechte Behandlung der kleinen thüringischen Staaten schließe ich mich durchaus an.

Abg. Stolke (Soc.) [auf der Tribüne fast unverständlich]: In a l l g e m e i n e m mag eine Verminderung der Entgleisungen zu verzeichnen sein, auf den preussischen Bahnen ist aber die Zahl der Unfälle in erschreckendem Maße gestiegen. — Besonders schlimm sind die Zustände auf einem Bahnhof vor den Thoren der Reichshauptstadt, also unter den Augen der Verwaltung, und zwar auf dem Bahnhof Lichtenberg-Friedrichsfelde. Der Unterbau des ganzen Bahnhofes soll sich in einem sehr mangelhaften Zustand befinden, das Umrangieren von Güterzügen muß auf diesem Bahnhof öfters auf dem Geleise für den Personerverkehr vorgenommen werden. Die Arbeiter sind dort stark überlastet, es ist vorgekommen, daß ein Bremser nach 36stündigem Dienst aufgebortet wurde, noch 8 Stunden Dienst zu thun. Das sind doch Zustände, die himmelschreiend sind. — Was übrigens die Verlängerung der Rückfahrkarten anlangt, so muß ich konstatieren, daß im vorigen Jahre von seiten der sächsischen Eisenbahnverwaltung die Geltungsdauer der Arbeiter-Fahrkarten von 10 auf 6 Tage verkürzt worden ist. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Also auch oben verbilligt man

die Tarife, um nach unten zu Erleichterungen des Verkehrs einzutreten zu lassen.

Abg. Dauter (Soc.) bittet den Präsidenten des Reichs-Eisenbahnamts, dafür zu sorgen, daß die preussische Eisenbahnverwaltung die Wünsche der kleinen thüringischen Staaten mehr berücksichtigt als bisher. Besonders die Einzüge der Sonntagskarten hat große Erregung in Thüringen hervorgerufen. Das Urteil, das nentlich auf der rechten Seite dieses Hauses geäußert wurde: der Fiskus ist der schärfste Herr, ist insolge des mangelnden Entgegenkommens der preussischen Eisenbahnverwaltung in Thüringen sehr verbreitet. (Bravo! b. d. Soc.)

Abg. Graf Bernstorff-Lauenburg (Sp.) begrüßt die Verlängerung der Dauer der Rückfahrkarten, warnt aber mit Rücksicht auf die Finanzlage vor weiteren Tarifermäßigungen.

Der Titel wird hierauf bewilligt, ebenso der Rest des Etats ohne weitere Debatte.

Es folgt der Etat der Verwaltung der Reichs-Eisenbahnen.

Bei den Einnahmen wünscht

Abg. Schumberger (Soc. d. Natl.) eine Verbilligung der Personentariife im Nahverkehr für Elsas-Lothringen.

Der Ausbau des Schienennetzes im Ober-Elsas läßt sehr viel zu wünschen übrig. Der Herr Eisenbahnminister erweist sich gegenüber allen Klagen in dieser Beziehung als ganz herzlos. (Clocle des Präsidenten.)

Vizepräsident Büsing: Ich halte es nicht für angemessen, daß Sie dem Minister eines Einzelstaates vorwerfen, er sei herzlos. (Geht er fort.) Das widerspricht der Ordnung des Hauses.

Preussischer Eisenbahnminister v. Thielen: Es ist unbestreitbar, daß Oberelsas gegenüber Unterelsas und Lothringen in der Entwicklung zurückgeblieben ist. Das liegt daran, daß es nicht so industriereich ist, wie Lothringen, und seine großen Festungen besitzt wie Metz und Straßburg. Es ist aber zu hoffen, daß auch für Oberelsas in den nächsten Jahren mehr geschehen wird.

Abg. Leinenweber (natl.) fordert den Ausbau des Eisenbahnetzes in der Rheinpfalz.

Preussischer Bundesbevollmächtigter Graf Lerchenfeld: Der Vorredner hat es als die natürlichste Lösung der Eisenbahnverhältnisse in der Pfalz bezeichnet, daß die Eisenbahnen vom Reich übernommen werden. Diese Lösung halte ich und ein großer Teil meiner Landsleute nicht für die natürlichste. (Geht er fort.)

Abg. Riff (Soc. d. B. Bg.): Der Forderung des Abg. Leinenweber kann ich mich nur anschließen. Sehr wünschenswert wäre die Einführung von Kilometerfesten in Elsas-Lothringen, wie dies im Nachbarlande Baden geschehen ist. Die Frage der allgemeinen Tarifermäßigung ist zwar leider wieder aufgeschoben, ist hoffe aber nicht aufgehoben. Die 45-tägigen Rückfahrkarten kommen auch nur einem kleinen Teil von Sommerreisenden zu Gute. Die Hauptforderung einer Tarifreform muß die allgemeine Herabsetzung der Fahrpreise sein.

Preussischer Eisenbahnminister v. Thielen: Mein Standpunkt in der Frage der Tarifreform ist unverändert. Ich halte nach wie vor eine Tarifreform für notwendig, aber nicht eine Tarifermäßigung, sondern eine Vereinfachung der Tarife. Es ist ein Irrtum, daß eine Verminderung der Tarife eine Vermehrung des Verkehrs und damit eine Vermehrung der Einnahmen hervorbringe. Wenn ich einen Verkehr, der negativ in bezug auf die Ueberlastung ist, vermehre, so vermehre ich auch das Defizit. Das Ziel der Tarifreform geht nach meiner persönlichen Anschauung dahin, daß wir mit einem Schwamm über die ganze Anzahl der vorhandenen Fahrkarten hinwegwischen, so daß nur eine einfache Fahrkarte übrig bleibt. Natürlich müßten alle Klassen dann gleichmäßig und gerecht behandelt werden. Wenn das eingeführt werden kann, ist allerdings noch nicht abzusehen. Es ist nur dann möglich, wenn es die Finanzen des Staates und des Reiches gestatten und das ist zur Zeit nicht der Fall. Auch eine Gütertarifreform ist unter den jetzigen finanziellen Verhältnissen nicht zu erwarten.

Abg. Dr. Köstler-Kaiserlautern (S. d. L.) schließt sich den Wünschen der Abg. Leinenweber und Riff an. Schon seit Jahren petitionieren die Pfälzer um eine bessere Verbindung von Kaiserlautern und Birmasens.

Abg. Schrader (fr. Bg.): Ich bin in Bezug auf Eisenbahnreform mit der Zeit etwas pessimistisch geworden. Heute laie der Herr Minister, bei künftigen Einnahmen ist an eine Reform nicht zu denken. Dieselbe Rede haben wir vor zehn Jahren bei der günstigen Konjunktur auch schon gehört. Was bisher geschehen, ist herzlich wenig. Die Heraushebung der Gültigkeitsdauer der Rückfahrkarten nicht nur einem kleinen besser bemittelten Teil der Bevölkerung. Wenn wir einmal reformieren, dann müssen wir sagen: fort mit allen Retourbilletts, fort mit allen sonstigen Vergünstigungen, aber Herabsetzung des allgemeinen Personentarifs. (Bravo! links.)

Die Einnahmen werden hierauf bewilligt. Es folgen die fortbauenden Ausgaben, Titel Chef des Reichsamts für die Verwaltung der Reichs-Eisenbahnen.

Abg. Riff (Soc. d. B. Bg.) tritt für eine Gehaltsaufbesserung der Bureau-Gehilfen der Eisenbahnen ein. Redner befürwortet eine etatsmäßige Aufstellung derselben.

Ein Regierungs-Kommissar erklärt, daß, wenn die Stellen der Hilfsreiber in etatsmäßige umgewandelt würden, dieselben nur Militäramtsvertern zufallen würden. Das läge nicht im Interesse der Hilfsreiber.

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest der fortbauenden Ausgaben. Es folgen die einmaligen Ausgaben.

Zum Titel Erweiterung des Ostgüterbahnhofs zu Neudingen beantragt die Kommission eine Resolution, die Befreiung der besonders gefährlichen Kisean-Nebergänge verlangt.

Der Titel mit der Resolution wird angenommen.

Eine Forderung von 300 000 M. zur Erweiterung des Personendankhofs Mühlhausen wird gemäß dem Kommissionsbeschlusse gestrichen.

Zum Titel Bahnan von Rey über Vign nach Anzelingen usw. wird eine Resolution der Kommission angenommen, die den Reichsfinanzler ersucht, bei Herstellung dieser Linie eine Abzweigung von Bettendorf über Waldviere-Wergitz in Erwägung zu ziehen.

Damit ist der Etat für die Verwaltung der Eisenbahnen erledigt.

Hierauf verlegt sich das Haus.

Präsident Graf Ballestrem: Ich schlage Ihnen vor, die nächste Sitzung abzuhalten morgen, Sonnabend, 1 Uhr, und als Tagesordnung Etat der Pölle und Verbrauchssteuern, Tit. Pölle und Zudersteuer und Etat der Reichs-Stempelabgaben.

Abg. Singer bittet, den Etat der Pölle nicht auf die Tagesordnung zu setzen, da dieser Etat eng zusammenhängt mit der Finanzierung des Etats überhaupt, und über diese wird sich die Budgetkommission erst am Dienstag entscheiden.

Abg. Büsing (natl.) schließt sich diesem Antrage an.

Präsident Graf Ballestrem legt darauf die Tagesordnung entsprechend dem Wunsche des Abg. Singer fest.

Schluß der Sitzung 5 1/2 Uhr.

Die Tarifbewegung der Buchdrucker

wurde am Donnerstag in der Delegiertenversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission besprochen. Das Referat erstattete Massini. Er sagte: Die allgemeine Betrachtung und die verschiedenartige Auffassung, welche die wirtschaftliche Bewegung der Buchdrucker in den Reihen der organisierten Arbeiter gefunden hat, lasse es angebracht erscheinen, diese Bewegung hier

objektiv zu betrachten. Im Hinblick auf die Entstehungsgeschichte der Tarifbewegung führte der Redner aus, daß diese den Buchdruckern nicht als ein Geschenk der Prinzipale zu teil geworden, sondern in langjährigem schweren Kampfe errungen sei. Die Tarifbewegung der Buchdrucker sei ein Stück Klassenkampf im wahren Sinne des Wortes. Wenn der zwischen Gehilfen und Prinzipalen vereinbarte Tarif zur vollen Durchführung gelangen sollte, dann müßten beide Teile dahinter stehen, und deshalb sei das Tarifamt, eine gemeinsame Organisation zur Durchführung des Tarifs, eingerichtet worden. Diese Organisation sei der gelungenste Teil der Tarifbewegung. Das Tarifamt sei für die Buchdrucker dasselbe, was die geforderten Arbeitsämter für die ganze Arbeiter-schaft sein sollen. Keine andre Arbeiterorganisation habe eine solche Einrichtung, welche die Durchführung des Tarifs unter Mitwirkung der Arbeitgeber garantiert und Verstöße gegen den Tarif bestraft. Zu jener Zeit, als die Buchdruckervorlage aufstande, die die Arbeits-willigen zu fassen bestimmt war, da seien es die Buchdrucker — Prinzipale und Gehilfen — gewesen, die durch Einsetzung des Tarif-amts den Gedanken zum Ausdruck brachten: Die Arbeitswilligen werden nicht geschädigt, sondern von uns bestraft, indem sie vom Arbeitsnachweis ausgeschlossen werden. Der Redner ging auf den neuen, seit dem 1. Januar d. J. geltenden Tarif ein und führte aus, daß derselbe einen Fortschritt gegenüber dem früheren darstelle. Da wir noch nicht in solchen Zuständen leben, wo eine gleichmäßige Entlohnung aller Arbeiter möglich ist, sondern Unterschiede nach der Leistungsfähigkeit überall gemacht werden, so wurde mit der Er-höhung des Minimallohnes gleichzeitig die Einführung des Staffeltarifs nach drei Altersstufen angenommen. Die Befürchtung, daß nennmehr die jüngeren Gehilfen vorzugsweise beschäftigt und die älteren arbeitslos werden würden, habe sich nicht bewahrheitet. In Berlin würden zur Zeit beschäftigt in der ersten Stufe (bis 21 Jahre) 5 Proz. der Gehilfen, in der zweiten Stufe (21—23 Jahre) 6 Proz., in der dritten Stufe (über 23 Jahre) 47 Proz., und 42 Proz. erhalten noch höhere Löhne als die der dritten Stufe. Hieraus gehe hervor, daß ein großer Teil der Gehilfen über dem für seine Altersstufe fest-gesetzten Minimallohn bezahlt wird. Noch nicht einer sei entlassen worden, weil an seiner Stelle ein jüngerer eingestellt worden wäre. Als weitere Vorzüge des Tarifs hob der Redner hervor: die Ein-setzung des paritätischen Arbeitsnachweises, der jeden ausschließt, welcher gegen den Tarif verstößt, den Achtstundentag sowie die Lohn-arbeit mit 25 Proz. Zuschlag für Arbeiter an der Sechsmaschine, und die bis zu einem gewissen Grade anerkannte Vergünstigung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Durch die Tarifbestimmung, daß die Zugehörigkeit zu einer Organisation nicht abhängig gemacht werden dürfe vom Arbeitsverhältnis, sei die gesetzliche Koalitions-freiheit für die Buchdrucker zum anerkannten Koalitionsrecht geworden.

Nun muß man auch versuchen, die von der Organisation fest-gestellten Arbeitsbedingungen gesetzlich festzulegen oder doch, da dies zur Zeit noch nicht möglich ist, die Behörden zur Anerkennung unsres Tarifs insofern zu bewegen, als sie veranlaßt werden, ihre Dursarbeiten nur in tariftreuen Geschäften anfertigen zu lassen. Um das zu erreichen, müßten wir in diesem Sinne bei den Behörden vorstellig werden. Von diesem Gedanken waren unsre Vertreter befeßt, als sie nach Abschluß des Tarifs die belamte Depesche ab-sandten, um den Behörden den Tarifabschluß anzuzeigen. Dabei mußte natürlich die gebräuchliche Form innegehalten werden. Nun sagt man uns: Ihr habt ein Telegramm an Posadowsky, den Vater der Buchdruckervorlage, geschickt. Ich sage: Was geht uns hierbei die Buchdruckervorlage, was geht uns Posadowsky an. Wir haben es hier nur mit der Behörde zu thun. Posadowsky ist uns nichts, der Tarif ist uns alles. Ich betone: unsre Vertreter thaten ihre Pflicht, indem sie das Telegramm absandten. Ich könnte ja sagen, wir, die Organisation, haben mit dem Telegramm nichts zu thun, aber das sage ich nicht, ich billige vielmehr die Handlungsweise unsrer Vertreter. Posadowsky ist doch nun mal Minister. Daß er das Ansehen der Arbeiter nicht genießt, dafür kann doch keiner. (Murmur.) Wir haben seiner Zeit gegen die Buchdruckervorlage protestiert, wir schließen die Arbeitswilligen ein-gesamelt, um den Behörden den Tarifabschluß anzuzeigen. Das ist eine Entstellung der Thatsachen. Das Telegramm ist kein Huldigungs-telegramm. Durch diese Bezeichnung soll den Arbeitern die Buch-druckerbewegung verleitet werden. Derjenige, der diese Vernehmung im Historischen Kalender aufgenommen hat, der hat eine infame Verleumdung der Buchdruckerorganisation verübt. Das ist eine Verheerung der Arbeiter, über die alle organisierten Arbeiter, mit denen ich darüber sprach, empört waren. — Ich glaube nennmehr ein Bild unsrer Be-wegung ohne Uebertriebung gegeben zu haben und hoffe, auch Sie werden über dieselbe ein ruhiges Urteil abgeben.

Abg. Schmidt, der als erster Diskussionsredner das Wort nahm, führte aus: Eine prinzipielle Abweisung gegen Tarifverträge ist innerhalb der Gewerkschaften fast gar nicht mehr vorhanden, und die Gewerkschaften, welche die Buchdrucker mit ihrem Tarif erlangt haben, sind von der Gewerkschaftspresse — abgesehen von un-beachtlichen Ausnahmen — rückhaltlos anerkannt worden. Ich selbst bin von Anfang an entschieden für Tarifvereinbarungen eingetreten und schätze es besonders hoch, daß die Buchdrucker gerade jetzt unter schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen eine Verbesserung ihres Tarifs durchgeleitet haben. Ich habe überhaupt die größte Hochachtung vor der Organisation der Buchdrucker wegen ihrer Leistungen und ihrer Disziplin, aber gegen eines muß ich mich wenden, nämlich gegen die Taktik, welche der „Correspondent“ be-folgt. Ich will nicht die Frage „Partei und Gewerkschaft“ berühren, sondern nur an das anknüpfen, was Massini bezüglich der Depesche an Posadowsky und der Vernehmung im Historischen Kalender sagte. Ich meine, nicht die Erfüllung einer Pflicht, sondern eine Pflicht-verletzung war es, daß das Telegramm an Posadowsky abgesandt wurde. (Beifalles: Sehr richtig!) Das hätte keine andre freie, auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Gewerkschaft fertig gebracht. In solcher Weise soll man sich nicht an Behörden wenden. Die Buchdruckervorlage, das große, gegen die Gewerkschaften geplante Klientel, ist von Posadowsky ausgegangen, und es heißt die Empfindungen der Arbeiter mit Füßen treten, wenn man an diesen Mann telegraphiert in der Weise, wie es die Buchdrucker ge-than haben. Die dem Minister können deutsche Arbeiter nicht die Achtung entgegenbringen, die andere genießt. (Sehr richtig!) Ich habe es als einen Vorwurf gegen die Buchdrucker empfunden, daß sie das Telegramm noch zu verteidigen wagen. Dadurch haben sich die Buchdrucker die Sympathie selbst derjenigen verscherzt, die, wie Elu und Regien, stets auf ihrer Seite standen und sie gegen Angriffe von anderer Seite deckten. Meine Anerkennung für den Abschluß eines Tarifs! Deshalb aber müßte für dem das an Posadowsky telegraphieren und ihm Eure Freude ausdrücken? Massini sagte: wir kimmern uns den Teufel um die Buchdruckervorlage. Das ist auch so eine Ueberhebung von Euch. Auch Euch hätte der Teufel am Krage gepakt, wenn die Buchdruckervorlage Gesetz geworden wäre. — Daß das Telegramm im Historischen Kalender vermerkt wurde, war nicht notwendig. Aber die Schuld dafür, daß es ge-schehen konnte, trägt Ihr doch selbst. Ihr habt doch den Anlaß dazu gegeben. Nun habt auch den Mut und nehmt es hin, wenn solche Thatsachen festgenagelt wird. Eine Infamie gegen die Buch-drucker-Organisation ist die Vernehmung im Kalender nicht. Ihr habt Euch so betragen, daß man den Arbeitern sagen muß: Diesen Weg solltet Ihr nicht wandeln. — Wir haben zu verlangen, daß die Renntaktik, die Ihr predigt, auch aufrechterhalten wird gegenüber der socialdemokratischen Partei.

Die hier antretenden Vertreter der Gewerkschaften sind fast ohne Ausnahme Socialdemokraten, und sie müssen sich verlegt fühlen durch die Kleinlichen Vorurteile, welche von Eurer Seite fortgesetzt gegen die Socialdemokratie erhoben werden. Keine andre Gewerkschaft ist gegen die Partei so vorgegangen wie Ihr. In dieser Beziehung sind die Buchdrucker falsche Wege gewandelt. (Weisfall.)

Döblin: Es wundert mich nicht, daß solche Ausführungen Ihren Weisfall finden. Schmidts Ausführungen nötigen mich, auf das von ihm behandelte Thema einzugehen. Das scheint Sie auch mehr zu interessieren wie unsere Bewegung. Bezüglich des Telegramms hat sich Massini verhalten. Es kam so zu stande: Am Schluß einer langen ermüdenden Verhandlung traten die Prinzipalvertreter an die Gehilfenvertreter heran und sagten, die Bestimmungen, welche wir in unserem Tarif bezüglich der Lehrlingshaltung festgesetzt hatten, müßten geschlichtet werden, und um die maßgebenden Behörden für Schritte nach dieser Richtung zu interessieren, müßten wir den betreffenden Behörden von unsrer Vereinbarung Mitteilung machen und ihren Schutz dafür in Anspruch nehmen. Es wurde vorgeschlagen, ein Telegramm an den Reichsanwalt und das Reichsamt des Innern abzugeben, und unsre Vertreter, die infolge der langen Sitzung abgespannt waren, erklärten sich damit einverstanden. An die Person Vosadowsky hat dabei niemand gedacht. Der Zweck der Depesche war, den Schutz der maßgebenden Behörden in Anspruch zu nehmen gegen die Lehrlingsausbeutung. Das war alles. Ich habe mich gewundert, daß man die Depesche als ein Huldigungs-Telegramm bezeichnet hat. Uebrigens haben ja auch die Socialdemokraten im Reichstag dem Minister Vosadowsky Weisfall gesprochen als er für die Aufrechterhaltung der Freizügigkeit eintrat. — Man sagt, wir hätten uns die Sympathie der Genossen verschert. Ich sage: In unserem Verhalten haben wir diese Sympathie noch nie gehabt, denn man hat uns nicht verstanden. — Die Organisation hat mit der Depesche nichts zu thun, aber wir treten für unsre Vertreter ein, selbst wenn sie einmal etwas gethan haben, was uns nicht gefällt. — Man wird doch nicht anders sagen können, als daß ich stets bemüht war, die Arbeiterbewegung zu fördern. Sollen wir denn zusammenknicken, wenn uns seitens der Partei Vorwürfe gemacht werden? Nein! Da sage ich: Auf einen großen Klotz gehört ein großer Keil. Zum Schaden der Partei wird gegen uns gehetzt. Wir bedauern, daß Sie uns bekämpfen, weil Sie uns nicht verstehen, aber wir thun, was wir für richtig halten. Weder in der Zeitung unsrer Organisation, noch in unsrer Redaktion ist das Streben vorhanden, die Partei zu bekämpfen. — Wenn man von Kur-Gewerkschaften spricht, so kann man auch von Kur-Parteienschen reden, das alles nach dem politischen Schema behandelt wollen. Das kann man aber nicht. Wir sind überzeugt, daß wir durch unsre praktische Thätigkeit der Arbeiterbewegung mehr nützen, als wenn wir einer Phrase zuleide etwas thun würden, was wir nicht für richtig halten. Sagen Sie was Sie wollen. Auf unsrer Seite steht die Ueberzeugung und der Erfolg.

Freizügigkeit: Wenn das eintreffen sollte, was die Buchdrucker von ihrem Arbeitsnachweis erwarten, nämlich die Ausmerzung der schwachen Arbeitskräfte, so sei das doch für die Gewerkschaft sehr bedenklich. Eine Rückständigkeit sei die Bestimmung, daß nur geübte Buchdrucker an der Maschine arbeiten dürfen. Was durch das Telegramm erreicht werden sollte, das hätte auch durch eine Eingabe gemacht werden können.

Cohen: Der Genosse Wissel in Kiel, von Beruf Metallarbeiter, konnte wegen seiner agitatorischen Thätigkeit keine Beschäftigung in seinem Beruf finden. Die „Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung“ stellte ihn als Maschinenmeister an, er mußte aber diese Stellung wieder verlassen, weil sich die Buchdrucker weigerten, mit Wissel zusammen zu arbeiten, weil er kein gelernter Buchdrucker ist. — In seinem Referat sagte Massini, als Gewerkschaftler könne er keine Rücksicht auf die Allgemeinheit nehmen. Das hat sich im Fall Wissel bewahrheitet. Geht denn nun der Egoismus der Buchdrucker so weit, daß sie einen Mann, der von den Unternehmern zum Hunger verurteilt ist, rücksichtslos dem Hunger preisgeben?

Haberland führte aus, die Werber hätten mit ihrer Tarifgemeinschaft nicht die besten Erfahrungen gemacht, sie seien aber im großen und ganzen für dieselbe. Die Haltung des „Correspondent“ mißbilligt der Redner.

Wiesenthal: In dem Telegramm hat sich Massini ziemlich ungeschickt geäußert. Döblin war geschickter. Er sagte, die Organisation sei nicht schuld an dem Telegramm, und er ließ auch durchblicken, daß es ihm selber nicht angenehm ist. Hoffentlich werden die Buchdrucker aus dieser Ausdrucksweise die Lehre ziehen, daß sie künftig, wenn wieder Tarifverhandlungen stattfinden, solche Vertreter damit betrauen, die auch am Schluß einer tagelangen Verhandlung ihre Ansicht über das, was bei dem Telegramm in Frage kommt, nicht ändern.

Kob. Schmidt: Ich wundere mich, daß Döblin das Telegramm von den Buchdruckern heute mit solcher Bravour verteidigt. Der Correspondent ist ja zu bewundern, der die Buchdrucker verurteilt, alles zu vertreten, was ihrerseits geschehen ist. Döblin sagt, die Parteiprinzipien ständen im höchsten Grade im Widerspruch zu dem Telegramm. Ich habe betont, daß wir die Leistungen der Buchdrucker anerkennen, aber an ihrer Taktik muß Kritik geübt werden. Wir sind weit entfernt, Zustände einzuweisen zu lassen wie sie in Leipzig bestehen, aber wir können nicht alles was die Buchdrucker thun, gutheißen. Was hat das mit der praktischen Arbeit zu thun, daß Sie an Vosadowsky telegraphieren, der nicht mal geantwortet hat, der Ihre Organisation nicht anerkennt. In dem Telegramm bitten Sie Vosadowsky um seinen hochausgehenden Schutz. — Ja, der Ton macht die Musik, und der Ton des Telegramms macht daselbe zu einem Huldigungstelegramm. Das Verhalten der Buchdrucker gegenüber der Partei ist derart, daß Sie allen Anlaß haben, es zu ändern. (Weisfall.)

Raah: Die Ermengungen der Buchdrucker sollen nicht bestritten werden. Wenn, wie Massini sagte, nur gute Arbeiter beschäftigt werden sollen, so ist das ein Standpunkt, der uns in zünftlerische Anschauungen zurückführt, der aber die moderne Gewerkschaftsbewegung brennt, und deshalb nicht die Zustimmung der Gewerkschaften finden kann. Eine solche Taktik führt zum unzulässigen Abschluß der Buchdrucker von den andern Arbeitern. Auch der Fall Wissel in Kiel spricht für den zünftlerischen Geist. Alle Mißstimmung gegen die Buchdrucker ist zurückzuführen auf die Haltung der Buchdrucker. Das müßte doch der Leitung der Organisation einleuchten und sie veranlassen, Reichshäuser auf einen andern Posten zu stellen. Obgleich doch Reichshäuser weiß, daß viele Buchdrucker Socialdemokraten sind, greift er immerfort die Socialdemokratie, aber nie eine bürgerliche Partei an.

Hugo Börsch: Döblin braucht sich nicht wundern, daß die Arbeiter die Depesche anders beurteilt wie heute. Damals habe er sie nicht vertreten. Weiter vertrat der Redner die Ansicht, daß es mit der Durchführung des Buchdrucker-Tarifs nicht so günstig bestellt sei, wie es die Buchdrucker hinstellen. Selbst Verbandsmitglieder arbeiten in Druckereien, wo der Tarif nicht voll zur Durchführung komme. Diese Energielosigkeit der Betroffenen, an der auch die Verbandsleitung zum Teil schuld sei, werde von andern Arbeitern auf das Unterstützungswesen zurückgeführt. Allerdings mit unrecht. Aber die, welche so urteilen, würden durch das bezeichnete Verhalten der Buchdrucker zu Gegnern des Unterstützungswesens in den Gewerkschaften.

Döblin: Döblin braucht sich nicht wundern, daß die Arbeiter die Depesche anders beurteilt wie heute. Damals habe er sie nicht vertreten. Weiter vertrat der Redner die Ansicht, daß es mit der Durchführung des Buchdrucker-Tarifs nicht so günstig bestellt sei, wie es die Buchdrucker hinstellen. Selbst Verbandsmitglieder arbeiten in Druckereien, wo der Tarif nicht voll zur Durchführung komme. Diese Energielosigkeit der Betroffenen, an der auch die Verbandsleitung zum Teil schuld sei, werde von andern Arbeitern auf das Unterstützungswesen zurückgeführt. Allerdings mit unrecht. Aber die, welche so urteilen, würden durch das bezeichnete Verhalten der Buchdrucker zu Gegnern des Unterstützungswesens in den Gewerkschaften.

Hugo Börsch: Döblin braucht sich nicht wundern, daß die Arbeiter die Depesche anders beurteilt wie heute. Damals habe er sie nicht vertreten. Weiter vertrat der Redner die Ansicht, daß es mit der Durchführung des Buchdrucker-Tarifs nicht so günstig bestellt sei, wie es die Buchdrucker hinstellen. Selbst Verbandsmitglieder arbeiten in Druckereien, wo der Tarif nicht voll zur Durchführung komme. Diese Energielosigkeit der Betroffenen, an der auch die Verbandsleitung zum Teil schuld sei, werde von andern Arbeitern auf das Unterstützungswesen zurückgeführt. Allerdings mit unrecht. Aber die, welche so urteilen, würden durch das bezeichnete Verhalten der Buchdrucker zu Gegnern des Unterstützungswesens in den Gewerkschaften.

Hugo Börsch: Döblin braucht sich nicht wundern, daß die Arbeiter die Depesche anders beurteilt wie heute. Damals habe er sie nicht vertreten. Weiter vertrat der Redner die Ansicht, daß es mit der Durchführung des Buchdrucker-Tarifs nicht so günstig bestellt sei, wie es die Buchdrucker hinstellen. Selbst Verbandsmitglieder arbeiten in Druckereien, wo der Tarif nicht voll zur Durchführung komme. Diese Energielosigkeit der Betroffenen, an der auch die Verbandsleitung zum Teil schuld sei, werde von andern Arbeitern auf das Unterstützungswesen zurückgeführt. Allerdings mit unrecht. Aber die, welche so urteilen, würden durch das bezeichnete Verhalten der Buchdrucker zu Gegnern des Unterstützungswesens in den Gewerkschaften.

Hugo Börsch: Döblin braucht sich nicht wundern, daß die Arbeiter die Depesche anders beurteilt wie heute. Damals habe er sie nicht vertreten. Weiter vertrat der Redner die Ansicht, daß es mit der Durchführung des Buchdrucker-Tarifs nicht so günstig bestellt sei, wie es die Buchdrucker hinstellen. Selbst Verbandsmitglieder arbeiten in Druckereien, wo der Tarif nicht voll zur Durchführung komme. Diese Energielosigkeit der Betroffenen, an der auch die Verbandsleitung zum Teil schuld sei, werde von andern Arbeitern auf das Unterstützungswesen zurückgeführt. Allerdings mit unrecht. Aber die, welche so urteilen, würden durch das bezeichnete Verhalten der Buchdrucker zu Gegnern des Unterstützungswesens in den Gewerkschaften.

zeichnet daselbe als eine Dankfugung und Huldigung an Vosadowsky. Die Arbeiterchaft sei entrüstet gewesen über das Telegramm, aber nicht über die Erwähnung desselben im Historischen Kalender. Kein Arbeiterblatt gehe so hämisch und unfähig gegen die Partei vor, wie der „Correspondent“. Diese Schreibweise nenne Massini „gewandte Dialektik“. Das sei nichts anderes als bairische Grobheit, vermischt mit Berliner Schnoddrigkeit. So lange das so weiter geht, düste sich die Buchdrucker nicht über das Mißtrauen der übrigen Arbeiter beklagen. Die Arbeiter seien überzeugt, daß es ohne politische Betretung ihrer Interessen nicht geht. Wo wären denn die Buchdrucker, wenn wir eine solche Betretung durch die Socialdemokratie nicht hätten.

Freizügigkeit: Wenn das eintreffen sollte, was die Buchdrucker von ihrem Arbeitsnachweis erwarten, nämlich die Ausmerzung der schwachen Arbeitskräfte, so sei das doch für die Gewerkschaft sehr bedenklich. Eine Rückständigkeit sei die Bestimmung, daß nur geübte Buchdrucker an der Maschine arbeiten dürfen. Was durch das Telegramm erreicht werden sollte, das hätte auch durch eine Eingabe gemacht werden können.

Cohen: Der Genosse Wissel in Kiel, von Beruf Metallarbeiter, konnte wegen seiner agitatorischen Thätigkeit keine Beschäftigung in seinem Beruf finden. Die „Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung“ stellte ihn als Maschinenmeister an, er mußte aber diese Stellung wieder verlassen, weil sich die Buchdrucker weigerten, mit Wissel zusammen zu arbeiten, weil er kein gelernter Buchdrucker ist. — In seinem Referat sagte Massini, als Gewerkschaftler könne er keine Rücksicht auf die Allgemeinheit nehmen. Das hat sich im Fall Wissel bewahrheitet. Geht denn nun der Egoismus der Buchdrucker so weit, daß sie einen Mann, der von den Unternehmern zum Hunger verurteilt ist, rücksichtslos dem Hunger preisgeben?

Haberland führte aus, die Werber hätten mit ihrer Tarifgemeinschaft nicht die besten Erfahrungen gemacht, sie seien aber im großen und ganzen für dieselbe. Die Haltung des „Correspondent“ mißbilligt der Redner.

Wiesenthal: In dem Telegramm hat sich Massini ziemlich ungeschickt geäußert. Döblin war geschickter. Er sagte, die Organisation sei nicht schuld an dem Telegramm, und er ließ auch durchblicken, daß es ihm selber nicht angenehm ist. Hoffentlich werden die Buchdrucker aus dieser Ausdrucksweise die Lehre ziehen, daß sie künftig, wenn wieder Tarifverhandlungen stattfinden, solche Vertreter damit betrauen, die auch am Schluß einer tagelangen Verhandlung ihre Ansicht über das, was bei dem Telegramm in Frage kommt, nicht ändern.

Kob. Schmidt: Ich wundere mich, daß Döblin das Telegramm von den Buchdruckern heute mit solcher Bravour verteidigt. Der Correspondent ist ja zu bewundern, der die Buchdrucker verurteilt, alles zu vertreten, was ihrerseits geschehen ist. Döblin sagt, die Parteiprinzipien ständen im höchsten Grade im Widerspruch zu dem Telegramm. Ich habe betont, daß wir die Leistungen der Buchdrucker anerkennen, aber an ihrer Taktik muß Kritik geübt werden. Wir sind weit entfernt, Zustände einzuweisen zu lassen wie sie in Leipzig bestehen, aber wir können nicht alles was die Buchdrucker thun, gutheißen. Was hat das mit der praktischen Arbeit zu thun, daß Sie an Vosadowsky telegraphieren, der nicht mal geantwortet hat, der Ihre Organisation nicht anerkennt. In dem Telegramm bitten Sie Vosadowsky um seinen hochausgehenden Schutz. — Ja, der Ton macht die Musik, und der Ton des Telegramms macht daselbe zu einem Huldigungstelegramm. Das Verhalten der Buchdrucker gegenüber der Partei ist derart, daß Sie allen Anlaß haben, es zu ändern. (Weisfall.)

Raah: Die Ermengungen der Buchdrucker sollen nicht bestritten werden. Wenn, wie Massini sagte, nur gute Arbeiter beschäftigt werden sollen, so ist das ein Standpunkt, der uns in zünftlerische Anschauungen zurückführt, der aber die moderne Gewerkschaftsbewegung brennt, und deshalb nicht die Zustimmung der Gewerkschaften finden kann. Eine solche Taktik führt zum unzulässigen Abschluß der Buchdrucker von den andern Arbeitern. Auch der Fall Wissel in Kiel spricht für den zünftlerischen Geist. Alle Mißstimmung gegen die Buchdrucker ist zurückzuführen auf die Haltung der Buchdrucker. Das müßte doch der Leitung der Organisation einleuchten und sie veranlassen, Reichshäuser auf einen andern Posten zu stellen. Obgleich doch Reichshäuser weiß, daß viele Buchdrucker Socialdemokraten sind, greift er immerfort die Socialdemokratie, aber nie eine bürgerliche Partei an.

Hugo Börsch: Döblin braucht sich nicht wundern, daß die Arbeiter die Depesche anders beurteilt wie heute. Damals habe er sie nicht vertreten. Weiter vertrat der Redner die Ansicht, daß es mit der Durchführung des Buchdrucker-Tarifs nicht so günstig bestellt sei, wie es die Buchdrucker hinstellen. Selbst Verbandsmitglieder arbeiten in Druckereien, wo der Tarif nicht voll zur Durchführung komme. Diese Energielosigkeit der Betroffenen, an der auch die Verbandsleitung zum Teil schuld sei, werde von andern Arbeitern auf das Unterstützungswesen zurückgeführt. Allerdings mit unrecht. Aber die, welche so urteilen, würden durch das bezeichnete Verhalten der Buchdrucker zu Gegnern des Unterstützungswesens in den Gewerkschaften.

Hugo Börsch: Döblin braucht sich nicht wundern, daß die Arbeiter die Depesche anders beurteilt wie heute. Damals habe er sie nicht vertreten. Weiter vertrat der Redner die Ansicht, daß es mit der Durchführung des Buchdrucker-Tarifs nicht so günstig bestellt sei, wie es die Buchdrucker hinstellen. Selbst Verbandsmitglieder arbeiten in Druckereien, wo der Tarif nicht voll zur Durchführung komme. Diese Energielosigkeit der Betroffenen, an der auch die Verbandsleitung zum Teil schuld sei, werde von andern Arbeitern auf das Unterstützungswesen zurückgeführt. Allerdings mit unrecht. Aber die, welche so urteilen, würden durch das bezeichnete Verhalten der Buchdrucker zu Gegnern des Unterstützungswesens in den Gewerkschaften.

Hugo Börsch: Döblin braucht sich nicht wundern, daß die Arbeiter die Depesche anders beurteilt wie heute. Damals habe er sie nicht vertreten. Weiter vertrat der Redner die Ansicht, daß es mit der Durchführung des Buchdrucker-Tarifs nicht so günstig bestellt sei, wie es die Buchdrucker hinstellen. Selbst Verbandsmitglieder arbeiten in Druckereien, wo der Tarif nicht voll zur Durchführung komme. Diese Energielosigkeit der Betroffenen, an der auch die Verbandsleitung zum Teil schuld sei, werde von andern Arbeitern auf das Unterstützungswesen zurückgeführt. Allerdings mit unrecht. Aber die, welche so urteilen, würden durch das bezeichnete Verhalten der Buchdrucker zu Gegnern des Unterstützungswesens in den Gewerkschaften.

Hugo Börsch: Döblin braucht sich nicht wundern, daß die Arbeiter die Depesche anders beurteilt wie heute. Damals habe er sie nicht vertreten. Weiter vertrat der Redner die Ansicht, daß es mit der Durchführung des Buchdrucker-Tarifs nicht so günstig bestellt sei, wie es die Buchdrucker hinstellen. Selbst Verbandsmitglieder arbeiten in Druckereien, wo der Tarif nicht voll zur Durchführung komme. Diese Energielosigkeit der Betroffenen, an der auch die Verbandsleitung zum Teil schuld sei, werde von andern Arbeitern auf das Unterstützungswesen zurückgeführt. Allerdings mit unrecht. Aber die, welche so urteilen, würden durch das bezeichnete Verhalten der Buchdrucker zu Gegnern des Unterstützungswesens in den Gewerkschaften.

Hugo Börsch: Döblin braucht sich nicht wundern, daß die Arbeiter die Depesche anders beurteilt wie heute. Damals habe er sie nicht vertreten. Weiter vertrat der Redner die Ansicht, daß es mit der Durchführung des Buchdrucker-Tarifs nicht so günstig bestellt sei, wie es die Buchdrucker hinstellen. Selbst Verbandsmitglieder arbeiten in Druckereien, wo der Tarif nicht voll zur Durchführung komme. Diese Energielosigkeit der Betroffenen, an der auch die Verbandsleitung zum Teil schuld sei, werde von andern Arbeitern auf das Unterstützungswesen zurückgeführt. Allerdings mit unrecht. Aber die, welche so urteilen, würden durch das bezeichnete Verhalten der Buchdrucker zu Gegnern des Unterstützungswesens in den Gewerkschaften.

Hugo Börsch: Döblin braucht sich nicht wundern, daß die Arbeiter die Depesche anders beurteilt wie heute. Damals habe er sie nicht vertreten. Weiter vertrat der Redner die Ansicht, daß es mit der Durchführung des Buchdrucker-Tarifs nicht so günstig bestellt sei, wie es die Buchdrucker hinstellen. Selbst Verbandsmitglieder arbeiten in Druckereien, wo der Tarif nicht voll zur Durchführung komme. Diese Energielosigkeit der Betroffenen, an der auch die Verbandsleitung zum Teil schuld sei, werde von andern Arbeitern auf das Unterstützungswesen zurückgeführt. Allerdings mit unrecht. Aber die, welche so urteilen, würden durch das bezeichnete Verhalten der Buchdrucker zu Gegnern des Unterstützungswesens in den Gewerkschaften.

Massini sucht in seinem Schlusswort das Telegramm, welches keine Huldigung sei, zu rechtfertigen. Man möge die Buchdrucker kritisieren, aber nicht verdächtigen. Als die „Holzarbeiter-Zeitung“ durch ihre Stellungnahme zum Glasarbeiterstreik diesen Streik nach Ansicht aller Beteiligten schädigte, da habe der „Vorwärts“ nichts gegen den Holzarbeiterverband gesagt. Nur die Buchdrucker würden immer angegriffen. Es sei nicht wahr, daß Verbandsmittelglieder in Druckereien arbeiten, wo der Tarif nicht anerkannt ist. Was den Kieler Fall betrifft, so könnten es sich die Buchdrucker, die selber keine Arbeit haben, nicht gefallen lassen, daß in der Buchdrucker Angehörige anderer Berufe beschäftigt werden. Wissel sei auch zu der Arbeit, die er machen sollte, nicht fähig gewesen. — Aus seinen sachlichen Ausführungen — bemerkt der Redner — könne man lernen, wenn man wolle, aber die Betonung nebensächlicher Momente zeuge nicht von sozialem Verständnis.

Börsch stellt thätigkeitsmäßig richtig, daß Wissel — wie Redner ganz bestimmt wisse — die Fähigkeit zu der Arbeit als Maschinenmeister in jeder Hinsicht hatte.

Damit ist die Debatte erledigt.

Piere verwies auf die geleisteten Verhandlungen der Vorbereitungen mit den Arbeitgebern und ersuchte die Anwesenden, auf die Beachtung der Kontrollkarte hinzuwirken.

In der Versammlung fehlten die Vertreter der Köpfler, Bureau-Angestellten, Dachdecker, Graveure, Hafnarbeiter, Maschinenisten und Heizer, Hammer, Sticker-Arbeiter, Steinhauer, Berggolber, Klographen.

Eingegangene Druckschriften.

Die „Socialistischen Monatshefte“ (Administration: Berlin W., Köpenicker Str. 85A) haben jedoch das Märzheft ihres VIII. Jahrgangs erscheinen lassen. Aus dem Inhalt derselben heben wir hervor: Jean Jaurès: Einbildung oder Wirklichkeit? — Adolf v. Elm: Rentabilität der Genossenschaften. — Eduard Bernstein: Vom deutschen Arbeiter ein und jezt. — Robert Schmidt: Arbeiterkammern und Arbeitsamt. — Hegelin: Skizzen aus der sozialpolitischen Literatur und Bewegung. VIII. Herr Samp, die Regierung, Arbeitsnachweis und Arbeitervermittlung. — Ricardo Duch: Der Mensch in der romantischen Weltanschauung. — Rudolf Klein: Die Tarnstädter Künstlerkolonie. — Franz Jule: Die Arbeitslosenunterstützung in den deutschen Gewerkschaften. — Rumbach: Politik, von Richard Calver. — Wirtschaft, von Max Schippel. — Socialistische Bewegung, von Dr. V. Gumpel. — Gewerkschaftsbewegung, von Heinrich Bürger. — Genossenschaftsbewegung, von Gertrud David. — Socialer Kommunismus, von Dr. Hugo Lindemann. — (C. Hugo). — Naturwissenschaften, von Dr. Curt Grottel. — Hüner, von Max Schippel, Dr. V. Gumpel, Walter Jexler und Dr. Curt Grottel. — Der Preis des Heftes beträgt 50 Pf., pro Quartal 1,50 M. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Colportage und Postanstalten (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 7118), ferner direkt durch die Expedition der „Socialistischen Monatshefte“, Berlin W. 35, Köpenicker Str. 85A. (Zusendung unter Kreuzband oder in geschlossenerm Conwert.)

Witterungsübersicht vom 28. Februar 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Wolkenart	Wetter	Temp. in °C. u. °F.	Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Wolkenart	Wetter	Temp. in °C. u. °F.
Wilmersd.	755	SSO	2	wolfig	2	Haparanda	700	SSW	4	Schnee	-6
Bamberg	753	SSO	2	bedeckt	3	Berlin	708	SSW	3	bedeckt	-9
Berlin	756	SSO	2	wolff.	2	St. Petersburg	743	SSW	4	bedeckt	-8
Frankf./M.	750	SSO	1	wolff.	4	Wien	754	SSO	2	wolff.	5
München	758	SSO	2	bedeckt	0						
Wien	760	SSO	1	bedeckt	1						

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 1. März 1902.
Nachts etwas kälter, am Tage ziemlich warm und vielfach heiter, aber veränderlich bei mäßigen südlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Expedition.

Langentraub 180. Der uns von Ihnen überlieferte Betrag von 13,70 M. haben wir an die Gewerkschaftskommission abgeführt. Derselbe wird in ihrer nächsten öffentlichen Sitzung eingezogen werden. Bitte den Betrag mit quittieren.

Central-Verband d. Maurer Deutschlands
Zweigverein Berlin.
(Sektion der Pauer.)
Den Mitgliedern sowie den Mitgliedern des Gesangsvereins der Pauer zur Kenntnis, daß am 26. Febr. unser Mitglied 133/5

Wilhelm Hoffmann
aus Wilmersdorf verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 2. März, nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Wilmersdorfer Friedhofes in der Berlinerstraße aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Die örtliche Verwaltung.
J. K.: Frz. Schulz.

Kurt
im Alter von 4 Jahren 7 Mon. nach längerem schweren Leiden sanft entschlafen ist.
Dies seligen tiefbetrubt an
G. Hansenjäger und Frau.
Die Beerdigung findet Sonntag, den 2. März, nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des städt. Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

General-Versammlung der Möbelfabrik „Stern“
(Ging. Wen. u. d. S.)
am 16. März 1902, vorm. 9 Uhr, im Geschäftshaus, Raasdorfstraße 18.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom Geschäftsjahr 1901. 2. Verwendung des Reingewinns. 3. Neuwahl des Vorstandes und Aufsichtsrats. 4. Berichtlesen. 5. Bis zum 16. März liegt die Abrechnung für 1901 im Geschäftshaus aus.
Der Vorstand.
Salisch, Kreischastr.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Morgen Sonntag, den 2. März, vormittags 10 Uhr, im Saale der Branerei Friedrichshain (vorm. Pipp), Am Friedrichshain 22-29:
Außerord. General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Wahl der Delegierten zum Verbandstag. 2. Der von den Holzindustriellen und der Zeitung errichtete Arbeitsnachweis und die Entlassungsfrage. 3. Anträge zum Verbandstag. 4. Die Arbeitslosenunterstützung. 5. Verbandsangelegenheiten.
Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Eintritt nur mit Mitgliedsbuch.
Die Ortsverwaltung.

Genossinnen und Genossen!
Montag, den 3. März, abends 8 Uhr, bei Aliem, Hasenheide 14-15:
Volksversammlung

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen Paul Singer über: Die politische Rechtlosigkeit der Frau. 2. Diskussion.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Die Vertrauensperson.

Stuccateure.
Sonntag, den 2. März, vormittags 11 1/2 Uhr, im Anbhand, Kommandantenstraße Nr. 72:
Oeffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation. Referent: Genosse Silberschmidt. 2. Diskussion. 3. Berichtlesen.
Erscheinen sämtlicher Stuccateure ist Pflicht.
Der Einberufer.

Nachruf
unserm Sangesbruder 8076
Karl Schöber,
der am 22. Februar nach langem, schwerem Leiden verstorben ist.
Obre seinen Auhdenen!
Gesangsverein „Keramik“.
(M. d. A. S. B.)

Strand-Restaurant Müggelsee
am Müggelsee, Müggelsee u. Köpenickersee.
Empfehle Fabriken, Vereinen und Korporationen für Sommerausflüge u. Ausflüge mein großartig angelegtes Lokal. Saal für ca. 3000 Personen, Hallen, genügend Nebenzimmer. Besichtigungen aller Art. Coullante Preise.
H. Degebrodt,
„Strandlosh“, Köpenick.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
Sonntag, den 2. März 1902, vormittags 10 Uhr:
Versammlung der Klempner
in den „Arminushallen“, Kommandantenstr. 20.
Tages-Ordnung:
1. Der Bau-Arbeiterchaft — die Sanpölyer-Verordnung vom 1. Oktober 1901 und das Ergebnis der Baukontrollen. Referent: Genosse Link. 2. Neuwahl des Vorstandes und der Agitationskommission. 3. Verbandsangelegenheiten.
In dieser Versammlung sind die Kollegen der Firma Säger, Grobe Franzstr. 17, besonders eingeladen.
Das Erscheinen aller Kollegen ist angesichts der wichtigen Tagesordnung notwendig.

Sonntag, den 2. März, vormittags 10 Uhr:
Morgensprache der Schraubendreher
bei Wetzel, Wrangelstraße 136.
Sonntag, den 1. März cr., im Gewerkschaftshaus, gr. Saal, Engel-Ufer 15:
Bergnügen der Schlosser.
Anfang 8 Uhr. Billet 25 Pf.
Konzert und Auftreten des Berliner M-Trio.
Nach dem Konzert: TANZ.
Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach.
Da wirklich Großartiges geboten wird, können wir jedem Kollegen den Besuch des Bergnügens empfehlen.
Die Ortsverwaltung.

Verband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen
Deutschlands. Verwaltungsstelle Berlin und Umgegend.
Sonntag, den 2. März, nachmittags 5 Uhr:
Versammlung
in Cohns Festsaal, Beuthstraße 20.
Tages-Ordnung:
Wie stellen wir uns zu den eingeleiteten Anträgen zum Verbandstage in Wagnersburg.
Die Ortsverwaltung.

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Zahlstelle Berlin I.
Sonntag, den 2. März 1902, vormittags 10 1/2 Uhr, im Graumanns Salon, Raunsstraße 27:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Das Verbandstatutenwesen. 2. Die Agitations-Konferenz und die eventuelle Wahl der Delegierten. 3. Verbandsangelegenheiten.
Zahlreiches Erscheinen erwartet Die Ortsverwaltung.

Verband der Möbelpolierer.
Montag, den 3. März, abends 8 1/2 Uhr, Hermannstraße 197:
Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen Peus über: Die Zwangs-gewerkschaft. 2. Diskussion. 3. Berichtlesen.
Die Kollegen von Wagnersburg werden ersucht, mit ihren Frauen pünktlich zu erscheinen.
Mittwoch, den 5. März: Sitzung der Vertrauensmänner.
Für Osten: Friedrichsbergerstr. 11, abends 7 Uhr.
Für Südosten: Zaltgerstr. 59, abends 7 Uhr.
Für Norden: Brunnenstr. 96, abends 8 1/2 Uhr.
Außer in obigen Vortalen werden noch heute abend Beiträge entgegen-genommen: Dahlbörferstr. 16, Roppenstr. 42, Blumenstr. 38, Cranienstr. 197, für Weissensee Köfstr. 20, für Lichtenberg Friedrichs Karlstr. 11. Doleich Angabe der Jahresberichte und Billets zu dem am 8. März stattfindenden Wandstaben. Mitglieder brauchen für ihre Person kein Billet, müssen aber ihr Mitgliedsbuch vorzeigen.
Der Vorstand.
145/10

„Zenselssee“
In den Müggelseen. „Marienlust“.
Inhaber: C. Streichhahn.
Empfehle liebe Lokale mit großen Sälen und Gärten, jedes circa 3000 Personen fassend, mit Dampfbrücken. Stellungen für 40 Pferde etc.
Restaurant „Neuer Krug“.
an der Oberspree zwischen Müggel- und Damerisee, Stationation Neu Mahndorf, in 10 Minuten zu erreichen.
empfehle sein Lokal für größere Vereine und Gesellschaften bis 3500 Personen.
Fritz Domning, Gastwirt.
10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos. Zahn- zehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilzahl, wöchentl. 1 M. Zahnarzt Wolf, Pöppelstr. 130. Spr. 9-7.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 1. März.
Cyberhaus. Der Impresario. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Don Carlos, Infant von Spanien. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Geschlossen.
Schiller. König Lear. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Es lebe das Leben. Anfang 7 1/2 Uhr.
Verliner. Alt-Heidelberg. Anfang 7 1/2 Uhr.
Veitling. Das Glück. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichens. Ein galanter Richter. Vorher: Mein Schneider. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Das ewig-Weibliche. Anfang 7 1/2 Uhr.
Wetzer. Figaro's Hochzeit. Anfang 7 1/2 Uhr.
Secessionstheater. Delleu Lifen-coud Buntel Brett. Anfang 8 Uhr.
E. v. Wolzogen's Buntel Theater (Weberstr.). Anfang 8 Uhr.
Schall und Rauch. Selensmann. Zwischenspiele. Anf. 8 1/2 Uhr.
Trianon. Coralle u. Co. Anfang 8 Uhr.
Central. Das süße Mädel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Rodm. 4 Uhr: Schneewittchen bei den sieben Zwergen. Einlagen: Lebendes Schwafel. Die Puppe. Die freche Katze.
Thalia. Seine Kleine. Anfang 7 1/2 Uhr.
Pausen. Avry + Pory. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weiss. Das Jungfernstift. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Landstreicher. Anf. 7 1/2 Uhr.
Wetzer-Milane. Die Dame aus Trouville. Hierauf: Cr. Anfang 7 1/2 Uhr.
Crepand. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Charivari. Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Metropol. ne feine Nummer. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Myklo. Don Juan in der Hölle. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Casino-Theater. Lustige Früher. Choros. - Spezialitäten - Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Die süßen Mädel. Anf. 8 Uhr.
Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Invalidenstr. 57/62. Tägl. Sternwarte.
Jubiläumskasse 57/62. Täglich: Sternwarte.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
 Im Theater um 8 Uhr:
 Frühlingstage an der Riviera
 Invalidenstr. 57/62.
 Tägl. Sternwarte.

Castans Panopticum

Friedrich-Strasse 105.
Neu! Präsident Roosevelt
 Miss Alice Roosevelt.
Neu! Italienische Konzert-Kapelle „Humberto“ a. Venedig.
Neu! Der Boerenkrieg!
 Riesenmomentbilder aus dem Transvaal-Kriege, nach der Natur aufgenommen.

Architektenhaus

Wilhelmstr. 92/93.
 Jeden Sonntag, abends 8 Uhr:
Volkstümliche künstlerische Veranstaltungen der **Lessing-Gesellschaft.**
 Nächsten Sonntag:
Frühlingsfeier.
 Num Sitzplatz inkl. Garderobe und Programm 50 Pf. in der Buchhandlung Kantorowicz, Potsdamerstr. 135, und an der Abendkasse. 11/16

Central-Theater.

Heute Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, halbe Preise, jeder Erwachsene hat ein Kind frei: **Schneewittchen** bei den sieben Zwergen. Abends 7 1/2 Uhr:
Das süße Mädel.
 Operette in 3 Akten von H. Reinhardt. Morgen Sonntag, nachmittags 3 Uhr, halbe Preise: **Die Puppe.** Montag und folgende Tage: **Das süße Mädel.**

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.
 Nachmittags 4 Uhr: Kindervorstellung zu kleinen Preisen: **Das Schloß am Meer.** Abends 8 Uhr:
Das Jungfernstift.
 Sonntag nachmittags 3 Uhr zu kleinen Preisen: **Das Schloß am Meer.** - Abends 7 1/2 Uhr: **Preziosa.**
E. von Wolzogen's Buntel Theater (Weberstr.)
Köpnickerstr. 68.
 Heute abend 8 Uhr a. a.: „Ateller-spiel“, „Norm-Parodie“, „Zufall“ von Palda, „Strohwitwer u. Strohwitwe“, Bozsa Bradsky, Kompositionen und Begleitung Oskar Strauss. **Marcell Salzer.**

Schall und Rauch

(Kleines Theater)
 Unter den Linden 44.
 Sonnabend, 1. März, abds. 8 1/2 Uhr: Gastspiel von **Eman. Reicher.** Zum erstmalig: **Die kleine Fita,** Scene aus Detl v. Liliencron's Pogrod - Cyklus, „Geschichten vom toten Rabbi“, improvisierte Soloscene von Emanuel Reicher. **Serenissimus-Zwischenspiele** Bauernkomedi, Abschiedsoper.

Cirkus Schumann.

Heute Sonnabend, den 1. März, abends prächtig 7 1/2 Uhr:
Grande Soirée High-Life.
 Kostüm! Zum erstmalig **She** die 4 Elemente. Zum erstmalig **Flx Klary** avec son Acto comique. **Push-Ball**, amerit. Sportspiel, ausgeführt von 12 Amerikanern und zehn Herren der Gesellschaft. **L'éclaircie lumineuse.** In Feuer und Flamme, ausgeführt von H. Dora Schumann. Zum Schluß:
Mephisto
 ca. 500 Mitwirkende. 2 Musikcorps. Große Ausstattungs-Pantomime vom Goldarbeiter **A. Siens.**
 Morgen Sonntag, den 2. März:
2 große Vorstellungen 8 Nachm. 3/4 Uhr und abends 7 1/2 Uhr. In beiden Vorstellungen: Auftreten sämtlicher oben angeführten Spezialitäten, und in beiden Vorstellungen die große Ausstattungs-Pantomime „Mephisto“

Palast-Theater

(früher Feen-Palast)
 Burgstr. 22.
 Direktion: Winkler u. Fröbel.
 Das große neue erstklassige **März-Programm!**
 Neu! **Jack u. Merry,** musikalische Babus.
Fanny Behrens, eccentric. Sängerin. **Richard-Truppe.**
Charles-Trio usw.
 Um 9 Uhr:
Die Weilschenfee.
 Berliner Volksstück mit Gesang in 2 Akten.
 Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Billet-Verkauf v. 11-1 Uhr

Cirkus Busch

Sonnabend, 1. März, abends 7 1/2 Uhr: **Klondike, Original-Pantomime** des Cirkus Busch und die großartigen Spezialitäten.
Trianon-Theater.
 Georgenstrasse,
 2 Minuten vom Bahnhof Friedrichstr.
 Zum 98. Male: **Coralle & Co.**
 Anfang 8 Uhr. Parkett 2 M.

Passage-Theater.

Anfang Sonntags 3, Wochentags 5, Ende 11 Uhr.
 Beginn des Abendprogr. 8 Uhr.
Das neue März-Programm!
Der kleine Cohn ist da!
 Burleske in 1 Akt v. Breitenbach
Hella Collier.
 Deutschlands beste Vortrags-Soubrette.
 Gastspiel der 7-jährig **Lola Gray** in dem Mimodrama **Der Bajazzo und sein Kind.**
 16 erstklassige Nummern!

Belle-Alliance-Theater.

Die Dame aus Trouville.
 Emil Sondermann a. G. Herd. Worms
 Hilgi Dalmer. Hofa. Warten.
 Hierauf: **Cr.** Lebensbild in 1 Akt.
 Adele Hartwig u. Leopold Thurnier a. G.
 Sonntag nachmittags 3 Uhr: **Von Stufe zu Stufe.**

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger.
 Anfang Wochent. 8 Uhr
 Sonntags 7 Uhr.

Casino-Theater.

Lothringersstr. 37.
 Ab 1. März vollständig neues erstklassiges Spezialitäten-Programm!
 Dazu: „**Lustige Brüder**“ mit Richter, „**Choros**“ mit Berg.
 Anfang Wochent. 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2 Uhr.
 Sonntag nachm. 4 Uhr: „**Muttersegens**“

W. Noacks Theater.

Brunnenstrasse 16.
Wegen Privatfestlichkeit keine Vorstellung.
 Sonntag:
Verlorene Ehre.
Sanssouci
 Kottbuserstr. 4 a.
 Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmann's Norddeutsche Sänger
 Eine Theaterprobe.
 Nach jeder Soirée:
Tanzkränzchen.
 Entree wie gewöhnlich, Tanz frei.

Indische Menagerie

im Exerzierhaus
 (am Brenzlauner Thor)
 Lothringersstraße 1-7.
 Täglich 3 große Vorstellungen 4, 6 und 8 1/2 Uhr. Dressur mit Löwen, Tigern, Wölfen u. Hyänen, sowie **Löwen-Ringkampf** und Fütterung um 4 u. 8 1/2 Uhr.
 Entree: I. Platz 1 M., II. Pl. 50 Pf., III. Pl. 25 Pf., Kinder unter 10 Jahren und Militär ohne Charge zahlen auf I. u. 2. Pl. die Hälfte, den 3. Pl. 15 Pf.
Die Direktion: Frosse.

Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3.
 Größt. Vergnügungsort Berlin's
Internationale Konzerte u. Spezialitäten-Vorstellung
 Tägl. Anstich des „**Urbock**“
Bockbier-Jubel u. Trubel.
Ausschank:
Berliner Bock-Brauerei.
 Bürgerl. Diner, 5 Gänge.
 Tägl. Matinee von 12-2 Uhr.

Charlottenburg.

H. Schmerberg (31409)
 Wilmersdorfer-Strasse 127,
 Hörmacher und Goldarbeiter.
 Grobes Lager von **Uhren und Goldwaren** zu außerst billigen Preisen.
 Optische Artikel. Brillen werden schmerzlos gestochen

Berlins grösste Fischhandlung
 empfiehlt von täglich frischem Fange und täglich frischer Zufuhr in Kühlwaggons frische, geräucherter und marinierte
Seefische
 zu bekannt billigen Preisen.
Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“
 Hauptfiliale Berlin C. 22, Bahnhof Börse, Bogen 9-10.
 II. Filiale: **Lüneburgerstr., Ecke Panistr.**
 III. **Prinzenstrasse No. 30.**
 IV. **Madalstr. 22, i. Schles. Bahnh.**

Diese Woche:
Schellfische in allen Größen 25-35 Pf. pro Pfd.
Calbian auch ohne Kopf und 30-35 Pf. im Kistchen
Seelachs 25-30 Pf. und im 35-40 Pf. im Kistchen
Bratfischer, Rotzungen, Schollen, Seehäut, Kurrhahn, Austerfisch, Goldbars, Heilbutt, Tarbutt, Steinbutt, Seezungen u. gleichfalls billig.
Lebende Hammer 2,50 Mk. pro Pfd.
Feinste Holländer Austern Dtd. Mk. 1,80-2,00
Johs. Skorezyk, Generaldirektor für Berlin.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.
 Bodentags 7 Uhr. Kur erstklassige
 Sonntags 5 Uhr. **Specialitäten. J. M. Hatt.**
 Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung**

Schlosspark Wilhelminenhof.

Stadtbahn-Station Nieder-Schöneweide.
 Jeden Sonntag: **Grosses Bockfest, Konzert und Ball.**
Ausflug Original-Urbock.
 NB. Vereinen zu Sommerfesten bestens empfohlen. 34506*
 Telefon: Amt Nieder-Schöneweide Nr. 23

Schmöckwitz Gashaus zur Palme
 (Endstation der „Stern“-Dampfer)
 Inhaber: **Hermann Peter.** Grünau Nr. 39.
 Empfehlung mein alkoholisiertes, herrlich an Wohl und Wasser belegenes Lokal den gebildeten Berlinern und Gesellschaften zu Ausflügen, Ausspannung und Dampferfahre, Regelbahnen, große Kaffeehölle. Gute Küche und behagliche Biere zu soliden Preisen. (35772*)

Partei-Expeditionen:

Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Wenzel, Große Frankfurterstr. 133, Hof part. - SO.: Paul Baum, Vaußingerplatz 14/15 (Baden) - Sechster Wahlkreis (Noah): Karl Wenders, Solwedelerstraße 8, im Baden. - Wedding und Oranienburger Vorstadt: Emil Stolzenburg, Wilmersdorf 41/42. - Gesundbrunnen: Hermann Kahlke, Grünthalstr. 65. - Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt: Karl Mars, Kaskanten-Allee 95/96. - Charlottenburg: Gustav Schwarberg, Schenkerstraße 1, Ecke Goethestr. u. I. - Deutsch-Wilmersdorf: W. Aidel, Ullandsstr. 108, part. - Friedrichsberg-Friedrichsfelde: Oswald Grauer, Berlin O., Frankfurter Allee 197. - Grünau: Gustav Wiers, Schönerstraße 111. - Rixdorf: O. Hermann, Grünstraße 6. - Schönberg: W. Baumler, Apffel-Baumstraße 13, Outergeg. Pöck. - Ober-Schöneweide: Otto John, Wilhelminenhofstr. 18. - Nieder-Schöneweide: Karl Weber, Eigarzengasse 1. - Johannisthal: Paul Mann, Friedrichstraße 39, I. - Adlershof: Gustav Hise, Gaudenstraße 8. - Köpenick: Friedrich Wold, Grünstraße 29. - Friedenau-Steglitz: F. Bernier, Rixdorf, 15 in Friedenau. Beschreibungen nehmen entgegen in Steglitz: A. Mohr, Rappstraße 8, und Fr. Schellhase, Adorfsstraße 10a. - Baumschulenweg: Stod, Grünstraße 2 II. - Neu-Weissensee: Heinrich Bachmann, Heiderstraße 1, part. Amt. - Rummelsburg: Georg Meier, Veitg. Allee 18a.
 Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werte dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen.
 Bitte ausschneiden!

Konsum- u. Produktiv-Genossenschaft „Berlin-Rixdorf“

Bekanntmachung für das Geschäftsjahr 1900/01
 (vom 1. Oktober 1900 bis 30. September 1901).
 Mitgliederbestand bei Beginn des Geschäftsjahres 673
 Während des Geschäftsjahres neu eingetretene Genossen 227
 Demnach am Schluß des Geschäftsjahres 2000
 Mit Ablauf des Geschäftsjahres lösteden aus infolge:
 Austritts 64
 Versterben für das neue Geschäftsjahr 2836
 Die Geschäfts-Guthaben der Mitglieder haben sich im vorliegenden Geschäftsjahr um 21.042,94 M. vermehrt und die Zahlsummen um 66.810,00 M. vermehrt. Letztere betragen am Schluß des Geschäftsjahres 87.000,00 M.

Aktiva	Bilanz	
An		Per
Cassa-Conto	5.802,28	Mitglieder-Guthab. -Conto
Deutsche Bank-Conto	2.120,32	Referendats-Conto
Ges.-Kantions-Conto	400,-	Kreditoren-Conto
Inventory-Conto 25.475,43		Reservations-Conto
Abschreibung 5% 1.273,77	24.201,66	Dispositionsfonds-Conto
Verb.-u. Wag.-Cto. 3.081,75		Conto Stangenberg
Abschreibung 10% 308,17	2.773,58	
Einlagen- und Zinsen-Conto	4.112,50	
Waren-Conto	61.431,52	
Wechsel-Conto	400,-	
Großhandels-Intell.-Conto	250,-	
Debitoren-Conto	960,-	
Conto Frau Müller	1.900,-	
Stangenberg	35,03	
Verlust	104.476,79	
		104.476,79

Der Vorstand: Ludwig Mehlitz, Emil Wutzky.
 Red. dem vorgelegten Material habe ich die Bilanz geprüft und für richtig befunden.
 Berlin, im Februar 1902.
 Der Kassier: A. Krüger, Revisor.

Leihhaus von M. Grünberg
 seit 1890 Kolonnenstraße 11/12, I
 113/20
jetzt Friedrichstr. 131d, I. Etage
 Ecke Karlstrasse. Bahnhof Friedrichstrasse.
 Spezialität: Brillanten, Pfandscheine.
 Bücher, Waren, Cigarren.

Jeder Arbeiter Jeder Handwerker sollte zur Arbeit
 die Lederhose Hercules tragen.
 Klein-Verkauf. Sehr harte Ware in praktischen grauen u. braunen Streifen. Blau u. vom am Bund aus einem Stück gearbeitet. Nietnähte u. Rappnähte. Große Leder - Pilot - Taschen, Große Hüllen unifarnt. Die Hölle
 bei Entnahme von 6 Stück 26 Mk. 4 Mk. 50
 Gut blaues Monteur-Jackett 1 M. 90
 Gut blaue Monteur-Jose . . . 1 M. 50
 Gut blaues Monteur-Jackett Prima Ober-Gewebe . . . 2 M. 50
 Gut blaue Monteur-Jose Prima Ober-Gewebe . . . 2 M. 10
 Prima Manchester Hose 9.-, 5.50, 4.25
 Westf. Rausch-Jackett 14.-, 9.-
 Operations-Mantel f. Kerze 4,25, 3,00, 3 M. 40
 Wasser-Rittel 2,50, 2 M. 20
 Reichhaltiger Mittel-Brann 3.-, 2 M. 40
 Reiches Leder-Jackett, Preislich gefaltet 7 M. 50
 Welche Lederhose, Prima Ware 3 M. 75

Baer Sohn
 En gros. Export. En detail.
Chausseer 24a 25, Prandstr. 11.
 Or. Kraussfurterstr. 20.
 Die 18. Wochenschrift der Saison 1901/1902 über gesamte Provinz und Städte-Verwaltung (Ausgabe 1 Million) wird kostenlos und portofrei zugesandt. Versand von 20 M. an franco. - Bei Bestellung genügt Angabe der Buch u. Bandweite u. Schriftgröße. Dünne Preise gelten für normale Größen. 32662*

Treptow.
Köpnicker Landstr. 27.
 empfiehlt seinen kleinen Saal, 250-300 Personen fassend, zu jeder Art von Festlichkeiten. Jeden Sonntag **Großer Ball.**
 Stadthier 10 Pf. Große Weisse 25 Pf. **Reichhaltige Speisekarte** zu sehr soliden Preisen.
 6386* **R. Rohlwein.**

Carl Helbig,
Seilgehilfe und Maschin
 für sämtliche Kranenlofen Berlin's 41115* und Umgebung.
 Hebeuhr. 9. Flug. Walfstr. 19, I.
30 Mark
 hochfeine Sommerpaletts.
30 Mark
 hochfeine Sommerpaletts.
 12 Mark hochfeine Seilgehilfen. Anfertigung nur nach Maß. Unter Stoff, tadelloser Sitz. (35161)*
14 Krausenstraße 14,
 1 Tr., Tel. Amt I Nr. 3708. 1 Tr.

Eigene Confection.
Elegante Costümröcke
enorm billig
 in Tuch, Seide, Sammet, Kammgarne und Homespun.
 6 M., 7 M., 10 M., 12 M., 15 M., **Seidenamast** 25 M., **Alpacas 4,50 M.** 6 M., bis 30 M., **weisse Cheviot** und Pique 3, 5, 7-15 M.
Jaketkleider
 elegante Façons.
 Seidene, Cheviot, Covercos und Homespun.
 12 M., 15 M., 20 M., 25 M.
Blusenkleider
 die neueste Mode
 18 M., 20 M., 25 M.
 Reich garn. Gesellschaftskleider
 25 M., 30 M., 40 M., 50 M.
Eleg. weisse Kleider
 20 M., 30 M.
Einsegnungskleider
 15 M., 18 M., 20 M.
Seidenblusen
 6,50 M., 8 M., 10 M., 15 M.
 Blusenenden
 1,75 M., 2,50 M.
Golfcapen 8 M., 10 M.
 Schwarze, glatte u. bestickte **Capen und Kragen**
 12 M., 15 M.
 Englische **Tailenkleider,**
 tadelloser Sitz, feinste Schneiderarbeit in Cheviot, Homespun u. Bobbinet 30 M., 45 M., 50 M.

Sielmann & Rosenberg
 Kommandantenstraße.
 Ecke Lindenstraße.
Maassanfertigung.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, den 28. Februar 1902.

Seit dem letzten Wochenbericht sind drei Wochen verfloßen, im wesentlichen aber steht die Kursbewegung an der Börse nach dort, wo sie am 8. und 10. Februar stand. Zwar herrscht im ganzen noch immer ein übertriebener Optimismus vor, der, sobald nur irgend welche günstigen Aussichten sich bieten, neue Hauffe-Regungen in sich versipst und tatsächlich mehrfach in den vergangenen Wochen sich recht ansehnliche Kursanstiege geleistet hat; aber die seither keineswegs zufriedenerstellende geworden Lage des Kohlen- und Eisenmarktes, die in den schlechten Ausweisen der Berg- und Hüttenwerke, vornehmlich den Berichten der Sächsischen Bergwerks-Gesellschaft und dem Semestralabschluß der Laurahütte deutlich zum Ausdruck kommt, haben die blinde Spekulationslust in letzter Zeit dem doch merklich gedämpft, zumal auch die veröffentlichten Bankbilanzen größtenteils den von mancher Seite begabten Erwartungen recht wenig entsprachen. So folgten den Kurssteigerungen wieder Abgänge, und stellt man den Kursstand vom 10. oder 11. Februar dem heutigen gegenüber, so zeigt sich, daß zwar durch die verschiedenen Auf- und Abschwankungen die Kurse einer Reihe Bank- und Industrie-Aktien um einige Prozent erhöht oder erniedrigt worden sind, doch aber das Gesamtbild sich wenig verändert hat; nur stiller ist in letzter Zeit das Geschäft geworden.

Zu rascher Aufeinanderfolge haben die letzten drei Wochen die Jahresbilanz-Veröffentlichungen der größeren Banken gebracht, mit Spannung nicht nur von den Aktionären, sondern von der gesamten Finanzwelt erwartet, um Näheres darüber zu erfahren, welchen Eindruck der Ansturm der Krise gemacht hat, und wie die einzelnen Institute die Attacke abgewehrt haben. Soweit die Bilanzen im allgemeinen erkennen lassen, haben die meisten der größeren Institute die Aufschwung besser überstanden, als man erwarten durfte, wenngleich die Spuren der geschäftlichen Depression deutlich zu erkennen sind, trotz des Bestrebens der meisten Geschäftsberichte und Bilanzen, die nachgebliebenen Farben und Schwankungen durch Schmünke und kleine Schönheitsphrasen zu verdecken. Die Dividenden fallen meist im Vergleich zum Vorjahre recht mager aus und sie werden zum Teil nur dadurch möglich, daß weitere Dotationen der Reservefonds unterblieben sind, teilweise sogar, wie zum Beispiel bei der Nationalbank für Deutschland, die Special-Reservefonds mit herangezogen und andererseits die Abschreibungen auf das geringste Maß reduziert wurden. Um die Aktionäre und das Bankpublikum nicht in ihrer Zuversicht allzu sehr durch aufregende Sauerungs-Maßnahmen zu stören, scheinen sich manche Direktionen den weilseligen Hundeliebhaber zum Muster nehmen zu wollen, der seinem unechten Pops, um ihn möglichst zu schonen, nicht mit einem Male den Schwanz abschlug, sondern diesen nach und nach, immer nur um ein kleines Stückchen, kürzte. Sie beschränken die durch den Rückgang und den Vorkurs industrieller Unternehmungen nötig gewordenen oder sicher nötig werdenden Abschreibungen von ihren Effekten- und Konfokalbeständen vorläufig auf ein Teilchen, um später mit weiteren Kürzungen fortzufahren — wenn voraussetzliche Gewinnüberschüsse auf anderen Geschäftsfeldern die Aktionäre solche Abschreibungen weniger schmerzhaft empfinden lassen. Die Dresdener Bank hat sogar, gefühlvoll wie sie ist, ein Extra-Mittelchen erkundet, um die Schwanzkürzung-Operation zu mildern. Zuerst schreibt sie auf dem Effekten- und Konfokalconto drei Millionen Mark ab, so daß trotz der namhaften Gewinne, die bei verschiedenen Konfokal-Konstruktionen erzielt worden sind, dieses Konto mit einem Verlust von 348 327 M. gegenüber einem Gewinn von 910 223 M. im Vorjahre schließt, und hinterher nimmt sie dann vom Reingewinn nochmals eine Extra-Abschreibung auf dem Konfokal-Konto von 2 400 000 M. vor, so daß also die eigentliche Gesamtabchreibung auf diesem Konto 5,4 Millionen Mark beträgt. Einen anderen Weg schlägt die Berliner Bank ein; ihre Verwaltung beantragt, jedenfalls in der Annahme, daß durch die Extra-Abschreibung von 1,2 Millionen auf Beteiligungen und nicht döringängige Effekten entweder der bisherige Ausfall nicht voll gedeckt wird, oder weitere Verluste in sicherer Aussicht stehen, die Bildung einer vorläufigen mit 800 000 Mark zu dotierenden Debetore-Contos vor. Wie weit gerade die portionsweise Abschreibungsverteilung der Dresdener Bank, bei deren Wahl das menschenfreundliche Bestreben mitgewirkt haben dürfte, den Direktoren die vertragmäßige Lantime nicht noch mehr zu schmätern, sich zur Nachahmung eignet, soll hier nicht erörtert werden; im übrigen aber läßt sich gegen das Verfahren, die Abschreibungen in der jetzigen Zeit der geschäftlichen Depression relativ knapp zu bemessen und sie nach und nach vorzunehmen, banktechnisch kaum etwas einwenden. Besser wäre es sicherlich, wenn verschiedene der Banken, die in der letzten Zeit ihre Bilanzen veröffentlichten, statt halbergähnte Dividenden auszusprechen, in noch stärkerer Maße zu Abschreibungen sich bequemt hätten; aber schließlich kann es keiner Bankverwaltung verdacht werden, wenn sie die Geschäftslage ihres Instituts als so günstig darzustellen trachtet, wie sich mit Gesetz und Reglement verhält; hängt doch von dem launischen Vertrauen des nur zu leicht nach Ansehensurteilen urteilenden Publikums ihre eigene Existenz ab. Jeder Einsichtige weiß, was er von diesen wie von anderen öffentlichen Selbstkonfessionen zu halten hat. Die Zahl derer, die wirklich annehmen, daß durch die vorerwähnten Abschreibungen die Schläge der Krise, die bereits erfolgt sind oder in sicherer Aussicht stehen, kompensiert werden, daß also durch sie die Aktien auf ihren tatsächlichen Wert heruntergebracht sind, dürfte doch nur eine recht kleine sein.

Zu eingehender Betrachtung der einzelnen Bankbilanzen bietet ein knapper Artikel, wie der vorliegende, nicht den genügenden Raum; zudem hat der „Vorwärts“ in der Rubrik „Aus Industrie und Handel“ die wichtigsten der Jahresabschlüsse bereits gebracht. Auch liefert das Vermögen, aus den Bilanzen ein wirklich genaues Bild des Geschäftszustandes zusammenzustellen, immer nur ein ziemlich oberflächliches Resultat. So sehr auch gerade in diesem Jahre verschiedene Bankinstitute zu einer näheren Spezifikation der Posten gezwungen haben, bleibt doch noch immer das Meiste dem Ratzen überlassen. Selbst von genaueren Angaben über die Effekten- und Konfokalbestände gegeben werden, erstrecken sich die detaillierten Mitteilungen doch durchweg nur auf Anleihen, die Verleihungen an Bank- und Eisenbahn-Unternehmungen, an Industrie- und Terringeschäften usw., also gerade die Posten, die zur Beurteilung des Wertes der Bestände zu wissen am nötigsten wäre, werden nur in Gesamtsummen mitgeteilt. Ebenso ist es sicher ganz schön, wenn bei der Angabe der an Debitoren erteilten Vorschlüsse hinzugefügt wird, wie weit diese Vorschlüsse gedeckt sind oder nicht und welcher Art die Deckung ist resp. wie weit die Vorschlüsse auf Wertpapiere, auf Waren oder andere Sicherheiten erfolgten. Immer aber bleibt noch die Frage, wie ist die Deckung durch Wertpapiere beschaffen, besteht sie z. B. zu einem wesentlichen Teil aus Effekten, die aus der eigenen Regie der Bank stammen; welcher Art sind die auf Waren erteilten Vorschlüsse, in welchem Verhältnis stehen sie zum Warenwert; ist letzterer selbst ein fester schwankender; wie weit können die ohne Unterpfand gegebenen Vorschlüsse als gesichert gelten; wie lange laufen sie noch z. z. kurz, es bleibt noch eine lange Reihe der wichtigsten Fragen übrig, ohne deren Beantwortung kein sicheres Urteil möglich ist.

Immerhin bieten die Bankbilanzen, wenn sie auch über die finanzielle Lage der Banken selbst nur äußerlich und ungenau orientieren, manche Belehrung. Es zeigt sich zunächst, daß die enge Kassen mit industriellen Unternehmungen sich für verschiedene der Banken im vergangenen Jahr als recht verhängnisvoll erwiesen hat. Obgleich, wie schon gesagt, die Abschreibungen, die sie auf ihren Effekten- und Konfokalbeständen vorzunehmen sich gezwungen sehen, gewisser-

machen nur als vorläufige Abschlagsleistungen gelten können, erreichen sie doch recht respektable Summen. In welcher Höhe die Dresdener und die Berliner Bank Abschreibungen vornehmen, wurde schon vorher erwähnt; aber auch andere Banken weisen für diesen Zweck recht hohe Summen an, so z. B. die Nationalbank (ohne die Abschreibungen auf Contocorrent-Conto, Inventar-Conto etc.) 2 500 000 M., die Berliner Handelsgesellschaft 1 680 000 M.

Andersseits zeigt der aus den Bilanzen sich ergebende Geschäftsumfang, daß auch im vergangenen Jahr die Konzentration im Bankgewerbe weitere Fortschritte gemacht hat. Den Einfluß der Krise haben, wenn man von der Dresdener Bank absteht, die ihre Leistungsfähigkeit überstapelt hatte, vor allem die mittleren Banken zu spüren bekommen, jene, die es den großen gleich zu thun suchten, ohne deren Mittel zur Verfügung zu haben, während die großen zum Teil ihren Geschäftskreis bedeutend auszuweiten vermochten. Schon die in letzter Zeit von einigen größeren Banken in Aussicht genommene An- und Eingliederung kleinerer Banken, wie z. B. die geplante, vorerst jedoch gescheiterte Uebernahme der Breslauer Diskontobank durch die Darmstädter Bank und die beabsichtigte Fusion letzterer mit der Bank für Süddeutschland sowie die in Aussicht gestellten Kapitalerhöhungen einiger der größeren Banken, vornehmlich der Deutschen Bank und der Diskontogesellschaft, lassen erkennen, daß die Lähmung des Widerstandes der mittleren und kleineren Banken durch die Krise nur den großen die willkommenen Gelegenheit geboten hat, noch in stärkerer Maße, als bisher, das Geschäft an sich zu ziehen. Einen weiteren Beleg in dieser Richtung bietet die Bilanz der Berliner Handelsgesellschaft, deren Geschäftsumfang, selbst wenn man den inzwischen erfolgten Uebergang der Firma Brest u. Selpke und deren Geschäfte auf die Bank mit in Anschlag bringt, eine erhebliche Zunahme aufweist. Noch weit mehr aber gilt dies von der gestern veröffentlichten Bilanz der Deutschen Bank. Die Depositen-Einlagen sind um beinahe 24 Millionen Mark, die Creditoren um 75 1/2 Millionen gestiegen, einer Zunahme, die auf der anderen eine Vermehrung der Vorkasse, Wechsel, Reports und Darlehen um ca. 88. der Debitoren um 13 Millionen Mark gegenübersteht. Der Reingewinn der Bank hat sich gegenüber dem Vorjahre noch um ein geringes zugenommen; und ebenso wie im letzten Jahre verteilt die Bank 11 Proz. Dividende.

Fast noch interessanter, wie die Bilanzen sind die in den Geschäftsberichten der Banken enthaltenen Urteile über die Ursachen und den Verlauf der Krise, deren Einwirkung auf das Geschäftsleben, auf die Aussichten des nächsten Jahres, kurz auf die Gesamt-Wirtschaftslage. Beim ersten Anblick ein buntes Haufen sich gegenseitig widersprechender, verschiedenartiger Ansichten, gewinnen die Urteile sofort ein anderes Aussehen, wenn man bei jedem unterläßt, an welchen Geschäften die betreffende Bank besonders interessiert bzw. auf welchen Gebieten sie speziell arbeitet, wie sie ihre Geschäfte führt und mit welchen Geschäftskreisen sie vornehmlich zu thun hat. Es zeigt sich dann deutlich, wie Proxiz und Interesse das Urteil bestimmen. Auf alle diese verschiedenen Ansehungen zurückzukommen ist hier nicht der Ort. Nur zwei der Ansehungen, welche die Aufwärtsbewegung der Industrie-Aktien-Kurse und die nächsten wirtschaftlichen Aussichten betreffen, seien an dem Haufen herausgehoben.

Die Dresdener Bank, die von dem Steigen der Effekten-Kurse, speziell der Industrie-Aktien- und der Bahn-Aktien-Kurse, lebhaft interessiert ist (neben für 26 Millionen Mark Effekten-Reports besitzt sie für beinahe 35 Millionen Mark eigene Effekten), meint:

„Die über Erwarten rasch eingetretene Besserung in der Lage des Effektenmarktes und die vertrauensvollere Auffassung, welche in manchen Industriezweigen zur Geltung kommt, sprechen dafür, daß die Krise, gerade, weil sie so akut und heftig ausbrach, die in unserem wirtschaftlichen Organismus angehäufte Aufreißstoffe desto gründlicher und schneller angesprochen und damit den Gesundungsprozess gefördert hat. Erfreulich ist vor allem, daß die auf den Ertragsmitteln der erwerbsfähigen Bevölkerung beruhende Kapitalkraft Deutschlands sich bei Ueberwindung der Krise außerordentlich stark erwiesen hat, wie sich auch an der fortgesetzt lebhaften Nachfrage nach guten Anlagewerten erkennen läßt.“

Dagegen heißt es im Geschäftsbericht der Hamburger Vereinsbank, die sich allerdings an Bedeutung mit der Dresdener Bank nicht entfernt messen kann (Aktienkapital nur 24 Millionen Mark), die aber andererseits mit eigentlichen Gründungsgeschäften recht wenig zu thun hat (Effekten- und Konfokal-Beteiligung 3,8 Millionen Mark):

„Ob jedoch die stark optimistische Strömung, die seit Ende 1901 eingeleitet hat, vollkommen berechtigt ist und nicht etwa über das Ziel hinausschießt, kann zweifelhaft erscheinen. Die Tatsache, daß große Industriezweige zur Zeit ohne Ruhen und selbst mit Schaden arbeiten, sollte zur Vorsicht mahnen; es können starke innere wie äußere wirtschaftliche Kämpfe bevorstehen; auch löst die Lage des Handels in den Vereinigten Staaten, der seit mehreren Jahren eine ungeahnte Prosperität zeigt und eine starke Stütze für Europa bildet, nicht ungeteilte Zuversicht ein. So bleibt als Hauptmotiv der jetzigen Aufwärtsbewegung an den Börsen nur der reichliche Geldstand, der allerdings weit nachdrücklicher in die Erscheinung tritt, als man vor wenigen Monaten annahm.“

Welches Urteil mir richtiger erscheint, brauche ich nicht erst zu sagen.

Aus Industrie und Handel.

Leipziger Bank. Die stattgehabte Gläubiger-Versammlung der Bank beschloß, die Verwertung des neuen Vongebäudes dem freien Ermessen der Konkursverwaltung und des Gläubigerausschusses zu überlassen und erklärte sich damit einverstanden, daß die Deutsche Bank das Gebäude mit 2 080 000 M. erwirbt. Die Versammlung stimmte ferner zu, daß die Mitglieder des Aufsichtsrats sich verpflichten, eine Abfindung von 5 Millionen zu zahlen, nachdem sie außerdem ihr Konfokal-Konto bei der Leipziger Bank mit 2 300 000 M. gedeckt haben.

Die Schokoladenfabrik Gebr. Stollwerk in Köln ist, nach einer Mitteilung des „Verl. Tagebl.“, in eine Aktiengesellschaft mit 10 Millionen Mark Aktien und 5 Millionen Mark Vorkassaktien umgewandelt worden. Die Gründung liegt in den Händen eines Konfokals, an dessen Spitze die Darmstädter Bank steht, und dem außerdem die Firma S. Weichroder, die Berliner Handelsgesellschaft und der Schaaffhausensche Bankverein angehören.

Der Träger- und Halbzeugverband stellte in seiner Sitzung fest, daß der Beschäftigungsgrad ein guter ist. Allerdings nur auf Kosten der Auslandslieferungen, die unter den eigenen Produktionskosten abgeschlossen sind. Es wurde deshalb der Anregung zugestimmt, die Preise um 5 M. pro Tonne zu erhöhen.

Ein Kohlen-Syndikat, dem die namhaftesten Werke angehören, hat sich in Köln zusammengeschlossen. Die Werke verpflichteten sich, keine Aufträge mehr anzunehmen, sondern alle durch das Syndikat aufgeben zu lassen. Stahlanstalt Deuy und Raumann von Wabach bilden den Vorstand.

Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften. Die **Walden-burgische Hypotheken- und Wechselbank** in Schwerin verteilt eine Dividende von 11 Proz. Der Gewinn betrug 1 334 633 M. — Die **Mitteldeutsche Kreditbank** wird eine Dividende von 5 1/2 Proz. (im Vorjahre 6 Proz.) gewähren. Gewinn 3 300 089 M. (3 666 104 M.). — Die **Kachener Bank für Handel und Gewerbe** teilt mit, daß der Gesamtumsatz im vorigen Jahre um 35 Millionen zurückgegangen ist. Der Reingewinn beläuft sich auf 157 846 M. (218 782 M.) Dividende 5 Proz. (5 1/4 Proz.). — Die **Stahlbahnwerke Freudenstein u. Co.** arbeiten im verfloßenen Jahre nach Abschreiben der Specialreserve mit einem

Verlust von 500 000 M. Das Aktienkapital wird von 2 500 000 auf 2 000 000 M. herabgesetzt. — **Kronprinz Aktiengesellschaft für Metallindustrie** verteilt 10 Proz. Dividende. Der Reingewinn betrug 349 235 M. — **Hoffmanns Stärkefabrik** wird wie im Vorjahre 12 Proz. ihren Aktionären überweisen. — Der **Essener Bergwerksverein König Wilhelm** verzeichnet einen Reingewinn von 1 880 024 M. (1 789 473 M.). Dividende 15 Proz. (20 Proz.) auf Stammaktien. — Die **Ravensberger Spinnerei** in Viefefeld wirt 10 Proz. Dividende ab. — Die **Kammgarnspinnerei Stör u. Co.** in Leipzig berichtet über einen Reingewinn von 1 043 836 M. Dividende 8 Proz. — Die **Korddeutsche Lagerhaus- & Aktiengesellschaft** in Berlin hatte einen Reingewinn von 190 424 M. (70 895 M.). Der Ueberfluß wird auf neue Rechnung gelegt.

Das Armenwesen im Stadthaushalts-Etat.

Das Kapitel Armenwesen fällt in dem Stadthaushalts-Etat für 1902 in Ausgabe mit 12 965 784 M., in Einnahme mit 1 397 074 M. ab, so daß ein Zuschuß von 11 568 710 M. erforderlich ist. Die Ausgabe ist mehr als ein Sechstel des ganzen 113 Millionen-Etats, der Zuschuß mehr als ein Sechstel des gesamten Steuer-Einkommens von etwa 66 Millionen, im besonderen mehr als ein Drittel der Gemeinde-Einkommensteuer von 32 1/2 Millionen. Die Bedeutung der Armenlasten für den Gesamt-Etat wird von freistimmiger Seite oft hervor-gehoben. Es geschieht das gemeist in einem Tone, der selbst von der Seite wird der überaus langsam vorrückenden sogenannten Reform unseres Armenwesens, die uns im Etatjahr 1902 die neue Geschäftsordnung für die Armenkommissionen und mit ihr die Zugabe von Frauen zu den Armenkommissionen bringen wird, als ein besondrer „Vorzug“ nachgerühmt, daß sie — entgegen den früher daran geknüpften Erwartungen — die weitere Steigerung der Armenlasten nicht begünstigt.

Von den rund 13 Millionen des Armenetats beansprucht die Armenverwaltung für den ihr zufallenden Teil der Armenpflege (Specialetat 20) 9 703 110 M. Davon sollen 767 000 M. durch Einnahmen (nicht aus Erstattung von Unterstüßungen), durch städtischen Zuschuß 8 936 110 M. gedeckt werden. Die von den Armenkommissionen zu zahlenden Unterstüßungen betragen allein 7 450 000 M., nämlich Almosen 5 800 000 M. (136 000 M. mehr als 1901), Pflegegeld 806 000 M. (wie 1901), Extra-Unterstüßung 850 000 M. (50 000 M. mehr als 1901). In den Erhöhungen wird im Etat bemerkt: „Die gegenwärtige Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse läßt eine Besserung vorläufig nicht erwarten.“ In gleicher Weise wird auch die Erhöhung der unmittelbaren von der Armenverwaltung zu zahlenden Unterstüßungen — 185 000 M., gegen früher 160 000 — begründet. Das Vorhandensein eines Koistandes wird also zugewandt, aber gegenüber den Aufgaben, die der Kommune aus der gegenwärtigen Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse erwachsen, hält der Magistrat — dem Will der freistimmigen Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung gehorchend — im wesentlichen nichts anderes in Bereitschaft als ein kleines bißchen mehr Almosen. Aus den übrigen Ausgaben des Specialetats 20 ist hervorzuheben die Erhöhung des Honorars der Armenärzte von 128 300 M. auf 155 000. Die Ärzte sollen künftig durchgängig mit 1600 M. pro Jahr besoldet werden. Für Kur und Verpflegung in nichtstädtischen Krankenhäusern sind diesmal 940 000 M. ausgeworfen, die durch Vermittelung der Armenverwaltung bezahlt werden. Die Höhe dieses Betrages zeigt, daß die Stadt von dem erwerbenden Werte, auf diesem Gebiete die lästige und nicht immer unbedenkliche Abhängigkeit von fremden Anstalten (vergl. Elisabeth-Kinderhospital) zu befreien, noch recht weit entfernt ist.

Gegenüber der „offenen“ Armenpflege (Unterstüßungen usw.) bildet bei uns die „geschlossene“ (Verpflegung in Anstalten) nur eine Ausnahme. Die Sichenfürsorge, die hierzu gerechnet wird, ist im Etat für 1902 im ganzen (für beide Anstalten) mit 800 000 M. Ausgabe, 103 300 M. Einnahme, 696 700 M. Zuschuß angelegt. Zur „geschlossenen“ Armenpflege gehören ferner Obdach und Arbeitshaus. Für das Obdach sind 468 535 M. Ausgabe, 43 037 M. Einnahme, 425 498 M. Zuschuß angelegt, für das Arbeitshaus 503 444 M. Ausgabe, 180 017 M. Einnahme, 373 827 M. Zuschuß. Ob für 1902 wieder auf eine starke Inanspruchnahme des Obdachs gerechnet wird, darüber werden in den Erläuterungen widersprechende Angaben gemacht. Bald heißt es, die Frequenz des letzten Jahres werde in diesem Jahre „voranschätzlich nicht erreicht“ werden, bald wird im Gegensatz hierzu von der „auch für das Jahr 1902 zu erwartenden hohen Belegung“ gesprochen. Die Anläge sind aber meist der letzteren Eventualität angepaßt und gegen 1901 noch erhöht. Von den Ursachen der Frequenzzunahme wird im Obdachetat nirgends gesprochen. Dagegen wird im Specialetat 20, bei dem die Mietbeihilfen für Obdachlose ver-rechnet werden, auf die „ungünstigen Wohnungsverhältnisse“ hingewiesen, wegen deren „nicht nur keine Verminderung, sondern eher eine stärkere Belegung“ des Obdachs zu erwarten sei. Die im vorigen Jahre vom „Vorwärts“ aufgedeckten Mißstände im Obdach sollen zum Teil beseitigt werden, wofür der Etat einige Mehrforderungen bringt. Für das Arbeitshaus ist die gleiche Frequenz wie bisher angenommen. Wir fürchten indes, daß schon die allernächste Zeit dem Arbeitshaus eine erhebliche Zahl neuer Zusätze zuführen wird. Die Stadt hat offiziell zur Linderung der Arbeitslosigkeit ebenso wenig wie zur Linderung der Wohnungsnot; für die Opfer dieses doppelten Koistandes stehen lediglich das Obdach und das Arbeitshaus bereit.

Die **Waisenpflege**, die einen besonderen Teil des Armenwesens bildet, soll samt Fürsorge für die verwahrlosten Kinder 1 136 575 M. Zuschuß erhalten, bei 1 430 695 M. Ausgabe und 294 120 M. Einnahme. Hierzu müßten, genau genommen, auch die Unterstüßungen gerechnet werden, die die Armenverwaltung (siehe oben) für die bei der Mutter in „offener“ Waisenpflege verbleibenden „Pflegekinder“ zahlt. Für die „Kostkinder“, die in fremden Familien untergebracht werden, sind einige Veränderungen geplant (mehr Kostgeld, reichlichere Kleidung), über die die Stadtverordneten-Versammlung noch zu beschließen hat. Das Mehr an Ausgaben ist im Etat bereits vorgesehen. Erhöht werden soll auch die Entschädigung für die Veranlassung der Kostkinder. Die Begründung, die sich in den Erläuterungen findet, giebt zu denken. Es erweise „dringend geboten“, die Veranlassung der Berliner Pflegekinder zu erweitern, und auch eine Vergrößerung der Oberaufsicht sei „nötig geworden“. Seit wann und weshalb? Die es nicht bisher immer, daß in dieser Beziehung alles in bester Ordnung sei?

Zu den Gemeindevahlen.

Wilmerdorf. Im Bürgerium am Orte stehen sich jetzt der Liberale Verein und der Grundbesitzer-Verein gegenüber. Während letztere Organisation anscheinend klüme macht, sich mit den Reichstagen zu koalieren, haben die Liberalen beschlossen, selbständig Kandidaten aufzustellen. Jedoch kandidieren in der dritten Abteilung nur Hausbesitzer; der ausdrückliche Beschluß des Liberalen Vereins geht dahin, den von der Socialdemokratie aufgestellten Richtigeren keine Kandidaten entgegenzustellen.

Der Umstand, daß unsre Parteigenossen, soweit die Mietlandbauern in Betracht kommen, wahrscheinlich nur mit einem Segner

zu ihm haben, vereinsamt für die Arbeiterschaft den Wahlkampf wesentlich, dient ihr aber zugleich als Mahnung zur doppelten Wachsamkeit. Ohne Zweifel werden die vereinigten Reaktionäre und Hausagrarier alles thun, um auch in der dritten Abteilung zu reiten, was zu retten ist. Eine fleißige Agitation unter der Arbeiterschaft ist für uns auf alle Fälle erforderlich.

In Lanfviht findet die Wahl zur Gemeindevertretung bereits am Montag, den 3. März, abends von 6-9 Uhr, im Restaurant Berger, Mariensfelderstr. 9, statt. Unsere Parteigenossen haben den Schriftsetzer Franz Geisen-Kersting als Kandidaten proklamiert.

Die von den Grundbesitzervereinen zum Donnerstag einberufene Wählerversammlung war auch von Arbeitern stark besucht, da uns ein Lokal für eine eigne Versammlung nicht zur Verfügung steht. Genosse Geisen-Kersting vertrat in geschickter Rede den sozialdemokratischen Standpunkt auf kommunalpolitischem Gebiet gegenüber den bürgerlichen Parteien. An der Debatte beteiligten sich die Gemeindevertreter Tromm, Zinkler, sowie die Genossen Joch, Schmidt und Benzel. Die Versammlung nahm mit großer Majorität eine Resolution an, dahin lautend, daß sie sich mit den Ausführungen des sozialdemokratischen Kandidaten einverstanden erkläre und mit allen Kräften für die Wahl desselben eintreten werde. Die Gegner waren von dem programmwidrigen Verlauf der Versammlung natürlich sehr verblüfft.

Tempelhof. Am Dienstagabend 8 1/2 Uhr findet bei Edel, Germaniastr. 20, eine Versammlung des Wahlvereins statt. Genosse Jubeil spricht über: „Die Ursachen der Arbeitslosigkeit“. Ein weiteres Thema bildet die bevorstehende Gemeindevorwahl in Tempelhof. Da die Tagesordnung sehr wichtig ist, so werden alle Parteigenossen von Tempelhof ersucht, in dieser Versammlung zu erscheinen.

In unfrem gestrigen Bericht über die Wahlbewegung in Nowawes ist uns ein Irrtum unterlaufen, indem die Wahlen am 3. März nicht in Nowawes sondern in **Reuendorf** stattfanden. In Nowawes ist der Wahltermin auf den 18. März angelegt. In Reuendorf ist Genosse Dumerniz als Kandidat aufgestellt; in Nowawes kandidieren die Genossen Buchbruder Hoffmann, Maurer W. Wagner und Restaurateur Hinkel.

Die zum Montag für Reuendorf angekündigte Wählerversammlung kann nicht stattfinden, da Herr Blau die Vergabe seines Saales nachträglich verweigert hat.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Nieder-Schöneweide. Der Wahlverein hält heute Abend 8 1/2 Uhr, bei Franz, Grünauerstr. 5, seine Versammlung ab.

Lichtenberg-Friedrichsberg-Wilhelmsberg. Am Montag, den 3. März, sind in den 12 Bezirkslokalen die Bezirksräte des Wahlvereins zum Kassieren der Beiträge von 8 Uhr abends anwesend. Die Mitglieder werden zur regen Inanspruchnahme dieser Einrichtung aufgefordert. Die „Vorwärts“-Expedition befindet sich nach wie vor: Frankfurter Allee 107.

In Müggelheim, Lokal des Herrn Brig, findet Sonntag, nachmittags 2 Uhr, für die Orte Müggelheim, Gosen, Ritzau und Bernsdorf eine Volksversammlung statt. Zahlreiche Beteiligung ist geboten.

Tokales.

Gefährliche Nieselfelder.

Eine schwere Gefahr für die Gesundheit bilden die Nieselfelder der Strafanstalt Plöhensee, welche nach einem und zugehenden Bericht in durchaus ungewöhnlicher Weise angelegt sind. Die zur Verlebung bestimmten Wasser bedürfen eines Sandbodens, wenn sie ihren Zweck erfüllen sollen; hier aber ergießen sie sich auf ein Gelände, das zum Teil Moorboden als Untergrund hat, den schlechtesten, den man sich denken kann. Auch die Größe der Nieselfelder ist in Plöhensee ungenügend. Für städtische Kanalanlagen rechnet man 1 Hektar auf je 100 Köpfe der Einwohnerzahl; bei besonders günstiger Vorflut genügt 1 Hektar auf 200 Köpfe. Die Vorflut der Plöhensee Nieselfelder besteht aber nur aus einem stagnierenden schmalen Graben, der „Krummen Lanke“, die nach einem Lauf von 200 Metern in den Verbindungskanal mündet. Und doch ist für die Schmutzwasser der 2500 Personen, die sich durchweg in der Strafanstalt befinden, nur 1/2 Hektar Fläche vorhanden. Auf den Hektar kommen also 400 Personen, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß in der vegetationslosen Zeit fast die ganze Jauche dem südlichen, nur 1/2 Hektar großen Nieselfelde zugeführt wird. Verschlimmernd kommt noch in Betracht, daß es in Plöhensee keine Drainage gibt. Die durch solche ungewöhnliche Wirtschaft hervorgerufenen Uebelstände hat ein Sachverständiger, Prof. Vogel, in einem in der Fachzeitschrift „Das Wasser“ am 8. März 1901 veröffentlichten Gutachten geschildert. Das Urteil des genannten Sachverständigen lautet:

„Es ist als unzweifelhaft feststehend anzusehen, daß fortgesetzt außerordentlich große Mengen Nieselwasser von den Plöhensee Nieselfeldern, teils auf oberirdischem, ganz besonders aber auf unterirdischem Wege auf die benachbarten Grundstücke abfließen. Die oberirdisch abfließenden Nieselwässer befinden sich im Zustande der rohen Jauche, bringen also beim Ueberfließen dieselben Gefahren in hygienischer und sonstiger Beziehung mit sich, welche rohe Spüljauche verursachen kann. Die unterirdisch abfließenden Nieselwässer sind so gut wie gar nicht auf dem Nieselfelde gereinigt worden, jedenfalls aber ist weitest die größere Hälfte der Verunreinigungen in denselben verblieben, insbesondere gilt dies, so weit es sich um faulnisfähige organische Substanzen handelt. Dieselben können infolge dieser starken Verunreinigung nach meiner Ueberszeugung wesentlichen Schaden anrichten.“

Aus den Beobachtungen des genannten Sachverständigen ergibt sich, daß das Grundwasser der ganzen Nachbarschaft verunreinigt sein muß; es werden aber auch auf oberirdischem Wege dem Vorfluter der Nieselfelder, der nur etwa 50 Meter entfernten Krummen Lanke, welche nach kurzen Lauf in den Verbindungskanal mündet, täglich große Mengen der rohen, ungerinigten Jauche zugeführt. Welch eine schwere gesundheitliche Schädigung dadurch entsteht, braucht nicht erst gesagt zu werden. Aber noch eine andere Gefahr lauert in nächster Nähe. Die Krumme Lanke erweitert sich stellenweise zu seecartigen Flächen, aus welchen zur Winterzeit in großen Mengen Eis entnommen und in den Handel gebracht wird. Ein Tropfen enthält unzählige Bakterien, und dies Eis kommt in den Handel und wird im Haushalt verwandt.

Eine Abhilfe läßt sich verhältnismäßig leicht dadurch schaffen, daß Charlottenburg sehr bei der Erweiterung seines Kanalisations-Systems auch Plöhensee darin aufnimmt, was um so notwendiger wäre, als die Nieselfelder zum Teil auf Charlottenburger Gebiet liegen und das in Betracht kommende Terrain zur Bebauung bestimmt ist.

Die Geheimnisse des Hof-Theaters.

In der „Zukunft“ liest man folgende erbaulichen Andeutungen:

„Geheimrat Pierson, der seit Jahren fast allmächtig über die Berliner Hofbühnen herrschte, ist plötzlich gestorben. Am Herzschlag, hieß es. Der König von Preußen ließ nicht, wie er's in solchen Fällen immer thut, seine Teilnahme ausdrücken. Die

Jugendanzug verfiel über mindestens fünf für eine Trauerfeier geeignete Säle, von denen drei leerstehen; für die Pierson-Feyer aber wurde ein Privatlokal gemietet. Unmittelbar vor dem Tode des Mannes, der als selbständiger Geschäftsführer sein ganzes Vertrauen besaß, hatte der Generalintendant Graf Hochberg sein Entlassungsgesuch eingereicht, das nun „vorläufig“ abgelehnt wurde. Vom Hausministerium oder von einer andern Kontrollbehörde war das Rechnungswesen der Hoftheater beanstandet worden.

Da so seltsame Umstände zusammentrafen, drangen natürlich allerlei dunkle Gerüchte aus dem Coulissenreich in die noch höhere Welt. Eine auf Empfehlung des Hof-Schauspielers Fürsten Eulenburg engagierte Schauspielerin soll ihrem Protektor Phili den unglücklichen Zustand der Hofbühnen geschildert haben, der auf dem Umweg über Wien dann auch dem Kaiser bekannt wurde. Ein Riesendefizit soll erwidert sein; und so weiter. An Dementis hat es nicht gefehlt; nur glaubt ihnen niemand. Sicher ist erstens, daß ein Lieferant, den man mit dem Kommerzienratstitel besänftigt zu haben glaubte, die Verwaltung nach seiner Ernennung mit einer Forderung überrascht hat, deren Höhe Entsetzen erregte; zweitens, daß die Herren Hochberg und Pierson in Ungnade gefallen waren; und drittens, daß die finanzielle Lage der Hofbühnen schlimm ist. Der Geheimrat ist also jedenfalls in der für ihn günstigsten Stunde gestorben. Weit genug hat er's gebracht. Ein Titel, der in Preußen sonst ein langes Gelebensleben freud und den Stadtdirektor im Schwelge ihres Angesichts erstreben, ward dem früheren Buchhändler in jungen Jahren verliehen und ihm, der nicht die geringste Theatererfahrung hatte, wurden die beiden ersten Bühnen des Reiches unterstellt. Was er wollte, geschah. Sommermüden, die ihm seine Freunde empfahlen, wurden ohne Bedenken für's Hoftheater angeworben. Er ließ abgespielte Operetten von einem zusammengekauften Personal aufführen, das ebensowenig wie das Orchester je dem Hoftheater-Berband angehört hatte, und ruhigen Mutes auf den Zetteln druckte: Neues königliches Opern-Theater. Das Repertoire war in Oper und Schauspiel erdämlicher als je. Auf den Proben that jeder, was er wollte. Dichter und Komponisten, die neue Werke zur Prüfung einreichten oder sich mit Fragen an Pierson wandten, bekamen keine Antwort. Empörte Mitglieder wurden mit Versprechungen gestopft, die nie gehalten wurden. Das Alles und Kergeres noch war bekannt. Kein Sterbendwörtchen aber drang in die Zeitungspalten; denn der Geheimrat, der unsägliche Holzbock hat's ausgeplaudert, hatte „der Presse den ihr gebührende Platz angewiesen“. „Die ihr gebührende Plätze“ wäre richtiger gewesen; der stets liebenswürdige, gewandte Mann gab, auch wenn die Menge sich an die Kassen drängte, den Journalisten so viele Freibillets, wie sie haben wollten. Kein Wunder, daß sie ihn aufrichtig betrauern, daß ihre tausendfach bewährte Schamlosigkeit auch vor rühmenden Retrologen nicht zurückschalt. Jedem, der die skandalöse Hoftheaterwirtschaft nach Pflicht und Recht tabelte, wurde entgegen: Was wollen Sie? Pierson hat das Defizit weggewaschen! Auch dieser Schwindel ist jetzt enthüllt. Trotzdem die Berliner Hofbühnen einen Tiefstand erreicht haben, der selbst in den ältesten schlimmsten Zeit undenkbar gewesen wäre, trotzdem das Repertoire geschändet, das Ensemble verunstaltet ist, hat die Aera Pierson nun mit einem Finanztrach geendet. Der Mann, der ihr den Namen gab, ruhe in Frieden; ohne die Hilfe der Prekamorra hätte er sein Werk nicht zu vollenden vermocht.“

So erzählt die „Zukunft“. Es ist zwar nur ein Hoftheater-Skandal, und doch spiegelt sich in ihm mehr als nur die breitere Welt der Aera — Pierson. Die Piersons sind überall am Werke, um den Krach zu organisieren und zu verhehlen. Das Reich des Hoftheaters ist größer als Opern-, Schauspielhaus und Kroll. —

Die Frage der Linden-Ueberquerung wurde gestern im preussischen Abgeordnetenhaus zur Sprache gebracht. Als bei der Beratung des Etats des Polizeiministeriums das Kapitel Berliner Polizeiverwaltung zur Erörterung kam, führte Landtags-Abgeordneter Kreiling an, daß die Stadt Berlin die von ihr angekauften Straßenbahnlinien erworben habe, weil sie aus dem Schreiben des Ministers die feste Zuversicht entnehmen mußte, daß der König die Genehmigung zur Ueberquerung der Linden erteilen würde. Herr Kreiling wies dann auf die Unmöglichkeit hin, einen Tunnel unter die Straße hindurchzuführen, und bat unter Vorbringung einiger höchst lokaler Komplimente nach oben den Minister, daß er die ganze Angelegenheit noch einmal dem Könige unterbreite und für die Ueberquerung ein gutes Wort einlegen möge. Der Minister v. Hammerstein begnügte sich damit, die Loyalität zu loben, mit der Herr Kreiling paradiert hatte, und verschonte sich im übrigen hinter dem Einwand, daß die Angelegenheit nicht ihn, sondern den Eisenbahnminister angehe. Der freisinnige Abgeordnete Dr. Krüger-Adnigberg war etwas energischer als Herr Kreiling. Als der Vorgesetzte des Polizeipräsidenten sei der Minister des Innern in der Sache zuständig, es müßten in der Entscheidung über die Lindenfrage unverantwortliche Zustände mitgewirkt haben; der Minister möge den besonnenen technischen Zuständen das nötige Gehör verschaffen. Nachdem der nationalliberale Abgeordnete Reichard noch gegen die Ueberquerung gesprochen hatte, verließ man den heiklen Gegenstand. Im preussischen Parlament ist freisinniger Abgeordneter eine Angelegenheit, die das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden, wie es in Preußen verstanden wird, blendend grell beleuchtet, gerade gut genug, um ein paar loyale Phrasen an den Mann zu bringen. Kann man es da dem Minister verdenken, daß er so bequem wie möglich einer unangenehmen Erörterung aus dem Wege zu gehen sucht?

Von der Hochbahn. Um dem Drängen an den Schaltern vorzugehen, sieht die Hochbahn jetzt auch Villentaumaten ein. Auf dem Untergrund-Bahnhof Potsdamerplatz ist damit der Anfang gemacht worden. Der hier stehende Villentaumat unterscheidet sich von den andern dadurch, daß man nach Einwurf des Geldstückes nicht an einem Griff zu ziehen braucht, vielmehr das Billet sofort von selbst herausfällt. Der erste Betriebsunfall auf der Hochbahn hat sich gestern nachmittags kurz nach 5 Uhr zwischen Bahnhof Mordendbrücke und Hallesches Thor ereignet. Als ein Zug in die Halle einfahren wollte, brante beim Ausschalten des Stromes die im Innern des Motorhauses befindliche Sicherheitsvorrichtung durch, so daß der Zug nicht von der Stelle konnte. Er mußte von dem nachfolgenden Zuge in die Halle geschoben werden. Immerhin aber hatte der kleine Unfall die Folge, daß noch ein dritter Zug, der einfahren wollte, auf der Strecke halten mußte.

Ueber die Verbreitung von Krankheitserregern durch Geschir, Messern und Gabeln, äußert sich Prof. v. Esmarch in der „Hygien. Rundsch.“ Er führt dabei u. a. aus: „In der Reinigung der nötigen Gebrauchsgegenstände wird von unsren Hausfrauen noch viel gefündigt, und doch steht es fest, daß gerade ihnen vielfach die Rolle der Krankheitsübertragung zufällt.“ v. Esmarch infizierte eine Gabel mit Tuberkelbazillen, legte sie darauf fünf Minuten in heißes Wasser von 50 Grad und wuschte sie dann mit einem trocknen Tuch ab. Die Keime waren trotzdem noch so lebensfähig, daß man ein Tier damit tödlich infizieren konnte. Um die beste, alle Keime tödende Reinigungsmethode zu finden, stellte Esmarch verschiedene Versuche an. Er brachte dem Rande von Wassergläsern verschiedene Bakterien bei, ließ sie abtrocknen und reinigte die Geräte dann nach allgemein üblichem Brauch, das heißt ließ sie mit kaltem Wasser spülen und dann mit einem trocknen Tuch polieren. Die

Untersuchung ergab, daß noch zahlreiche Keime am Rande des Glases saßen. Selbst heißes Wasser von 50 Grad konnte sie nicht vernichten. Nur wenn die Geräte fünf Minuten darin liegen blieben, gingen die Keime ein. Da lauchendes Wasser den Gläsern, Bestecken z. u. dessen schadet, experimentierte der Gelehrte weiter. Seine Versuche brachten ihn auf Soda, und er empfiehlt nun eine Mischung von 20 Gramm Soda auf 1 Liter 50 Grad heißes Wasser; diese löst innerhalb einer Minute alle Bakterien an Gläsern, Bestecken und Geschir. Esmarch verlangt, daß diese Reinigungsart zwingendweise in Restaurationen und Hotels eingeführt werden solle, da hier die Gefahr, durch einen Vorgänger in der Benutzung des Bestecks zu erkranken, besonders groß ist.

Für die Anschaffung von Büchern, Zeitschriften und Zeitungen zur Vermehrung des Lesestoffes in den Volksbibliotheken und Lesehallen, sowie zur Ergänzung des Bücherbestandes hat der Magistrat 80 000 M. bewilligt, wozu aber die Stadtverordneten noch ihre Zustimmung erteilen müssen. Die größte Frequentation zeigen die Volksbibliotheken in der Köpenicker, Ravens- (Wedding) und Wilmshöhe. Jährlich werden dort 80-120 000 Bände verliehen. Die Bücher in den 17 Berliner Volksbibliotheken und städtischen Lesehallen repräsentieren einen Wert von mehr als 300 000 M. In diesem Jahre sollen die Volksbibliotheken in der Langestraße 76, Thurnstraße 86, Schmidtstraße 16, Albrechtstraße 16, Chorinerstraße 74, Ravensstraße, Fruchtstraße 38 und Schlesischestraße 4 vollständig neu mit Büchern ausgestattet werden.

Wissenschaftliche Ballonfahrten. Am Donnerstag, den 8. März, findet in den Morgenstunden eine internationale wissenschaftliche Ballonfahrt statt. Es steigen benannte und unbemannte Ballons auf in: Troppe, Paris, Straßburg, München, Wien, Krakau, Berlin, Petersburg, Peking, Blue Hill Observatory bei Boston U. S. A. Der Führer eines jeden unbemannten Ballons erhält eine Erlaubnis, wenn er von jedem Ballon beigegebenen Instruktion gemäß den Ballon und die Instrumente sorgfältig birgt und an die angegebene Adresse sofort telegraphische Nachricht sendet. Auf eine vorrichtige Behandlung der Ballons und Instrumente wird besonders aufmerksam gemacht. Um Irrtümer zu vermeiden wird darauf aufmerksam gemacht, daß für Hilfestellungen beim Landen eines benannten Ballons besondere Vergütungen bezahlt werden, deren Höhe jedesmal von dem Ballonführer festgestellt wird.

Die neuen Postwertzeichen, welche vom 1. April d. J. ab für das Reichsgebiet und für Württemberg gemeinsam gelten sollen, werden vom 20. März ab verkauft werden, gelten aber erst zur Frankierung vom 1. April ab. Die jetzt unlaufsähigen Postwertzeichen gelten nur bis 31. März einschließlich; unverwendet gebliebene Reichs-Postmarken können in der Zeit vom 20. März bis Ende Juni d. J. bei den Postanstalten gegen neue Postwertzeichen (nicht gegen Barzahlung) umgetauscht werden. Höchstwahrscheinlich wird die böse Anordnung, daß die jetzt gültigen Briefmarken nach dem 1. April überhaupt nicht mehr benutzt werden dürfen, dem Publikum kaum genügend bekannt werden und daher Verdrüsslichkeiten sonder Zahl im Gefolge haben.

Ein Diebstahl, wie er in der Berliner Verbrechergeschichte noch nicht vorgekommen ist, beschäftigt die Polizei. Eine reiche Familie im Westen der Stadt besaß einen sehr kostbaren Schmuck, der stets in einem feuerfesten Schrank aufbewahrt wurde. Vor einigen Tagen zog man den Schatz wieder einmal ans Licht, um ihn zu reinigen, und machte nun die unliebsame Entdeckung, daß in vielen Stücken die wertvollen Edelsteine durch Raschmung zu eretzt waren. Brillanten von 1/2, 1/4, 1/8 bis 1 Karat waren herausgebrochen und hatten wertlosen mechten Steinern Platz gemacht. Aus einem Halskettchen, der mit mehreren Dutzend Steinen besetzt ist, waren drei kleine Brillanten entwendet und durch Fälschungen ersetzt, aus einem Haarschmuck, einem Reiferstuck mit Verzierungen und Halbmond, ein großer Brillant, ebenso aus einem großen Korallenring, der als Brosche getragen wird, und aus einer Vierblattmuschel mehrere größere Brillanten aus Fassungen, die auf anderen Schmuckstücken aufgeschraubt werden, einer aus einem goldenen Armband. Man nimmt an, daß der Diebstahl von einem Hausdieb verübt worden ist. Das kann schon vor Jahresfrist geschehen sein. Denn seitdem wurden die Pretiosen erst wieder in Einzelnen gründlich gefändert, und ohne eine genaue Einzelbesichtigung wäre der Diebstahl nicht entdeckt worden. Wahrscheinlich hat die Dieb die Steine durch einen Fachmann herausnehmen lassen. Er wird diesem vorgereicht haben, daß sie anders verwendet und nur vorläufig durch Nachbildungen ersetzt werden sollten. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß derselbe Fachmann die herausgebrochenen Steine im Auftrag des Diebes, den er für den Eigentümer hielt, gleich zu anderer Verwendung neu gefast hat. Auf die Ermittlung der gestohlenen Brillanten steht der Bestohlene eine Belohnung aus. Vielleicht erinnert sich ein Juwelier eines Vorganges, wie er hier vermutet wird, und klärt die rätselhafte Geschichte auf.

In der Examenangst. Das Berliner Tageblatt berichtet: Auf einem hiesigen Realgymnasium sind bei der letzten Abiturientenprüfung böse Dinge vorgekommen, die für einzelne der Beteiligten verhängnisvolle Folgen haben können. Die Abiturienten — 19 an der Zahl — standen seit Mitte voriger Woche im Examen und hatten bereits den größten Teil der schriftlichen Thematata erledigt, als die Prüfung plötzlich abgebrochen wurde. In das Amtszimmer des Direktors war eingebrochen, und man hatte an dem bereits abgelieferten Examenarbeiten Korrekturen vorgenommen. Aufgehoben waren auch bei dieser Gelegenheit die noch zu bearbeitenden Thematata in die Hände der Abiturienten gelangt. Kurz nach Eröffnung der Untersuchung meldete sich ein Abiturient als Täter. Er ist der Sohn des in einem Berliner Vororte wohnhaften Banneisters H. und wurde sofort aus der Anstalt verwiesen. Ueber seine Mitschuldigen verweigerte er die Aussage, doch steht bereits fest, daß wenigstens noch zwei Mitschüler an dem Einbruch beteiligt waren. Die Abiturienten bewahren über den Vorfall strengstes Stillschweigen.

Lebhafte Beunruhigung hat im Südosten der Stadt die Wahrnehmung der Einwohner und Straßenpassanten hervorgerufen, daß ein 1 1/2 Meter langes, gebogenes Verbindungsstück an einem Hochbahnviadukt sich beim Passieren der Hochbahnzüge hin und herbewegt und man mußte daran die Befürchtung, daß der Viadukt an dieser für schädlich gehaltenen Stelle — sie befindet sich gegenüber dem Hause Slakerstraße 2 — bald zusammenstürzen werde. Zur Veruhigung wird mitgeteilt, daß es sich hier nur um eine sogenannte Maste — ein dekoratives Füllglied der Eisenkonstruktion — handelt, das absolut nichts zu halten hat und daher auch ohne Gefahr ganz herausgenommen werden kann. Diese Maste ist übrigens absichtlich nicht fest vernietet worden, damit die beiden aneinanderstoßenden Konstruktionsstelle — wegen der Temperaturausdehnung und Belastungs-Durchbiegung — eine gewisse Beweglichkeit erhalten.

Eine Explosion in einem Straßenbahnwagen verursachte gestern abend in Charlottenburg Aufsehen. Der Akkumulatorenwagen 213 stand gegen 7 Uhr auf dem Bahnhof Westend zur Ws-fahrt bereit. Als der Wagenführer Strom gab, um nach der Haltestelle in der Spandauerstraße vorzufahren, erfolgte im Wageninnern eine Explosion. Dieselbe war so heftig, daß die Sitzbänke von den Wänden abgerissen und hochgeschleudert wurden und eine Scheibe des Waggons zertrümmerten. Glücklicherweise befanden sich noch keine Passagiere im Wagen. Die Explosion wurde hervorgerufen durch eine ungewöhnlich starke Säureansammlung in der Batterie, die bei dem Unfall natürlich zerstört wurde.

Von einem Eisenbahnwagen gelöst wurde gestern, Donnerstag, nachmittags, kurz nach 3 Uhr, der 44 Jahre alte Rangiermeister Szpuloski, der im Eisenbahndienste seit 21 Jahren beschäftigt war und am Weidenweg Nr. 79 wohnte. Szpuloski war gestern nachmittags auf dem Schlesischen Bahnhof im Personenverkehr mit Rangieren beschäftigt, alitt vom Trittbrett eines Wagens ab, der unmittelbar hinter der Maschine lief, und fiel zwischen Maschine und Wagen so unglücklich auf die Schienen, daß ihm ein Rad den Kopf

Vom Kampfe trennte. Der Verunglückte hinterläßt eine Frau und eine 16jährige Tochter.

Die eisenbahnrechtliche Anstaltsstelle auf dem hiesigen Anhalter Bahnhof wird am 1. April d. J. geschlossen. Von da an kommen alle amtliche Anstaltsstellen, in denen wenigstens mündlich und schriftlich (event. auch mittels Fernsprecher) Auskunft erteilt wird, für Berlin nur noch in Betracht: 1. das Anstaltsbüro auf Bahnhof „Alexanderplatz“ für alle Angelegenheiten des Personen-, Gepäck-, Vieh- und Güterverkehrs, 2. das amtliche Reisebüro auf dem Potsdamer Bahnhof für alle Angelegenheiten des Personenverkehrs und 3. die Anstaltsstelle auf Bahnhof „Friedrichstraße“ für alle Angelegenheiten des Personenverkehrs, soweit derselbe Berlin berührt. Selbstverständlich werden daneben nach wie vor am Schalter sämtlicher Berliner Fern- und Nahbahnhöfe Anfragen über Fahrpreise, Zuganschlüsse etc. beantwortet, welche den Verkehr dieser Bahnhöfe betreffen.

Das diebstahlverdächtige Kleinen unter Umständen auch noch seinen Mann nähert, stellte sich bei der Festnahme zweier Personen in einem hiesigen Hotel heraus. Wie wir schon mitteilten, wurden in der letzten Zeit sehr viele Korridorbstahlfälle verübt. Nach der Festnahme eines gewissen Kress wurde noch ein zweiter „Specialist“ Namens Glaser erwischt, der ebenfalls in der Weise vorging, daß er einen Dietrich unter seinem Taschentuch in der rechten Hand verbarg. Die weiteren Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben, daß beide Mitglieder einer Spezialistenbande sein mußten. Deren Sitz eroberte man nun gestern in einem Hotel am Schlesischen Bahnhof. Hier wohnten seit einigen Wochen zwei Reisende aus der Provinz, die mit ihren Frauen einen guten Tag lebten. Die Nachforschungen, die die Kriminalpolizei wegen der Korridorbstahlfälle anstellte, führten auch nach dem Hotel und ergaben, daß die Reisenden Einbrecher Namens Geier und Schulte sind, die ihren ganzen Aufwand lediglich aus dem Ertrag von Diebstählen bestritten. Ihre Ehefrauen entpuppten sich als ehemalige Dienstmädchen, die außer Stellung und in Not geraten waren. Als Geier und Schulte eine Frau festgenommen, die im Centrum der Stadt ein Lombardengeschäft betrieb und sich den Anschein großer Reichtum gab, obwohl sie erst vor kurzem eine sechsjährige Zuchthausstrafe abgeleistet hatte.

Auf der städtischen Gasanstalt in der Danzigerstr. 61. Ede der Grotswalderstraße, hat sich am Freitagmorgen gegen 4 Uhr ein sehr bedauerlicher Unfall ereignet. Dort sind infolge zu großer Belastung eine Reihe gewölbter Gasöfen eingestürzt. Ein Arbeiter wurde unter den Trümmern begraben, aber schnell von seinem Kollegen, noch vor Ankunft der sofort alarmierten Feuerwehr, gerettet und nach dem städtischen Krankenhaus am Friedrichshain gebracht, wo man starke Verletzungen des Kopfes feststellte. Außerdem war dem Kermsten, der verheiratet ist, der rechte Unterarm abgerissen. Der Einsturz des einen Gewölbes erfolgte nach den Angaben der beteiligten Arbeiter plötzlich, so daß sich der Arbeiter A. Schmidt, der am nächsten stand, nicht mehr retten konnte. Die übrigen dort Beschäftigten stürzten eiligst davon, während die übrigen Gewölbe noch und nach unter dem großen Druck zusammenstürzten. Dadurch gewonnen die Arbeiter genügend Zeit, sich in Sicherheit zu bringen. Die Feuerwehr räumte die Unfallstätte auf und räumte, da keine Gefahr mehr wahrzunehmen war, bald wieder ab. Eine Betriebsunterbrechung findet nicht statt, auch wird die Betriebsführung bald beibehalten sein. Das Befinden des Arbeiters war abends noch besorgniserregend, doch geht man Hoffnung, ihn am Leben zu erhalten. Wegen der Ursache des Einsturzes der Gewölbe ist sofort eine Untersuchung eingeleitet worden.

Auch ein Geständnis. Wegen Diebstahls nahm die Kriminalpolizei einen Klempner Stephan fest, der schon wiederholt bestraft ist. Der Verhaftete legte das „Geständnis“ ab, daß er gestohlen habe wie ein Mäde. Aber wo und was alles, das wisse er beim besten Willen nicht mehr, das müßten ihm Kriminalpolizei und Staatsanwalt schon nachweisen. Seine Wohnung will Stephan mit seiner Geliebten in einer Laube in Treptow gehabt haben. In seinem Besitz fand man u. a. eine Waage und eine kostbare Silberpelz-Garnitur, die er vor höchstens acht Tagen erbeutete und deren Eigentümer man noch nicht kennt.

Schwere Brandwunden zog sich gestern vormittags der vierjährige Sohn Otto des Arbeiters August Dreßler, Hochstr. 22 wohnhaft, zu, als er in der Küche der Eltern Kohlen auf den Stockherd werfen wollte. Er rief dabei einen mit kochendem Wasser gefüllten Kessel herab, dessen Inhalt sich über seinen Leib ergoß. Der Unglückliche hatte so schwere Brandwunden erlitten, daß er dem Krankenhaus in Friedrichshain zugeführt werden mußte.

In die Kreidstraße geriet Donnerstagnachmittag der in der Dampfmaschinenstraße von Reichelt in der Schweinmünderstr. 79 beschäftigte Arbeiter Robert Gobel. Er trug dabei so schwere Verletzungen davon, daß er in ein Krankenhaus geschafft werden mußte. Dasselbe Unglück hatte der Tischler Karl Rammischat, der in der Fabrik für Pianofortemechanik von Gens u. Co., Blumenstr. 77, arbeitete. Auch er mußte dem Krankenhaus überliefert werden.

Ueberrfahren wurde gestern abend gegen 9 Uhr die 43jährige Frau Ottilie Lenz aus der Rheinbergerstraße 22. Frau Lenz wollte über den um diese Zeit stark belebten Damm gehen, als ihr ein Kollwagen entgegenkam und entgegengefahren ein Geschäftswagen, so daß sie keinen Ausweg mehr fand. Sie kam unter den Kollwagen zu liegen und zwar so unglücklich, daß ihr die Rippen über Brust und Arme gingen. Auf dem Transport nach dem Lazarus-Krankenhaus verstarb die Frau.

Feuerbericht. Freitag früh wurde die Wehr nach der Stallierstraße 33 gerufen. Hier war in der Teppichreinigungs-Anstalt von Wollstein u. A. ein Brand entstanden, der den Fußboden und die Balkenlage ergriff. Kurz vorher brannte in der Fuhlfelderstr. 34 Damp in einer Grube. Früh 2 Uhr wurde in der Viktorstr. 105, jedenfalls infolge eines wogeworfenen glühenden Strohholzes ein Treppenläufer und die Treppe durch Feuer beschädigt. Nach der Sturfschleuse. 20 wurde die Wehr gerufen, weil sich hier ein Posten Drehbohlen entzündet hatte. Warmierungen aus Strohlauer Straße 33a und Leipzigerstr. 63 betrafen Brände, die hauptsächlich den Fußboden und die Balkenlage beschädigten. Außerdem hatte die Wehr noch Alarm von der Chausseestr. 49/50 und Invalidenstr. 94 aufzuweisen. In beiden Fällen handelte es sich um Wohnungsbrände, die noch im Entstehen unterdrückt werden konnten.

Orgelkonzert. Die Hofopernsängerin Fräulein Marianne Hädel, Lehrerin am Eichelberg'schen Konservatorium, Frau Charlotte Fischer, Fräulein Martha Bräuner, Fräulein Anna Dietrich, Fräulein Margarete und Ella Schubert und ein Chor aus Schillerinnen von Fräulein Hädel, ferner der Violonist Herr Hermann Spöndly und der Organist Herr Paul Geier wirken mit beim Dienerischen Orgelkonzert in der Marienkirche am Montag, den 3. März, abends 7 1/4 Uhr. Der Eintritt ist frei.

Der nächste Vortragabend des Vereins „Berliner Presse“, Dichterin u. a. abend, findet am Donnerstag, den 6. März, im großen Saal des Architektenhauses statt. Eintrittskarten sind zu haben in den Buchhandlungen von Amelung, Potsdamerstr. 126; Lazarus, Friedrichstr. 66; Sproet u. Peters, Unter den Linden 43; Bonte, Potsdamerstr. 13, und im Berliner Presseklub, Charlottenstr. 37 (Zahrgeld).

Aus den Nachbarorten.

In der Sitzung der Rixdorfer Stadtverordneten-Versammlung vom 27. Februar wurde der neu gewählte unbedeutende Stadtrat Dr. Poppe vereidigt und in sein Amt eingeführt.

Die Beteiligung der Vertreter der dritten Wählerabteilung, das heißt der Sozialdemokraten, an den Deputationen führte wieder einmal zu einer sehr lebhaften Debatte. Nachdem man schon vorher bei der Wahl von drei Mitgliedern, zwei Stadtverordneten und einem Bürgerdeputierten, für das Sparfassenkuratorium die Sozialdemokraten trotz Protestes übergegangen

hatte, wollte man dies auch bei der Wahl von vier Stadtverordneten zur Verstärkung der Deputation für die höhere Lehranstalt thun. Die verlässliche Deputation soll entscheiden über die Frage, ob die höhere Lehranstalt zu einem humanistischen Gymnasium oder zu einem Realgymnasium ausgebaut werden solle. — Rechtsanwalt Abraham Schlug die vier Herren vor und meinte namens der großen Wählerfraktion, daß man „diesmal“ absehen wolle davon, auch einen Sozialdemokraten zu wählen, da es hauptsächlich darauf ankomme, Fühlung mit den Hausvätern zu nehmen, deren Kinder die höhere Schule besuchen oder besuchen sollen. Das könnten besser solche Leute, die ständig mit jenen verkehrten, was bei den Herren der dritten Abteilung nicht der Fall wäre etc. etc. — Stadtverordneter Dr. Silberstein (Soc.) wandte sich energisch dagegen, daß die Sozialdemokraten ein geringeres Interesse an der Ausgestaltung des höheren Schulwesens hätten als die andern Herren. Tatsächlich wolle man bürgerlicherseits hier nur keine Macht gebrauchen und weiteren Sozialdemokraten (der Deputation gehören zwei an) fernhalten. Man beabsichtige eine Ungerechtigkeit. Wenn, wie Abraham angeführt hätte, einige Gemeinden wirklich unzuständig genug seien, Sozialdemokraten nicht oder fast nicht in Deputationen zu nehmen, dann dürften sich anständige Leute nicht darauf berufen. Die ganze Angelegenheit sei übrigens eine technische Frage, bei deren Entscheidung es auf „Fühlung“ mit den Eltern gar nicht ankomme. — Herr Wolf erklärte sich für einen großen Feind der Sozialdemokratie, der aber in Schindlingen selber Sozialdemokrat sei. (Allgemeines Erstaunen.) Er sei deshalb für Herrn Ostermann. Schließlich wurde die Verstärkung der Deputation beschlossen und außer Roy, Just und Wilschke auch Ostermann (Soc.) mit 5 Stimmen Majorität gewählt. — Der Wahlspruch hat sich in seiner Mehrheit dafür entschieden, daß das Urteil des Bezirksausschusses in Sachen Kaufmann, das Kaufmann zum Stadtverordneten für gewählt erachtet, durch Berufung angefochten wird. Die Stadtverordneten-Versammlung erklärte sich damit einverstanden.

Rixdorf. Gestern haben die Wahlen der Arbeitgeber zum Gewerbegericht stattgefunden. Im dritten Bezirk wurden die vom Gewerkschaftskomitee aufgestellten Genossen Gahwirth Pfeiffer und Webermeister Kant mit 14 gegen 6 Stimmen, welche auf die Gegner fielen, gewählt. In den übrigen drei Bezirken siegten die Gegner. Die Kandidaten des Gewerkschaftskomitees erhielten recht erhebliche Minoritäten.

Schöneberg. Von unseren Genossen und mit Unterstützung einiger bürgerlicher Stadtverordneter ist ein Antrag an das Kollegium gelangt, die Löhne der städtischen Arbeiter folgendermaßen zu erhöhen: Den Satz von 2,75 auf 3 M., von 3,25 auf 3,50 M., von 3,50 auf 3,75 M., von 3,75 auf 4 M. und von 4 M. auf 4,25 M. Diese Angelegenheit dürfte bereits am nächsten Montag, nachdem sie schon einmal zurückgestellt war, zur Verhandlung kommen. Es steht zu erwarten, daß sich die Versammlung auch hier, wie seinerzeit bei der Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses für die hiesigen Lehrer, zustimmend verhalten wird, umso mehr, als eine Gleichstellung mit den Berliner städtischen Arbeitern schon längst Bedürfnis ist.

Brig. Die fünf Vorstandsmitglieder des sozialdemokratischen Wahlvereins waren im November vorigen Jahres vom hiesigen Amtsvorsteher jeder mit einem Strafmandat in der Höhe von 15 M. bedacht worden, weil sie den neugewählten Vorstand des Vereins nicht besonders angemeldet hatten. Auf die beantragte gerichtliche Entscheidung fand dieser Tage vor dem Rixdorfer Schöffengericht Verhandlung statt. Auf Grund einer am 16. Oktober 1899 gefällten Kammergerichts-Entscheidung wurden sämtliche Angeklagten freigesprochen, und die Kosten der Staatskasse auferlegt. Der Richter führte begründend aus, daß die Anklage auf § 2 des Vereinsgesetzes erhoben sei, welcher besagt, daß Änderungen des Vereins binnen drei Tagen der Ortspolizeibehörde angezeigt werden müssen. Der Paragraph sei aber nicht so aufzufassen, daß das Mitglied eines Vereins, welches schon als solches gemeldet sei, nochmals gemeldet werden müsse, wenn es sich in den Vorstand wählen läßt.

Gerichts-Beilage.

Die Verhandlung gegen Moschall und Genossen ist bei geschlossenen Thüren gestern bis zum späten Nachmittag fortgesetzt und soweit gefördert worden, daß schon eine ganze Anzahl Zeugen vernommen werden konnte. Sämtliche Angeklagte bestritten, dem Vernehmen nach, ihre Schuld, insbesondere soll der Schaupisler Haupt sich nicht ungeliebt gegen den Vorwurf verteidigen, in Gemeindschaft mit dem Angeklagten Moschall und der Wähle die männlichen Opfer, die sie in ihre Wohnung gelockt haben sollen, ausgeplündert zu haben. Mit der Persönlichkeit des Angeklagten Haupt, der als Schaupisler unter dem Namen Gregor ausgehört ist, beschäftigt sich die Anklage in hervorragender Weise, um aus seinem ganzen Vorgehen den Nachweis zu führen, daß man sich bei ihm der ihm zur Last fallenden Thaten versehen könne. Während Haupt bestritt, durch eine Kollage auf Abwege gedrängt worden zu sein und behauptet, auch in den schicksalhaften Zeiten immer noch Geldzuwendungen von seinem Vater und seinen Geschwistern erhalten zu haben, behauptet die Anklagebehörde, daß er sich zu Zeiten in einer sehr verzweifelt Lage befunden und längere Zeit seine ganze Nahrung aus Butterbrot und Freigelbieren, die er sich selbst eingemacht, bestanden habe. Dagegen habe er aus seinen besseren Zeiten einen Haug zum Wohlleben sich bewahrt, den er nur so lange unterdrückt habe, als die bitterste Not ihn dazu gezwungen. So habe er denn nach Zeiten der größten Entbehrungen in Prag und namentlich in Weimar wieder in großem Stile gelebt. In Weimar habe er ein höchst elegant ausgestattetes Landhaus bewohnt, dessen Einrichtung so kostbar gewesen, daß die Hoftheater-Jugendzeit sich dieselbe zuweilen zur Anschauung der Wähle ausgedehnt habe. Dazu habe er sich kostbare ausländische Vögel gehalten und die Muren eines reichen Mannes herausgeführt, obwohl er nur 4500 M. Wage bezog. Die Anklagebehörde will aus dieser Thatsache schon den Schluß gezogen wissen, daß Haupt gebrüchliche dunkle Nebenwege ging, die ihn dazu, als er von Weimar zuerst nach Friedebau und später nach Berlin verzogen war und hier mit dem Angeklagten Moschall und der Wähle gemeinsames Quartier genommen hatte, völlig in einen moralischen Sumpf geführt haben sollen. Es wird zur Charakteristik des Angeklagten auch darauf verwiesen, daß er schon einmal im Jahre 1898 in einer recht schmutzigen Sache, bei welcher ein gewisser Böller der Hauptbeteiligte gewesen, in Haft genommen und wegen Erpressung und Begünstigung angeklagt gewesen war. Die erste Strafkammer hatte ihn damals zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Das Urteil ist später vom Reichsgericht aus Rechtsgründen aufgehoben worden und die wiederholte Verhandlung vor der Strafkammer hatte dann zur Freisprechung des Angeklagten geführt. In jener Verhandlung sollen aber, wie die Anklage behauptet, schon die trüben Weisungen des Angeklagten zweifellos festzustellen worden sein. Gerade das ganze Willen, in dem der Angeklagte lebte, die Verbindung mit Moschall, der früher ein ganz tüchtiger Kaufmann gewesen sein soll, und das intime Verhältnis, welches er mit der um 4 Jahre älteren Wähle unterhielt, bilden die Grundlage der Anklage, die aus diesen und vielen andern Umständen die Heberzeugung geschöpft hat, daß Haupt nach Verabredung mit den beiden andern Personen planmäßig Diebstähle an den Besitzern ihrer gemeinsamen Wohnung ausgeführt habe. Haupt, der übrigens einen recht sympathischen Eindruck macht, will von diesen Diebstählen absolut nichts wissen und hat durch seinen Verteidiger Dr. Schwindt eine Reihe von Entlastungszeugen laßen lassen. Wegen Vergehens gegen § 175 des Strafgesetzbuches kann der Angell. Haupt übrigens nicht bestraft werden, da die Schweiz wegen dieses Sittlichkeitsvergehens nicht ausliefert und die Auslieferung aus Zürich, wo er wegen eines unbegründeten Diebstahls-Verdachts festgenommen worden war, nur wegen Diebstahls erfolgt ist. — Die Verhandlung wird voraussichtlich erst am Montag zu Ende gehen.

In dem ehrengerichtlichen Verfahren gegen Justizrat Sello wegen seines Verhaltens im Sternberg-Prozess steht am 22. März Termin an. Den Vorsitz wird Justizrat v. Simson führen, dem Angeklagten steht Justizrat Kleinholz als Beisitzer zur Seite. Der Oberstaatsanwalt hatte, wie das „M. Z.“ berichtet, in sechs Punkten Anklage erhoben. Die Anwaltskammer hat jedoch in zwei Punkten die Anklage abgelehnt. Auf die hierauf erhobene Beschwerde des Oberstaatsanwalts hat der zuständige Senat des Kammergerichts beschloßen, auch in diesen beiden Punkten die Erhebung der Anklage zu veranlassen.

Vermischtes.

Attentat auf einen Erpressung. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden: Als der Nord-Süd-Erpressung aus Berlin sich gestern abend 20 Minuten hinter Regensburg befand, wurden zwei Fenster des Speisevagens von Geschossen oder Steinwürfen getroffen. Das eine Fenster zeigte eine kleine runde Oeffnung, wie von einem glatten Kugelflug, das andre war mehr zertrümmert. Am Tische hinter diesen Fenstern saß gerade die Prinzessin Friedrich Karl von Preußen, die sich auf der Reise nach Florenz befindet. Die Glasplitter flogen an der Prinzessin und ihren Tischgenossen vorbei; verletzt wurde niemand.

Die Kassenübergewerke in einer Kaserne — dieses wunderbare Vorkommnis wird aus Budapest vom 27. Februar gemeldet: Hier wurde ein Arbeiter beim Einwechseln falscher Kronenstücke betrogen. Die eingeleitete Untersuchung ergab, daß in der Wächterkaserne der Kaserne des 4. Artillerie-Regiments aus Pilsen massenhaft Kronenstücke hergestellt wurden. Die Verwertung der falschen Stücke wurde von zwei Soldaten und deren Geliebten besorgt. Die verdächtigen Personen wurden verhaftet.

Das deutsche Konsulat in Baku meldet: Vor vier Tagen stiftete hier nach Unterzählungen etwa einer halben Million Mark ein armenischer Kapthän-Industrieller Paul Willanoff. Er ist ungefähr 40 Jahre alt, schlank, mittelgroß, trägt langes Haar. Man vermutet, daß er mit Hilfe eines falschen Passes beabsichtigt, sich nach Frankreich zu begeben. Er spricht kein Deutsch, aber ein gebrochenes Französisch. Es wird gebeten, den Willanoff zu verhaften.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 2. März, vormittags 8 1/2 Uhr, in der Aula der 69. Gemeindehalle, Kleine Franzfurterstraße 6: Versammlung. Freireligiöse Versammlung. Um 10 1/2 Uhr vormittags ebenfalls: Vortrag des Herrn Prof. Dr. Albert Gehele: „Die Lebensalter“. Vor- und Nachspiel auf dem Pariser Musik-Garmonium. Gabe, Tamen und Herren, sehr willkommen. Nachmittags 5 Uhr in Reifers Festsaal, Rappentstr. 29, Foyer des 57. Stützungsheeres, Konzert, Theateraufführung. Die Stützungsheeres, Würdenbrünnen. Programm für Mitglieder 25 Pf., 50 Pf. für eingeladene Gäste vorher zu haben.

Gilfskaffe der Graveure, Giseleure und verw. Berufsangehörigen in Berlin tagt jeden ersten Montag im Monat Restaurant Eige, Unter den Linden 1, abends 8-10.

Sozialdemokratischer Agitationsverein für den Reichstag-Wahlkreis Straßburg-Franzburg-Rügen. Sonntag, den 2. März, vormittags 10 Uhr, Sitzung bei Hermann Kamlow, Schönhauser Allee 135.

Marktpreise von Berlin am 27. Februar 1902

nach Ermittlungen des kgl. Vollzugsamts.

Weggen, gut D-Gir.	17,40	17,35	Kartoffeln, neue, D-Gir.	6,-	4,-
„ mittel	17,32	17,28	„ Kindele, Reute 1 kg	1,60	1,20
„ gering	17,24	17,20	„ „ „	1,40	1,-
Hoggen, gut	14,90	14,89	Schweinefleisch	1,70	1,30
„ mittel	14,88	14,87	„ Rohlfleisch	1,80	1,-
„ gering	14,86	14,85	„ Hammelfleisch	1,60	1,-
Gerst, gut	14,60	14,30	„ Butter	2,60	2,-
„ mittel	14,30	13,90	„ Eier 60 Stk	4,80	2,80
„ gering	13,80	13,50	„ Karren 1 kg	2,20	1,20
Hefe, gut	17,20	16,80	„ Kase	2,60	1,40
„ mittel	16,70	16,30	„ Rindfleisch	2,80	1,20
„ gering	16,20	15,80	„ Hechte	2,40	1,20
Rindfleisch	—	—	„ Rindfleisch	1,80	0,80
„ „	—	—	„ Schmalz	3,00	1,20
„ „	40,-	25,-	„ Butter	1,40	0,80
Speisebohnen	50,-	25,-	„ Rechte per 50 Stk	15,-	3,-
„ „	60,-	20,-			

† ab Bahn.

* frei Wagen und ab Bahn.

Produktionsmarkt vom 28. Februar. Das milde Wetter bewirkte an der heutigen Getreidebörse schwache Tendenz. Weizen war über 1 M., Roggen 1/2 bis 3/4 M. billiger angeboten. Der unveränderte Mangel an remaniblen Warenständen machte keinen Eindruck, ebenso wenig die an sich nicht mehr unbekannt gebliebene Thatsache, daß von der argentinischen Weizenerte nur etwa 1/2 Millionen Tonnen zum Export verfügbar bleiben. Auch Weizl lag matt. Son Fruchternte wird Oester auf schwächeren Gesamtrendenz 1/2 M. gedrückt, Weizen im Preise kaum verändert, sehr wohl. — Weizen auf mattedes Paris und billigeres Saatangebot in London abfallend.

Spiritus wurde im Preise gestiegen. Schluß für Getreide weiter abgeflacht, Roggen 1 M. niedriger als gestern.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

J. 2. Die Zeichnung der Feuerwehrrückstellungen-Vollerte ist am 15. und 17. Februar vor sich gegangen. Gewinnlinien sind Vindendstr. 41 (Hauptfeuerwache) zu haben.

Briefe. Zur Bibliothek haben nur die zur Börse zugelassenen Zutritt. Gynaxen. Die Alche wurde ins Meer geschleudert.

Bankrott 18. Sollten Sie den Anaben, falls er die Schule schon verlassen hat, zunächst auf eine der Berliner Fortbildungsschulen. Wenn dies geschehen und er dort vom Reichsrichter Empfehlungen mitbringen kann, dann bei der Leitung des Kunstgewerbe-Museums in der Prinz Albrechtstraße vorzusprechen.

A. G. 1. 50 Pf. 2. Ja. — P. 2. 8720. Sie wählen das Zeugnis einer Schule beizugeben, das zum einjährig-technischen Dienst berechtigt, oder eine besondere Prüfung vor der Ortskommission ablegen. Es ist nicht ersichtlich, welchen Fall sie meinen. — Val. Anklage soll aus § 248 Str. G. B. erhoben werden. — Tischlerzerg. 1. und 2. Rein. Ein nicht öffentlicher, das heißt auf einen bestimmten Personalkreis beschränkter Beschlus bedarf keiner polizeilichen Erlaubnis. — C. 23. 1. Verlangen Sie den Chef schleunigt beim Gewerbegericht auf Zahlung des Lohnes gegen Herausgabe des Bogen. 2. Ja, das wäre Unterzählung. — A. G. 23. Der Ring würde Ihnen zufließen. — A. B. 3. Rein. — Tribüne. 1. Nicht die Unfallversicherungsgesellschaft, sondern die Invalidenversicherung hat die Rechte zu zahlen. Wenden Sie sich schleunigt an den Mittelmann, wenn Sie sich an den Bürgermeister wenden wollten, an diese.

2. Die Rechnung wäre nicht zu beanstanden. — P. 10. In der Regel werden zehn Mark als Gerichtskosten vorzuschauen erforderlich. — A. 9. 100. Die Klagefrist wäre verfallen. Sie hätten ohne Rücksicht auf obliegende Antwort des Schiedsmannes innerhalb 90 Tagen nach Kenntnis von der Beilegung Einspruch beim Amtsgericht, der Polizei oder der Staatsanwaltschaft stellen sollen. Ist das geschehen, so können Sie nach fünf Tagen. — Regel. 1. Die geschworene Frisur von O. Quartal werden nicht inuegehalten werden. 2. Das Mädchen. — G. O. 18. Rein.

G. R. Charlottenburg. End Sie Ihre Frau geworden, so haben Sie auch für die Schulden des Mannes, falls Sie nicht die Rechtsnachfolgerin des Inventars sind, gestrichelt haben. Das Nachhandeln der behaupteten Schuld hat Ihre Schwägerin zu beweißen. Die Vermutung spricht dafür, daß sie ihrer Schwägerin nichts gegeben oder, was sie etwas gegeben hat, geschenkt hat. Eine Einigung wäre in Ihrem Falle das praktische. — C. 2. 77. Ja. — P. 2. 46. Herr Schwager wählte sich an das Vollzugsamt in Berlin mit dem Antrag wenden, ihn das Staatsangehörigkeitszeugnis ausstellen. — G. R. 99. Rein: Brüder sind nicht schiedsrechtsberechtigt. — 23. 23. Rein.

A. 2. 23. Ja: die Kirchensteuer wird nach Maßgabe der Beschlässe der kirchlichen Korporationen erhoben. In Berlin wird von der protestantischen Kirchengemeinde bereits ein Einkommen von 1250 M. bestrahlt. — G. R. Wenden Sie sich an einen Arzt, zu dem Sie Zutritt haben, und zwingen Sie sich zur Energie. — A. R. 100. Rein: eine solche oberflächliche Gewerbe ist wertlos. Material finden Sie in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik und in der trefflichen kleinen Broschüre „Dagsgelöhnen in Mecklenburg“, erschienen im Verlag des „Vorwärts“.

Wangeholzer. Ihr Ritzstempel beträgt für das gesamte, von Januar bis Januar reichende Jahr in 3700 Pf. 50 Pf., nicht 1 M.

Confectionshaus S. Böhm.

Kommandantenstr. 43. Berlin S., dicht am Moritzplatz. Oranienstr. 70.

Eröffnung heute, Sonnabend, 1. März.

Verkauf nur bewährter Qualitäten zu streng festen, in Zahlen gezeichneten Preisen.

Grosse, der Neuzeit entsprechende Räume.

Übersichtliche Ausstellung in 6 grossen Schaufenstern.

➔ Besichtigung des Lagers ohne Kantzwang. ➔

ANFERTIGUNG NACH MAASS.

FERTIGE
HERREN
BEKLEIDUNG.



FERTIGE
KNABEN-
BEKLEIDUNG.



Einsegnungs-Anzüge,

neueste Façons in blau und schwarz Kammgarn u. Cheviot
Julius Lindenbaum,
Grosse Frankfurterstrasse Nr. 141, Ecke Fruchtstrasse. 34763*

Achtung!

Achtung!

Es giebt keine **Fleischnot** in Berlin, wer billig essen will, der esse **Gänsebraten**, feinste junge 8506

frische **Gänse** a Pfund **45 Pf.**
Gänsefleisch von der Brust und Keule
ausgeschlachtet kostet 50 Pf. das Pfund
Stückenfleisch 40
Gansfett 55
Gänselein 50 mit Magen
gibt es nur bei

Gustav Barkow, Dönhofs Markthalle **Stand 71.**

Junge Herbst-Gänse pfund 45 Pf.

Gänse-Stücken-Fleisch Pfund **40 Pf.**
Gänse-Stücken von der Keule Pfund **55 Pf.**
Gänseleien mit Darmfett Pfund **90 Pf.**
Hautfett Pfund **50 und 60 Pf.**

Gänselein von einer Gans **50 Pfennig.** 11/15*

E. Kohn, Markthalle Dresdenerstrasse **Stand 72.**
Wörtherstrasse **Stand 64.**

A. Kohn, Markthalle Wedding, **Stand Nr. 81/82.**

Ich verkaufe

ab meinem Lagerplatz:
100 Stück 6 Zoll lang 0,55
100 " 7 " Tiefenohle 0,65
100 " 7 " " 0,75
Bruchstücken, Centner nur 0,60
Henkels Werke-Brigette, ungepakt,
das Päckchen d. Marke, Gr. nur 0,70,
ins Gans 1000 Stück 1,25 Pf. mehr.
Josef Fischer, Bromberger-
31702* strasse 19-21.

Dr. Simmel, Prinzenstr. 59.
Specialarzt für 11/13*
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4

Jede Uhr

zu reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie des Aufgehens
nur **1 Mk. 50 Pf.**, außer Bruch, kleine Reparaturen billiger.
Großes Lager in Uhren, Goldwaren, Ketten zu erschaulich billigen Preisen.
Dulaten Trauring, 900 gest., 1 1/2 Dulaten 15,50, 2 Dulaten 20,50.
Für sämtliche Waren schriftliche Garantie. Acht Katholischer Uhren.
Vincenz, Opernplätz.
T. Stolz, Chausseestr. 78, **P. Stolz,** Babstr. 57.

Kufeke's
BESTE NAHRUNG FÜR
gesunde & darmkranke Kinder
Kindermehl.

10 Jahre Garantie.
Zähne 2 Mk. Teilzahlung wöchentlich 1 Mark.
Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 Mark.
Plomben 1,50 M. Reparatur. sofort. Umarbeit. schlechtsitz. Gebisse
Zahn-Arzt Wolf, Leipzigerstr. 130.
(Haus Schaarwächter). Sprechst. 9-7 Uhr.

Unerreicht billig
Unerreicht elegant
Unerreicht haltbar
Unerreicht sauber gearbeitet
Unerreicht gut sitzend
Unerreicht sich tragend
sind meine

Einsegnungs-Anzüge.

Ich empfehle dieselben in **Satin-Kammgarn** von 11 Mk. von
Piqué-Cheviot von 11 Mk., von **Rips-** oder **Diagonal-Kammgarn**
von 15 Mk., von **Diagonal-Cheviot** von 14 Mk., von **schwerem**
Kammgarn oder **englischem Cheviot** von 20 Mk. bis zu den
feinsten Qualitäten. 8504L*

Die Preise richten sich nach der Größe und sind streng fest.

Carl Stier,
Berlin, Oranien-Strasse No. 166, **Potsdam,**
zwischen Oranienplatz und Adalbertstrasse. Nauenerstr. 23.

Total-Ausverkauf

der
Gebrüder Joseph sehen Masse Badstr. 32

wegen vollständiger

Auflösung des gesamten Warenlagers.

Es kommen für **die Hälfte** des sonstigen Preises zum Verkauf:

**Kleiderstoffe, Seidenwaren, Leinen- und
Baumwollwaren.**

Günstige Kaufgelegenheit zum Umzug:
Teppiche, Gardinen, Tischdecken.